

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis per Nummer 10 Pf.
Wochenpreis 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Interfons-Gebühr
Beträgt für die schlagfertige Kolonelle
oder deren Raum 50 Pf. für
politische und gesellschaftliche Vereins-

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Telegraphisch: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 12. Oktober 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Telegraphisch: Amt IV. Nr. 1984.

Allerhöchste Herrschaften im Negligé.

Wir haben gestern das Telegramm des Kaisers wieder gegeben, in dem er sich über die Veröffentlichung der Aufzeichnungen des „Onkel Chlodwig“ beschwerte.

Die interessantesten, charakteristischsten Dokumente haben danach einstweilen ihre Veröffentlichung noch nicht gefunden.

Einem Auszug aus den Aufzeichnungen, den die „Rössische Zeitung“ veröffentlicht, entnehmen wir folgende Stellen:

Berlin, 2. Juni 1880. Am 1/4 Uhr fuhr ich zum Bahnhof. Dort traf ich Fürst und Fürstin Bismarck, wir setzten uns in dasselbe Coupé und fuhren nach Potsdam und von da im Wagen nach Babelsberg.

Berlin, 20. Mai 1881. Am 16. hier eingetroffen. Abends bei Bismarck zum Diner. Es wurde nicht viel Politik gesprochen, da ein alter Herr von Dewitz, Univeritätsfreund von Bismarck, viel von Göttinger Anepitrien sprach.

Potsdam, 22. Juni 1886. Nachdem ich gestern telegraphisch benachrichtigt war, daß ich heute um 12 Uhr von dem Kaiser und der Kaiserin empfangen werden würde, fuhr ich um 11 Uhr hierher

und wurde durch Hofequipage nach dem Marmorpalais gefahren. Bald kam der Kaiser und lud mich ein, in einem daneben befindlichen Salon mich zu ihm zu setzen.

Strasburg, 20. Oktober 1889. Gestern fuhr ich nach Baden, wohin ich zur Kaiserin zum Essen geladen war. Ich fand sie wohler als sonst, ihre Stimme heller und verständlicher.

Berlin, 22. Januar 1894. Die gestrige Anwesenheit Herbert Bismarcks beim Ordensfest läßt die Gemüter noch nicht zur Ruhe kommen.

habe ihn dann geschnitten. Die Wahrheit ist, daß Culenburg durch Kanitz und Blumenhal Herbert in die Nähe des Kaisers hat bringen lassen.

Berlin, 17. August 1890. Mit der Kanalvorlage sieht es schlecht aus. Wir haben zwar heute wenigstens so viel erreicht, daß die Vorlage in die dritte Lesung kommt, das hilft uns aber nichts.

Berlin, 7. März 1900. Als ich gestern Abend mit dem Agrariern sprach und das Bedenkliche hervorhob, daß einmal in dem Heretrag des Prohibitionsystems in unsere Zollgesetzgebung (durch das Fleischbeschaugesetz) und dann in der Verteuerung des Fleisches im Hinblick auf die Waffe stieg, die wir damit den Sozialdemokraten bei den Wahlen geben, wurde mir von W. entgegengehalten, die Landbevölkerung würde ebenso erbittert sein, wenn man ihr die Möglichkeit der Erhöhung der Viehpreise abschneide, wie die Sozialdemokraten, wenn sie kein Fleisch mehr zu essen bekämen.

Diese Aufzeichnungen bedürfen keines eingehenden Kommentars; sie sprechen für sich selbst. Wir begnügen uns deshalb mit einigen wenigen Handglossen.

In der Aufzeichnung vom 22. Juni 1888 erzählt Onkel Chlodwig, wie ihm die Kaiserin Auguste Viktoria mitgeteilt habe, daß ihre damals in Paris weilende „Tante Amalie“ entrüstete Briefe über den Pötzwang geschrieben habe.

Hier zeigt sich Onkel Chlodwig selbst einmal im Negligé. Fürst Hohenlohe war damals Statthalter der Reichsländer. Unter seiner Statthalterchaft war damals der Pötzwang für alle über die deutsch-französische Grenze in das Reichsland kommenden Ausländer eingeführt worden.

Diese reichsländischen Pötzschikanen erregten in Frankreich begreiflicherweise böses Blut. Der Boulangerismus, der eine Zeitlang zurückgetreten war, gewann durch dieses Vorgehen wieder Oberwasser.

Nation jenseits des Rheins. So schrieb die „Nordd. Allg. Zeitung“ am 25. Oktober 1888, daß das Vorgehen der Chauvinisten in Frankreich „einen weiteren Beweis für die Verwilderung und Rohheit des französischen Volkes“ liefere, das nach und nach von „der hohen Stufe der Zivilisation immer tiefer herabgesunken sei. Frankreich schließe sich dadurch selbst aus dem Kreise der gesitteten Nationen aus. Und als nun gar Frankreich in einem Fremdengefecht Revanche nahm für die Bahschikanen in den Reichslanden, tobte sich der halbamtliche Furor der „Nordd. Allg. Ztg.“ in einer noch stärkeren Form aus. Frankreich, so hieß es, sei aus der Kultur in die Barbarei zurückgefallen und zu wilden Bräuchen und Instinkten zurückgekehrt. Hätte Fürst Hohenlohe, der ja nach seinen eigenen Aufzeichnungen die Bahschikanen in den Reichslanden selbst verurteilt, dieser seiner wahren Meinung selbst nachdrücklich Ausdruck verliehen, so wäre es möglicherweise zu der ganzen chauvinistischen Hetze zwischen den beiden Nachbarstaaten nicht gekommen. Aber Dunkel Chlodwig deckte alle Maßregeln, die man von ihm verlangte, willfährig mit seiner Person.

Interessant ist auch die Aufzeichnung vom 17. August 1890. Zwar wollten die Junker die Kanaldorlage nicht schließen, doch wagte der Kaiser den Landtag nicht aufzulösen, um die Junker nicht zu einer Rache gegenüber seiner Zuchthausvorlage zu veranlassen. Gleichwohl wurde bekanntlich die Zuchthausvorlage, die bereits zwei Jahre zuvor in einer Bielefelder Kaiserrede angekündigt war, im November dieses Jahres 1890 in den Drkus versenkt.

Alle diese Dinge rufen dem Leser das bekannte Wort Drenstiernas ins Gedächtnis!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Oktober.

Lehren von Jena.

Im „Tag“ äußert sich Generalmajor Wigge, indem er auf einen „Diribi“ überschriebenen Artikel aus Nr. 400 des „Tag“, den wir in Nr. 219 des „Vorwärts“ schon besprochen haben, Bezug nimmt, über Soldatenmishandlungen im deutschen und französischen Heere. Durch die systematisch betriebene Kritik im Reichstage wie durch die peinlich genaue Registrierung aller bekannt gewordenen Mishandlungsfälle in der sozialistischen Tagespresse ist erreicht worden, daß die besuchten Vertreter des preussischen Gamaßendritels es nicht mehr wagen, das Bestehen der planmäßigen und rohen Soldatenmishandlungen im Reichsheere einfach wegzuleugnen. Generalmajor Wigge meint: „unbekannt sind nun zwar die Fälle großen Mißbrauchs der militärischen Dienstgewalt auch in Frankreich gerade nicht, man tritt sie dort nur nicht mit solchen Behagen in Presse und Parlament breit wie bei uns. . . . Aber immerhin, es hat schon seine Wichtigkeit: rohe fertiggesetzte Mishandlungen der Mannschaften sind selten in der französischen Armee.“ Der Herr General glaubt nun diese für die deutsche Armee so äußerst beschämende Tatsache dadurch beschönigen zu können, daß er ausführt, der „innere Dienst“ werde in der französischen Armee lange nicht mit der Schärfe gehandhabt wie bei uns; der französische Unteroffizier bräde in punoto Kasernen, Stuben und Spindordnung gern ein Auge zu, während der deutsche Unteroffizier gerade diese Nebenbestimmungen als seine Hauptaufgabe betrachte.

Dieser für die Kriegsausbildung nur in ganz beschränktem Maße in Betracht kommende „innere Dienst“ ist es in der Tat, der sämtlichen Hauptdienstleistungen kein Gepräge aufdrückt und so den angeblichen Zweck der Ausbildung, die Kriegsfertigkeit gegen den äußeren Feind, immer mehr beseitigt schiebt.

Schärfer und treffender kann kein Sozialdemokrat das preussische Drillsystem kritisieren und vor aller Welt bloßstellen, als dieser Fachmann, wenn auch ungewollt, getan hat mit dem Geständnis, daß bei uns die Nebenpflichtigkeiten als die wichtigeren Hauptaufgaben betrachtet werden, und zwar systematisch als solche betrachtet werden.

So nahe der uns in dieser Frage sehr angenehme und willkommene Verbündete, Herr General Wigge, den eigentlichen Ursachen der Soldatenmishandlungen gekommen ist; er haut am Ende doch noch daneben. Er glaubt, die Mishandlungen dadurch einzuschränken zu können, daß man die Unteroffiziere mit einer beschränkten Strafbefugnis ausstattet, wie es in Frankreich der Fall ist. Also der Teufel soll durch Beelzebub ausgetrieben werden. Abgesehen davon, daß dieser Vorschlag selbst an maßgebender Stelle aus Zweckmäßigkeitsgründen als undiskutabel bezeichnet werden dürfte; wie denkt sich Herr General Wigge die Ausföhrung? Soll dem Unteroffizier das Weisagen gesetzlich konfessioniert werden, etwa durch Wiedereröffnung des Korporalstatus, oder soll ihm das Recht der kurzzeitigen Freiheitsentziehung, etwa durch Schmätern der dienstfreien Stunden, wie in Frankreich, zugesprochen werden? Das erstere wäre ein Rückschritt, den selbst der reaktionärste junkerliche Kriegsminister nicht zu befürworten wagen würde, und das zweite ist eine direkte Unmöglichkeit, da der preussische Soldat, besonders im ersten Jahre, von einigen Ausnahmen abgesehen, keine freie Zeit mehr hat, die ihm noch entgegen werden könnte. Der schon oben angesogene „innere Dienst“ mit seinen als wichtige Hauptaufgaben aufgeführten Nebenpflichtigkeiten hat schon alle Stunden, mit Ausnahme der Schlafzeit, erfüllt.

So viel höhere Offiziere, die mitunter vielleicht die besten Absichten haben, sich schon an die Ergreifung und Beseitigung dieses großen Schandflecks der Armee herangemacht haben, so wenige sind doch, nach den getroffenen Maßnahmen und Maßregeln zu urteilen, bis auf den eigentlichen Grund der Sache gelangt.

Noch nie ist ein höherer Befehl ergangen, den unseligen Puzdämon zu beseitigen, die unsinnig steifen Formen des Gamaßendritels einzuschränken oder gar eine tägliche mehrstündige absolute Freizeit der Mannschaften einzuföhren. Alle gehaltenen Reden, erlassenen Oeders und Befehle, ja alle Beispiele von höheren Stellen; sie wiesen stets kurz und bündig auf die Erhaltung der Disziplin durch den Drill, auf altpreussische Schneidigkeit hin. So lange man aber nicht mit dieser Tradition bricht, so lange werden auch die Soldatenmishandlungen nicht zu beseitigen sein. Je mehr aber der Geist der Aufföhrung und des Selbstbewußtseins unter den Vollsollmassen um sich greift, desto mehr wird dieser Drill das Gegenteil von dem erreichen, was erreicht werden soll.

Daß der forcirteste Drill keine soldatischen Tugenden zu erzeugen vermag, daß die Wegeisterung für die zu vertretende Sache einer Truppe erst den rechten Elan verleiht, das hat Preußen ja schon einmal im Jahre 1806 erlebt. Föhrt man wie bisher fort, die Armee dem Volke zu entfremden und durch Kadavergehorsam das Selbstgeföhrl der Mannschaften zu ersticken, so könnte man leicht noch einmal ein neues, vielleicht nur noch viel schlimmeres Jena erleben! —

„Königliche“ Kaufleute.

Der „Reichshot“ behandelt im Anschluß an die Meldung, daß in Effen 40000 Mark „für die russischen Juden“, dagegen nur

15 Mark und einige Pfennige für die Truppen in Südwestafrika gesammelt worden sind, die Opferwilligkeit der Kapitalisten für die von ihnen geforderte und in ihrem besonderen Interesse betriebene Welt- und Kolonialpolitik:

„Und der königliche Kaufmann? Er, der die Erfolge in der Weltpolitik am ehesten umsetzt in solide Vestigtitel? Ach, dieser königliche Kaufmann! Ein Stöhnen und Klagen geht durch die Reihen der deutschen Diplomaten, wenn das Thema: „Opferwilligkeit des deutschen Kapitals“ angeschnitten wird. In den liberalen Kapitalsblättern ärgert Herr Chaubin alle Tage, daß andere Nationen Fortschritte machen. Deutschland nicht, da wird dem armen Plutokrat, der als Plutokrat des Deutschlands legendar in Afrika oder im Orient sitzt, vorgeworfen, daß er im Kampfe gegen das Fremde nicht zäh genug sei; wenn es aber darauf ankommt, diesen armen Kleinen in seinem schweren Kampfe zu unterstützen, dann verjagen Kapital und Kapitalistenpresse. Benehmen sich überall so hervorragend, wie den Kämpfern in Südwest gegenüber. 15 Mark für sie und 40000 für die russischen Juden; an dies Ergebnis der Essener Sammlungen erinnert lebhaft die letzte vor wenigen Tagen im „Reichsanzeiger“ veröffentlichte Gabenliste des Königreichs Preußen für die Südwestafrikaner. Die Liste von Gaben umfaßt die Nummern 1786 bis 1923. In einem nicht unbedeutlichen Zeitraum sind im ganzen im Königreich Preußen also 87 Gaben zusammengelommen, und was für Gaben! Es werden aufgeführt: vier Vollen und zwei Risten Drucksachen, ein Vollen Zeitung, eine Holzstifte Wäcker, zwei Risten Unterhaltungsblätter und ein Vollen Zeitungen. Dann kommen acht Nummern von Sendungen einzelner Zeitungen und Zeitschriften. Was an weiteren in mehreren Wochen Sammelstätigkeit zusammengelommen ist, so haben die Rordhäuser Firmen 14 Risten Dramatweine und 50 Risten Fruchtstoffe geschickt, die herzogliche Mineralwasserverwaltung in Salzbrunn sechs Risten Mineralwasser. Ein Berliner Kaufmann sandte eine Riste Zigaretten, der Vaterländische Frauenverein in Jertlohn ein Rittel Ripe Wein. Dann sind eine Zwiebacksendung und zwei Vollen Wäsche noch erwähnenswert, sowie 850 Mark in barem Gelde. Das ist alles. . . .“

Das fromme Blatt hat nicht unrecht. Bleibt man in Betracht, in welcher Weise tagtäglich die Presse der rheinisch-westfälischen Schlotbarone, der Hoffinanz und der hantierenden königlichen Kaufleute den Reichstagen versichert: „Mein Vaterland muß größer sein“, wie sie in pathetischer Begeisterung von der Notwendigkeit der Kolonialerwerbspolitik für Deutschlands wirtschaftliche Zukunft faßelt; zieht man ferner in Betracht, welche Riesenerträge diese Kapitalistenkreise an den Schiffbauern, den Probantlieferungen, den Schiffstrachten, den Truppentransporten, den kolonialen Anlagen usw. verdienen, dann machen die winzigen Taschengelder, die diese großen Patrioten für Deutschlands Zukunft und Ehre übrig haben, einen geradezu widerlich-zweißlichen Eindruck, besonders wenn man damit die privaten Leistungen der englischen und holländischen Handels- und Kolonialkapitalisten zur Unterstüßung der in ihrem Interesse geföhrtten Kolonialkämpfe vergleicht. Die Willkommenssummen, die den deutschen königlichen Kaufleuten und Rednern durch die Kolonialpolitik in den Schoß geworfen werden, — stehen sie willig ein; die Kosten dieser Politik aufzubringen, das überlassen sie willig dem deutschen Volk, und schimpfen noch obendrein in ihrer Presse, wenn dieses sich dagegen wehrt, daß ihm die erforderlichen Riesensummen durch Verteuerung der notwendigsten Lebens- und Genusmittel abgezwaht werden, statt daß sie durch Steuern jenen abgenommen werden, für welche sich die Welt- und Kolonialpolitik in „solide Vestigtitel“ umsetzt. —

Deutsches Reich.

Freisinnige Verdröhungen.

Die ehemalige „Freisinnige Zeitung“, spätere „Freie Deutsche Presse“ hat jüngst in der seltsamen Meinung, daß die Etikette den Mangel des Inhalts decken muß, wieder den Titel „Freisinnige Zeitung“ angenommen; doch an dem Gehalt der geistigen Kost, die sie täglich ihrem spärlichen Leserkreise bietet, hat der Etikettenwechsel nichts geändert. Es ist noch immer derselbe Abpöhllich liberalen Aufföhrung mit Müllerscher verdünnter Mehlsauce, den sie serviert. In seiner Nummer 389 (vom 11. Oktober) liefert das Blatt dafür wieder einen überzeugenden Beweis. Unter der Ueberschrift: „Die Ritschuld der Sozialdemokratie an Post- und Ritschritt“ bringt es einen langen Artikel, in welchem es darzutun sucht, daß die Sozialdemokratie an der jüngsten Erhöhung des Posttarifs und Drucksachenportos im Ortverkehr die Schuld trägt. Warum? Daß die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten bei der Beratung der sogenannten Reichsfinanzreform gegen die Portoverhöhung gesprochen und gestimmt haben, bismag die „Freie Ztg.“ nicht zu bestreiten; aber, meint sie, als im Jahre 1890 die Reichspostverwaltung die Bedingung stellte, daß als Kompensation für die gewünschte Ermäßigung des Ortsposts die Privatposten aufgehoben würden, da wären die Sozialdemokraten auf diese Forderung eingegangen, und dadurch hätten sie — ein höchst kurioser logischer Kopfsprung — die jetzige Wiedererhöhung des Ortsposts mitverschuldet, denn wenn die Privatposten nicht aufgehoben worden wären, hätte das Ortspostporto nicht erhöht werden können.

Eine eigenartige Gedankenverwirrung; die Vertreter der sozialdemokratischen Partei im Reichstage haben 1890 für die Ermäßigung gestimmt; dennoch sind sie an letzterer mitverschuldig, weil sie 1890, um die Herabsetzung zu erlangen, die Ausdehnung des Postregals auf den Ortverkehr in Kauf genommen haben!

Zuschätzlich war 1890 ohne dieses Zugeständnis die Ermäßigung nicht zu erlangen, wie denn auch in seiner Begründung der sozialdemokratischen Stellungnahme zur Forderung der Ausdehnung des Postregals der Genosse Singer am 16. November 1890 ausdrücklich erklärte:

„Meine Herren, für mich und meine Freunde war für die Annahme dieser Bestimmung (Verbot der Privatposten) wesentlich der Umstand maßgebend, daß wir wünschten, daß die Reichspostverwaltung für den Ortverkehr bei der Verwendung von Drucksachen, Postkarten usw. noch unter den Tarif heruntergeht, den sie jetzt ins Auge gefaßt hat. Mit der Gültigkeit dieses Gesetzes soll, wie die Postverwaltung antwortlich und offiziell in der Kommission zu Protokoll erklärt hat, für Berlin nicht nur der Ortsbriefftarif auf 5 Pfennig herabgesetzt werden, sondern es sollen im Ortverkehr auch Postkarten für 2 Pf. und Drucksachen und Warenproben für die Hälfte des bisherigen Preises befördert werden. Meine Herren, gegenüber den Welsen, die für die Beförderung von Postkarten seitens der Privatpostanstalten erhoben werden, sind 2 Pf. immer noch sehr viel, und wir glauben, daß wir auf die Postverwaltungen einen Druck ausüben können, nach kurzer Zeit den Tarif, der jetzt im Ortverkehr eingeföhrt werden soll, herabzusetzen, wenn wir ihr die Krögligkeit schaffen, den ganzen Verkehrsbedarf auch auf diesem Gebiete zu befriedigen. Das waren die Motive, die meine Freunde und mich veranlaßt haben, für die Annahme des Regals auf unverschlossene Briefe und Drucksachen im Ortverkehr zu stimmen.“

Dazu kam als weiteres Motiv, daß, wie Singer in derselben Sitzung ausführte, die Privatposten weit schlechter für ihre

Angestellten sorgten als die Reichspost — die Arbeitszeit erstreckte sich z. B. von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends — und ferner, weil auf Antrag der Sozialdemokraten die Kommission beschloffen hatte, daß den Angestellten der Privatposten bei ihrer Uebernahme in den Reichspostdienst „eine der bisherigen Beschäftigung entsprechende Stelle“ reserviert werden solle. Eine Forderung, die allerdings den Herren Freisinnigen — denen es nur um die Erhaltung der Privatposten zu tun war — zu weit ging. Sie begnügten sich mit dem bescheidenen Verlangen, daß den Angestellten der Durchschnittsbetrag ihres bisherigen Dienstverdienstes garantiert werde, obgleich das Dienstverkommen, das diese bei den Privatposten bezogen hatten, erheblich niedriger war als das Anfangsgehalt der Unterbeamten bei der Reichspost.

Diese schöne Fürsorge der Freisinnigen für die Eigentümer der Privatposten auf Kosten der Angestellten ist damals von Singer im Reichstage scharf bloßgestellt worden. Wie es scheint, hat das den damaligen Redner der freisinnigen Volkspartei, Herrn Müller-Sagan, derart gewunnt, daß er noch heute sich nicht darüber zu beruhigen vermag. —

Vom Zentrumsturm.

Justizrat Julius Wagem rebete am Dienstag in einer Versammlung der Windhorstbündler in Düsseldorf über das Thema: Rüssen wir heraus aus dem Zentrumsturm? Der Redner hat bekanntlich in den „Historisch politischen Blättern“ einen Artikel geschrieben, der in die Aufföhrung auslief, den Zentrumsturm zu verlassen. Dieser Artikel, so führte Wagem aus, sei viel erörtert, aber auch viel mißverstanden worden. Er enthalte ein Dreifaches: erstens die Warnung vor zu großer konfessioneller Abgeschlossenheit; zweitens die Betonung des politischen, nicht konfessionellen Charakters der Zentrumspartei; drittens die Empfehlung einer den veränderten Zeitverhältnissen angepaßten Wahltaktik. Man sei gegenwärtig eifriger als je dabei, das Zentrum zu isolieren. Wod-Zaktik überall! Die nächsten Reichstagswahlen würden sich unter dem Zeichen der Wod-Zaktik vollziehen. Demgegenüber dürfe das Zentrum nicht untätig beiseite stehen; es gelte bei Zeiten Vorkehrungen zu treffen, denn auch der stärkste Turm könne bei Unwachsamkeit zu einem Hungerturm werden, wenn man nicht dem Feinde durch strategische Gegenzüge sich gemachsen zeige. Den Hauptteil seiner Rede verwandte Wagem auf den Nachweis, daß das Zentrum eine politische, keine konfessionelle Partei sei. So habe Windhorst das Wesen und die Aufgabe des Zentrums aufgefaßt und in dieser bewährten Tradition gelte es weiter zu arbeiten. Interessant war der Ausspruch des Redners: „Unsere kirchenpolitische Situation ist gegenwärtig eine solche, daß wir uns eines im allgemeinen ausreichenden Maßes von Freiheit erfreuen. Mehr wünschen wir nicht.“

Julius Wagem, ehemals Landtagsabgeordneter, Stadtverordneter und erzbischöflicher Kammerer, sah sich Anfangs der neunziger Jahre infolge unliebamer Vorkommnisse genötigt, aus dem öffentlichen Leben zu scheiden; er zog sich in die Redaktion der „Rheinischen Volkszeitung“ zurück und ist von hier aus und hinter den Kulissen der Partei einen bedeutenden Einfluß auf das rheinische Zentrum und damit auch auf das Gesamtverhalten der Ultramontanen aus. Sein Ruf: „Heraus aus dem Turm!“ entspringt der Erkenntnis, daß die Situation für das Zentrum, namentlich im Westen, bedenklich zu werden beginnt, daß die städtischen Wahlkreise in Gefahr sind, und die nächste Reichstagswahl für das Zentrum bereits eine Probe von ausschlaggebender Bedeutung wird. Köln mit Herrn Trimborn und Effen mit Herrn Wiesbergs verlieren, dazu das wichtige Düsseldorf —, das wäre für das Zentrum ein schwerer Schlag; das hieße seinen sozialpolitischen Ruf erschüttern und den Agrariern noch mehr Einfluß in der Partei einräumen, als sie bisher schon haben. Die rheinischen Zentrumsherrn wissen, was ihrer Partei harret und sie sind am Werke, heizelten Vorkehrungen zu treffen dadurch, daß sie von der Partei alles fernzuhalten versuchen, was der Annäherung an die übrigen bürgerlichen Parteien entgegensteht, wozu in erster Linie die konfessionelle Abgeschlossenheit gehört. Wagem will der Isolierung des Zentrums und damit der Wod-Zaktik ihre Begründung nehmen, indem er den politischen Charakter der Zentrumspartei und ihre Geneigtheit, den veränderten Verhältnissen durch eine veränderte Wahltaktik Rechnung zu tragen, betont. Gegenföhrige Wahlhilfe zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, unter Umständen ein Bündnis auch schon im ersten Wahlgange da, wo es nottut und angeht — das ist das Streben des Zentrums für die Tage von 1908. Der Ruf: „Heraus aus dem Turm!“ klingt so selbstbewußt und so siegesfähig, in Wahrheit ist er ein Notruf des bedrängten Zentrums, das in seinen städtischen Wahlkreisen die Abrechnung wegen seiner Sünden fürchtet. —

Der liberale Gedanke.

Die auf dem Godeslarer nationalliberalen Parteitage von den „Jungen“ geforderte schärfere Betonung des liberalen Gedankens tritt bereits in recht eigenartiger Weise hervor. In einer jüngst vom Freiherrn v. Pehl, dem Wormser Industriekönig, gehaltenen Rede über die „Einigung aller Liberalen“ meint dieser würdige Vertreter des nationalen Liberalismus:

„Man verlangt man gar, die bürgerlichen Liberalen sollten sich einigen! Dabei stellt der bürgerliche Einheitsliberalismus in Darmstadt dem ausschüttdenen nationalliberalen Reichstagskandidaten den nationalsozialen Pfarrer Korell entgegen und stimmt in der Stichwahl für den Sozialdemokraten. Aber abgesehen von Einzelheiten handelt es sich bei der Gegenüberstellung von Nationalliberalismus und Linksliberalismus um verschiedene Weltanschauungen; dort um das religiös-sittliche Element, hier um zunehmenden Atheismus. Mit was für Leuten und Parteien sollen wir Nationalliberalen uns einigen? Nun, die sogenannte Deutsche Volkspartei alias Demokratie, das heißt „Frankfurter Zeitung“-Partei, hat bei den Reichstagswahlen 1908 91 217 Stimmen erhalten, das ist 1 Proz. sämtlicher überhaupt abgegebenen Wahlstimmen, die freisinnige Vereinigung 243 000 und die freisinnige Volkspartei 588 000 Stimmen. Macht für alle drei bürgerlich-liberalen Gruppen 9 Prozent der Gesamtstimmen. Das sind machtlose Truppen, und mit denen sollen wir ein Bündnis schließen, und ihnen vielleicht gar unterordnen und uns später mit ihnen gemeinsam der Sozialdemokratie nähern? Ein eigentümliches Verlangen!“

Bertrauenswürdiges Pfarrer und Richter.

Der wegen Verleitung zum Weibebe verurteilte Pfarrer Gaisert ist, wie die „Freie Ztg.“ mitteilt, nach wie vor seine seelsorgerische Tätigkeit in Gindelnangen aus. Auch der Zentrumspartei abgeordnete Oberamtsrichter Wittmann ist seine richterlichen Funktionen noch aus. Warum auch nicht?

Ein sozialdemokratischer Beigeordneter befähigt.

Offenbach, 11. Oktober.

(Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Der Genosse Signert ist als Beigeordneter für Offenbach vom Großherzog von Hessen befähigt worden. Er ist der

erste sozialdemokratische Beigeordnete in Hessen, der bestätigt worden ist. Danach ist anzunehmen, daß die vom Kreisamtsrat Beauftragten sozialdemokratischen Beigeordneten zu Rühlheim und Kellertbach von der Regierung bestätigt werden.

Die Beigeordneten in Hessen sind etwa den Magistratsmitgliedern, den Stadträten in den altpreussischen Landesteilen zu vergleichen.

In Preußen ist die Bestätigung eines Sozialdemokraten als Stadtrat absolut undenkbar. Preußen ist eben allezeit voran in Deutschland.

Opfer für Witz-Best. Nach einem amtlichen Bericht sind am 1. Oktober d. J. bei Daffelstein gefallen: Gefreiter Hugo Grafe, geboren am 28. 6. 82 zu Gerichshain, Preussisch. Reiter Karl Strauß, geboren am 18. 9. 77 zu Reustubingen, Preussisch. Reiter Emil Schley, geboren am 31. 1. 83 zu Freyberg, Preussisch. Reiter Heinrich Ortmeier, geboren am 18. 5. 84 zu Kirchlingern, Preussisch. Reiter Leo Stranz, geboren am 27. 3. 83 zu Sylatowo, Preussisch.

Bewundert: Gefreiter Gustav Frost, geboren am 10. 6. 79 zu Krosen, schwer, Rauch-, Becken- und Gliedmaßen, an denselben Tage gestorben. Gefreiter Max Krüger, geboren am 10. 12. 81 zu Berlin, schwer, Fleischschuß rechten Oberschenkels. Reiter Franz Felder, geboren am 3. 5. 82 zu Berlin, schwer, Rauchschuß. Reiter Hermann Kimmstadt, geboren am 11. 4. 83 zu Einbeck, schwer, Beckenschuß. Reiter Karl Plog, geboren am 25. 4. 84 zu Puhar, leicht, Fleischschuß rechten Unterarm. Reiter Johannes Wusch, geboren am 20. 12. 80 zu Homberg a. Ohn, leicht, Streifschuß rechte Schulter.

Am 2. Oktober d. J. bei Daffelstein gefallen: Gefreiter Rudolf Braun, geboren am 2. 4. 81 zu Rosenheim, Preussisch. Gefreiter Julius Stahl, geboren am 1. 7. 78 zu Plappeville, Preussisch. Gefreiter Sebastian Wallner, geboren am 16. 4. 82 zu Brandberg, Schuß Brust, Bauch und rechte Hand.

Schwerverwundet und am 8. Oktober d. J. gestorben: Gefreiter Josef Sigl, geboren am 29. 1. 80 zu München, Rauchschuß.

Telegramm aus Buea (Kamerun): Assistenzarzt Dr. Kurt v. Stabel, geboren am 20. 6. 79 zu Gießen, am 16. Sept. d. J. an Herzkrampf, Dysenterie gestorben.

Husland.

Frankreich.

Bekannte Gesetzesentwürfe.

Kouen, 11. Oktober. Der Präsekt entzog die Bürgermeister von Le Houme und Heron ihres Amtes, weil sie versucht hatten, die von den Lehrern aus den Schulzimmern entfernten Straßkinder wieder anbringen zu lassen.

Soldaten-Bibliothek.

Paris 11. Oktober. Der Kriegsminister ordnete die Gründung von Bibliotheken für die Soldaten in sämtlichen Garnisonen an. Zu diesem Zweck wird ein erster Kredit von 20000 Fr. zur Beschaffung von Büchern gefordert.

Dänemark.

Kopenhagen, 11. Oktober. (W. L. V.) Das Folketing hat heute die von der linken Reformpartei beantragte Antwort auf die Thronrede mit 63 Stimmen bei 44 Stimmenthaltungen angenommen. In der Antwort wird der Regierung bei Durchführung der in der Thronrede genannten Reformen die Unterstützung des Folketings zugesichert.

Schweden.

Ein neues Strafgesetz gegen einen Antimilitaristen.
Das Reichsgericht von Jönköping hat am Dienstag den Expeditör Adolf Olsson als Verfasser eines antimilitaristischen Flugblattes zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Bedenkt man, daß das Jönköpinger Reichsgericht Olof Sundström eines ähnlichen Vergehens wegen zu einem Jahre Strafarbeit verurteilte, so erscheint das Urteil gegen Olsson milde, zumal in Olssons Aufsatz „An Smalands Arbeiterjugend“ scharfe Bemerkungen enthalten sind als in Sundströms Schrift. Das Jönköpinger Reichsgericht hat die durch Staatsminister eingeführten Strafverschärfungen nicht angewandt und offenbar mehr danach getrachtet, ein Urteil zu fällen, das sich vor dem allgemeinen Rechtsgesetz leichter verantworten läßt. Sollte man in Jönköping nach denselben Grundsätzen geurteilt, so hätte Sundström wohl mit einer Geldbuße oder ganz kurzen Gefängnisstrafe davonkommen. Die Rechtsprechung hängt eben in diesen Strafsachen von dem Gutdünken der betreffenden Richter ab.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

30. Sitzung vom Donnerstag, den 11. Oktober, nachmittags 6 Uhr.

Die Verhandlungen werden vom Vorsitzenden Dr. Langerhans gegen 5 1/2 Uhr eröffnet.

Die Vorlage betr. den Erwerb einer Fläche vom Grundstück Nordufer 1/2 zur bebauungsplanmäßigen Anlage des Nordufers war seinerzeit einem Ausschusse überwiesen worden. Namens des letzteren befragte heute Stadtv. Wallach (A. L.) die unveränderte Annahme, da alle Anstände nunmehr behoben seien.

Ohne Debatte beschließt die Versammlung nach dem Ausschussantrag.

Über die Vorlage wegen Freilegung eines Teiles des im Eigentum der Stadtgemeinde befindlichen Strahlenlandes an der Ecke der Jöky- und Preusslauerstraße und Ueberlassung eines anderen Teiles dieses Terrains an die Kirchengemeinden von St. Nikolai und St. Marien hat der Ausschuss beraten, der für die Vorlage wegen Anlage einer Verbindungsstraße zwischen der Neuen Königstraße und Wendelslohnstraße in Folge der Gollnow- und Joststraße eingelegt ist. Die Mehrheit des Ausschusses ist der Meinung, daß die wachsenden Anforderungen des Verkehrs die alsbaldige Verbreiterung der Joststraße notwendig machen. Nach der Vorlage würde aber die vier Meter in dieser Straße einbringende alte Kirchhofmauer stehen bleiben. Mit acht gegen sechs Stimmen wird empfohlen, die Vorlage abzulehnen und den Magistrat zu ersuchen, mit den Kirchengemeinden dahingehend einen Vertrag abzuschließen, daß eine vollständige Regulierung des Bürgersteiges in der Joststraße ermöglicht werde. Referent ist Stadtv. Kanaffe (Soz.). Die Minderheit hatte mit großem Nachdruck die Annahme der Vorlage befürwortet, da die Freilegung der hinter der Mauer liegenden Gräber für die Kirchengemeinden ein unerfüllbares Verlangen sei.

Stadtv. Lindau (Fr. Fr.) spricht sich für die Vorlage aus, da die Freilegung der Gräber nicht zu erzwingen sei. Die alte Mauer könnte eventuell noch hundert Jahre stehen, während die Stadt jetzt wenigstens einen Neubau derselben ohne irgendwelche Kosten, also eine Verschönerung des Stadtbildes erlangen könne. Auch sei die Joststraße keineswegs zu eng.

Stadtv. Werner (A. L.) tritt namens seiner Fraktion ebenfalls für die Annahme des Magistratsantrages ein und bezieht sich dafür namentlich auf Petitionen der hiesigen Anwohnerschaft.

Stadtv. Brunzlow (A. L.) verteidigt dagegen den Ausschussantrag, für den die überwiegende Mehrheit seiner Freunde stimmen werde. Die Verlegung selbst von Erdgräbern sei nicht so schwierig, wie ein Fall aus jüngerer Zeit beweise.

Stadtschulrat Mihalke: Mit der Ablehnung der Vorlage würden jahrelange mühselige Verhandlungen scheitern. Neue Verhandlungen müßten kaum Erfolg versprechen. Die Kirchengemeinden haben gar kein besonderes Interesse an der hier vorgeschlagenen Regelung. Man sollte doch wenigstens den hier vorgeschlagenen Fortschritt abgelehnt.

Stadtv. Hinte (Soz.): Wir würden ein bedeutendes Äquivalent aus der Hand geben, wenn wir die Vorlage annehmen. Die Kirchengemeinden wollen doch das neue Verwaltungsgebäude mit dem Erker über die neue Straße hinaus bauen, sie haben also ein erhebliches Interesse an der Sache; sie werden auch erheblich schneller bezüglich der Verlegung der Gräber zum Ziel kommen, als eventuell die städtischen Behörden.

In der Abstimmung wird der Ausschussantrag auf Ablehnung der Vorlage mit geringer Mehrheit angenommen.

In das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz soll für dessen fernere Hilfsstätigkeit zugunsten des südwestafricanischen Expeditionskorps die Summe von 1000 M. gewährt werden. Die Versammlung stimmt zu.

Die sozialfortschrittliche Fraktion (Stadtv. Deutsch u. Gen.) hat den Antrag eingebracht.

den Magistrat zu ersuchen, der Einsetzung einer besonderen Verwaltungsdeputation für die Hafen- und Speicherangelegenheiten zuzustimmen. Der Antragsteller führt aus, daß es schon heute an der Zeit sei, eine solche besondere Deputation einzusetzen, welche von vornherein bei der Ausführung der von der Stadt beschlossenen und geplanten Hafen- und Speicherbauten mitwirken könnte.

Stadtv. Singer (Soz.): Der Gedanke ist jedenfalls lebhafter Erwägung wert. Zurzeit aber haben wir keine Veranlassung, dem Antrage zuzustimmen. Wenn die große Anlage am Stralauer Anger ausgeführt sein wird, werden wir zu überlegen haben, ob die Verkehrsdeputation weiter die ihr in dieser Beziehung übertragenen Aufgaben übernehmen kann. Gegenwärtig ist diese Deputation mitten in der Arbeit, diese Einrichtungen zu schaffen.

Stadtv. Rosenow (A. L.) kann nicht recht erkennen, welchen Zweck der Antrag haben soll. Die Verkehrsdeputation habe doch rasch genug gearbeitet. Daß die Kaufmannschaft das Empfinden habe, es gehe mit diesen Dingen nicht recht vorwärts, sei begreiflich; aber auf diesem Wege erreiche man die Abhilfe nicht. Die Schwierigkeiten liegen weit mehr bei den Staatsbehörden und in dem bürokratischen Geschäftsgang.

Stadtv. Kämpf (A. L.) befürchtet von dem Antrage zurzeit lediglich eine Verschleppung der Arbeiten und empfiehlt Ablehnung. Oberbürgermeister Kirchner: Der Zeitpunkt zur Einsetzung einer solchen Deputation ist noch nicht gekommen. Die Verzögerung der Arbeiten ist nicht Schuld des Magistrats, sondern ist begründet in den Verhältnissen. Die Hafenanlage an der Obersee wird gehemmt durch die Notwendigkeit vorheriger Lösung von technischen und Verwaltungsfragen. Das Verlangen der Versammlung nach Ermäßigung des Preises für das dort abzutretende fiskalische Terrain haben wir schon vor mehr als Jahresfrist beim Fiskus anhängig gemacht, ohne bisher eine endgültige Antwort zu erhalten. Anscheinend will der Fiskus hier auf Liegeplätze nicht verzichten, und es scheint, als ob diese Frage mit der der Preisermäßigung verquirit werden soll. Eine Hafenverwaltungsdeputation brauchen wir doch erst, wenn der Fiskus da ist.

Stadtv. Rommeln (Fr. Fr.): Auch wir sehen zurzeit keinen Anlaß, dem Antrag zuzustimmen.

Stadtv. Gronowald (A. L.) verlangt gerade aus den vom Oberbürgermeister entwickelten Gründen baldigst eine eigene Abteilung in der Verkehrsdeputation für diese Angelegenheiten; man müsse beizeiten für die zweckmäßige Ausführung der Bauten usw. sorgen.

Stadtv. Jacobi (A. L.): Alle diese Ausführungen haben viel zu früh das Licht der Welt erblickt.

Stadtv. Deutsch sieht den Antrag zurück, vermehrt sich aber dagegen, der Verkehrsdeputation Mißtrauen bezuzug zu haben.

Von den Stadtv. Dr. Arons u. Gen. (Soz.) liegt der Antrag vom 4. Oktober vor:

1. Die Versammlung ersucht den Magistrat, mit ihr in gemischter Deputation über eine durch die gegenwärtigen Verhältnisse dringend gebotene Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter für das nächste Etatsjahr zu beraten.

2. Inzwischen ersucht die Versammlung, den städtischen Arbeitern, die nicht mehr als 2000 M. Einkommen haben, eine Teuerungszulage von 75 M., zahlbar in drei Raten a 25 M. zu bewilligen.

Stadtv. Inke (Soz.): Unser Antrag soll sich natürlich auch auf Angestellte und Beamte der Stadt beziehen, welche unter 2000 M. Einkommen haben. Bereits im vergangenen Jahre orientierten wir hier einen Antrag der sozialfortschrittlichen Mitglieder auf Gewährung einer Kostpauzalulage. Damals wurde ein Ausschuss eingesetzt, dessen Anträge die Versammlung fast einmütig annahm; der Magistrat brachte dann eine Vorlage, welche Gehältern von 75 resp. 60 M. sowie eine Revision der Besoldungen und Löhne in Aussicht nahm. Den darauf erfolgten Beschlüssen der Versammlung ist der Magistrat dann beigetreten. In den Debatten wurde allseitig anerkannt, daß es sich nicht bloß um eine vorübergehende Teuerungszulage handeln könne, sondern daß man an eine dauernde Aufbesserung der betreffenden Löhne und Gehälter denken müsse. Eine Erklärung des Oberbürgermeisters im Ausschuss gab Hoffnung auf eine dauernde Erhöhung der Löhne für die Arbeiter. Diese dauernde Erhöhung ist aber ausgeblieben; wir haben wohl die Beamten und Lehrer, zum Teil erheblich, aufgebessert, aber die Arbeiterlöhne, insbesondere die Anfangslöhne sind nicht aufgebessert worden. Die Anfangslöhne sind noch jetzt 3,50 M. in fast allen städtischen Betrieben, bei den Wasserwerken ist eine Zulage von — 10 Pf. gewährt worden! Die Hoffnungen der Arbeiter sind zerschanden geworden, trotzdem sie erneut durch ihre Ausschüsse und in großen Versammlungen auf ihre Forderungen hingewiesen haben. Es ist seitens des Magistrats nichts geschehen, obwohl ein großer Teil dieser Angestellten und Arbeiter eine starke Familie haben und sie bei den jetzigen Teuerungsverhältnissen nicht genügend ernähren können. Die Teuerung für alle Lebensbedürfnisse, wie sie Kollege Dove auf dem Berliner Städtetage 1905 statistisch vertrat, ist seitdem auf allen Gebieten fortgeschritten; der Preis für Rindfleisch, Schweinefleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch ist weiter gestiegen; die damit einhergehende Steigerung der Preise für Brotgetreide, Eier usw. hat ebenfalls angehalten, und man kann heute direkt von einer Unterernährung großer Teile der deutschen Arbeiterschaft reden. Die Fortdauer der Steigerung dieser Teuerungspreise wird auch durch die Angaben des kaiserlichen Statistischen Amtes bewiesen. Angesichts dieser Tatsache haben schon mehrere Kommunen sich zu besonderen Maßregeln entschlossen, welche die Lage ihrer Arbeiter und Angestellten erleichtern sollen, so Charlottenburg und Spandau; in letzterem Orte wird auch die Erhöhung der Löhne mit rückwirkender Kraft gewährt. Ich kann Sie nur bitten, für die Berliner Arbeiter ein gleiches zu tun. Dieselben Gründe sprechen für unseren Antrag auf Gewährung einer Teuerungszulage bis zum Inkrafttreten der erhöhten Löhne; es sind bis dahin noch sechs Monate, die horten Wintermonate, wo erhöhte Ausgaben an jeden Haushalt herantritten. Hat sich doch selbst die Eisenbahnverwaltung in gewissen Bezirken jetzt entschließen müssen, den Mindestlohn für Arbeiter auf 4 M. zu erhöhen, weil sie unter diesem Satz keine Arbeiter mehr erlangen kann! Für Berlin kommen noch die neueren Wohnungsverhältnisse in Betracht. Die Berliner Arbeiter haben daher einen Minimallohn von 4 M. gefordert; dieser bescheidenen Forderung sollte doch endlich in gebührender Weise Interesse nachgekommen werden. Wenn das nicht geschieht, werden sich die Arbeiter vielleicht mit ihren Witten an eine andere Stelle wenden, sie werden vielleicht zu anderen Mitteln greifen und würden eventuell zum Auswand getrieben (Unruhe); und es wäre doch der Stadt Berlin nicht würdig, wenn sie nicht alles daran setzte, ihre Arbeiter dergestalt zu entlohnen, daß sie solche Witten nicht weiter zu stellen haben. Es handelt sich um 15 000 Arbeiter und mit den Angehörigen um rund 60 000 Personen!

Oberbürgermeister Kirchner: Daß der laufende Etat eine Aufbesserung der Arbeiterlöhne überhaupt nicht enthält, ist eine unrichtige Behauptung. Verbesserungen sind eingetreten, und zwar in nicht geringem Maße, bei der Gasverwaltung, der Straßenreinigung, den Wasserwerken und auf dem Viehof. Diese

Aufbesserungen haben sich allerdings vornehmlich nicht auf eine Aufbesserung des Minimallohns bezogen, sondern die Stala wurde verbessert durch die Veranlassung der vierjährigen Stufen des Aufstehens in dreijährige. Der Minimallohn wird ja in der Regel von jüngeren Leuten bezogen. Daß nicht alle Wünsche befriedigt wurden, ist nicht wunderbar; wir haben es auch nicht erwartet, ebensowenig wie bei den Lehrern und Beamten. Das Ziel ist nicht zu erreichen, daß so viel bewilligt wird, wie bewilligt werden soll. Die Anträge der Arbeiter, oder richtiger gesagt, Forderungen (höri! höri! Bewegung) werden von den Verwaltungsstellen geprüft; deren Vorschläge wieder werden vom Magistrat geprüft werden und die Beschlüsse im Etat zur Erscheinung kommen. Heute in einer gemischten Deputation die Sache generell zu verhandeln, halte ich nicht für praktisch. Zunächst müssen doch die einzelnen Verwaltungsstellen gehört werden. Unter diesen Verhältnissen kann ich eine dringende Notwendigkeit für den Antrag nicht einsehen und bitte, ihn abzulehnen. Teuerungszulagen können wir doch nicht zu einer ständigen Einrichtung machen. Die Erfahrungen, welche wir damit im einzelnen gemacht haben, sind nicht gerade geeignet, uns zu ermutigen. (Sehr richtig!) Wir lehnen also eine wohlwollende Prüfung von Anträgen dieser Art nicht ab; um so mehr bedauere ich, daß der Vorredner glaubte, mit einer Drohung schließen zu müssen (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.)

Stadtv. Gassel (A. L.): Kollege Rommeln und ich beantragen folgende motivierte Tagesordnung:

„In Erwägung, daß die Erhöhung der Löhne in den verschiedenen Verwaltungszweigen nicht generell, sondern zweckmäßig nur in den einzelnen Verwaltungszweigen im Falle des Bedürfnisses geschehen kann, daher zunächst der Prüfung in den Verwaltungsdeputationen unterliegen muß, da ferner solche Verhandlungen bereits schweben und da schon mehrfach im laufenden Etat Erhöhungen stattgefunden haben, geht die Versammlung über den Antrag Arons zur Tagesordnung über.“

Wir stehen keineswegs dem Verlangen der Arbeiter nach Lohn-erhöhungen feindlich gegenüber; dieses Verlangen muß sorgfältig geprüft werden und Magistrat und Versammlung werden es ev. nicht an Opfern scheitern lassen, um eine gerechte und notwendige Lohnerhöhung eintreten zu lassen. Aber der vorgeschlagene Weg ist nicht der geeignete. Wir können die Regelung der Löhne der Arbeiter nicht generell bewirken, weil die Arbeiten in den verschiedenen Verwaltungszweigen verschieden geartet sind. Deshalb kann auch eine Deputation nichts nützen. In den Verwaltungsdeputationen sitzen ja überall Mitglieder unserer Versammlung und auch Mitglieder der Partei der Kollegen Arons und Genossen. Sie haben dort überall Gelegenheit, solche Anträge zu stellen und können eventuell weiter an Versammlung und Magistrat gehen. Verhandlungen über Erhöhung der Löhne schweben bei einzelnen Verwaltungen, und der Magistrat hat bereits eine Kommission für diese Lohnfragen eingesetzt. Wir wollen uns also nicht etwa der Lohnherhöhung widersetzen, sondern wir wollen nur verhandeln, daß eine Deputation in unserer Verwaltung gebracht wird; darum wollen wir keine besondere Deputation, da sie höchstens erschwerend wirken kann. Teuerungszulagen kommen dem wirklichen Bedürfnis nach Erhöhung der Gehälter nach dem eigenen Zugeständnis eines Freundes der Antragsteller nicht entgegen; deshalb können sie keine ständige Einrichtung werden. Dauernd kann durch Teuerungszulagen schon deshalb nicht genügt werden, weil dabei notwendig eine gewisse Schablonenhaftigkeit Platz greift. Gassen die Teuerungsverhältnisse an, so kann durch Teuerungszulagen erst recht nicht abgeholfen werden. Die Drohung mit Ausständen usw. kann uns dabei nicht irren lassen; das wäre ja nur ein geschmackloses Recht der Arbeiter, aber eine solche Ankündigung kann die Berliner Stadtgemeinde nicht vermindern, von wahlberechtigten Beschlüssen abzusehen; wir können doch nicht einfach den Willen der Arbeiter folgen. Wir werden daher einstimmig für den Antrag auf Lebergang zur Tagesordnung stimmen.

Stadtv. Singer (Soz.): Der Erklärung des Oberbürgermeisters gegenüber würden wir wünschen, daß sich das zugesagte Wohlwollen eingehender betätige, und zwar bezüglich der Schnelligkeit der Ausführung und des Rahmens der Zugeständnisse. Bisher ist letzteres ganz minimal geblieben. Einige kleine Erhöhungen sind ja eingetreten, das beitreten wir nicht, aber bei der anhaltenden Teuerung, gegenüber der wirtschaftlichen Not und dem steigenden Elend wird doch die Frage brennend, ob nicht der Minimallohn erhöht werden muß. Der Sperling in der Hand ist doch besser als die Taube auf dem Dache. Die gemachten Zulagen stehen auch in gar keinem Verhältnis zu der Wertung der Arbeit anderer Kategorien, und das ist der eigentliche Grund der Unzufriedenheit: die städtischen Arbeiter sind die Stichlinge der städtischen Verwaltung. Ihre ganze Lebensgeschichte will ich hier nicht aufrollen; was hat es für unfähige Klagen gekostet, bis Arbeiterausschüsse, bis Anträge für die Arbeiter eingeführt wurden! Ich habe den lebhaftesten Wunsch, da wir keineswegs danach gehen, einen unzufriedenen städtischen Arbeiterland zu haben, daß die Angelegenheit im Magistrat so beschleunigt wird, daß noch recht viele von den Angestellten und Arbeitern etwas von dem Wohlwollen des Magistrats verspüren. Wenn Sie es als Drohung ansehen, daß jemand hier auszusprechen wagt, daß die Arbeiter eventuell von ihrem gesetzlichen Recht Gebrauch machen, so haben Sie mit diesem Ausdruck recht, aber Hinte hat nur gezeigt, er liege im Interesse der Stadt, eine Verhandlung zwischen ihr und den Arbeitern herbeizuführen. Daß auch die Organisation der Arbeiter eine Macht ist, die respektiert werden muß, ist eine Tatsache; das Verhältnis von Herren und Knechten ist heute durch die moderne Entwicklung beseitigt. Sobald Sie die Organisation der Arbeiter als berechtigt anerkennen, werden alle Schwierigkeiten verschwinden. (Unruhe und Lachen.) Daß die Arbeiter in der Lage sind, ihren Forderungen eventuell auf andere Weise Nachdruck zu verleihen, ist richtig und kann ruhig ausgesprochen werden; darüber braucht niemand Nervös zu werden. Teuerungszulagen sollen auch nach meiner Meinung immer nur ein Notbehelf sein; die Löhne müssen dauernd die Ernährung der Arbeiter und seiner Familien garantieren. Als Notbehelf aber bleibt nichts anderes übrig, und so gut das im vorigen Jahre anerkannt wurde, so gut müßte es auch in diesem Jahre geschehen, denn die Lebensmittelpreise sind dank unserer unglaublich dummen und unseligen Handelspolitik noch höher gestiegen als im vorigen Jahre. Deswegen haben wir an zweiter Stelle diese Forderung gestellt. Wenn die Frage gütlich behandelt werden soll, braucht es Zeit, und deshalb sind wir zu dem bescheidenen Zwischenorschlag von 75 M. gekommen. Nun erachten Herr Gassel und der Oberbürgermeister die Einsetzung einer Deputation für unnötig und wollen die Sache demnach durch einzelne Verwaltungen machen. Das wollen wir nicht. Gerade hier liegt ein berechtigter Grund der Unzufriedenheit der städtischen Arbeiter. Der Tröster, daß unsere Kollegen in den Verwaltungen ja solche Anträge stellen und weiter verfolgen können, ist ein sehr magerer. Wir sind ja nach harten Kämpfen jetzt in den meisten Deputationen vertreten, aber einmal halten diese Lohnfragen die laufenden Geschäfte ungeheuerlich auf und dann ist es für uns nicht die Hauptsache, einen solchen Ressortpartikularismus zu entfallen; wir wollen in diesen Deputationen dahin wirken, die Lage der Arbeiter überhaupt auf ein höheres Niveau zu bringen. Gerade in solchen Fragen halte ich das Arbeiten in gemischter Deputation viel mehr geeignet als in einem Ausschuss, wie er von anderer Seite beantragt ist. Gätten wir in Berlin eine soziale Kommission in der Stadtverwaltung, wie andere Städte eine solche besitzen, dann wäre dies eine Aufgabe für sie; aber bei der Sterilität, unter der Berlin in dieser Beziehung leidet, muß eben eine gemischte Deputation ad hoc diese Instanz erfegen. Gegen die motivierte Tagesordnung erkläre ich mich ganz entschieden. Die Notwendigkeit einer Erhöhung der Bezüge der städtischen Arbeiter ist von keiner Seite bestritten worden; diese Feststellung zu machen, ist wertvoll. Es ist übrigens doch ein viel besseres Verhältnis nach allen Richtungen, wenn die städtischen Arbeiter einerseits von ihrem Pflichtgefühl durchdrungen sind und andererseits nicht vor diesem Forum als

„Wittende“ zu erscheinen brauchen — der Oberbürgermeister hätte also nicht nötig gehabt, mit einer Art Verleumdung von „Forderungen“ der Arbeiter zu sprechen. Leider wird nun aber auch hier wieder versucht, die Frage mit platonischem Wohlwollen, woran den Arbeitern gar nichts liegt, auf die lange Bank zu schieben. Lehnen Sie die motivierte Tagesordnung ab, die nach außen nur den Eindruck erwecken kann, daß man eine augenblicklich unangenehme Sache ad calendas graecas vertagen will! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Dr. Nathau (soz.-fortschritt.): Seit dem 1. März dieses Jahres, dem Inkrafttreten der Handelsverträge, stehen wir einer ganz neuen Situation gegenüber. Eine generelle Regelung der Lohnfrage erscheint als geboten und die gemischte Deputation als der schnellste Weg zur Erreichung dieses Zieles. Besteht eine außerordentliche Feuerung, besteht sie in verschärftester Maße, wie es notorisch ist, dann kann die Berücksichtigung sich auch nicht in direkten Widerspruch mit ihrer vorjährigen Haltung stellen. (Zurufe.) Bis zum Eintritt der generellen Regelung, d. h. bis zum 1. April 1907, muß also durch Feuerungszulagen geholfen werden. Redner geht dann näher auf die Septemberstatistik von 1905 und 1906 ein, beleuchtet den Rückgang der Schlachtungen, erörtert die Wirkungen der Grenzsperrung, exemplifiziert auf die Verminderung der Sparassessorenzahlungen und deduziert daraus, daß die Stadt sich der augenblicklichen Not der städtischen Arbeiter annehmen müsse, bis die generelle Regelung in Kraft getreten sei.

Stadtv. Kommsen (Fr. Jr.): gibt zu, daß einer anbauenden allgemeinen Kollage nicht durch Feuerungszulagen wirksam abgeholfen werden könne. Aber die Frage sei, ob der bereits vom Magistrat eingeschlagene Weg nicht schneller zum Ziele führen würde, als die Einsetzung eines Ausschusses und nach demselben eine gemischte Deputation. Wahrscheinlich seien die Wünsche berechtigt, aber sei es angängig, aus dem Steuerfächer der Stadt, der doch nicht vom Himmel gefallen sei, angesichts der allgemeinen Kollage nur den städtischen Arbeitern zu helfen, die doch nur einen kleinen Teil der Gesamtheit bilden? (Lachen bei den Soz.) Es gäbe eine Kollage, unter der jeder zu leiden habe. (Erneute Heiterkeit.) Für Arbeiterauskünfte und Urlaub sei er, Redner, eingetreten, da sie berechtigt gefordert wurden, aber aus dem genannten Grunde sei die heutige Forderung unsozial. (Wandauerndes Lachen bei den Sozialdemokraten; Redner zu diesen gewendet.) Wir brauchen uns den Vorwurf erbärmlicher Löhne nicht gefallen zu lassen. Für Sie handelt es sich ja hauptsächlich um den sogenannten Minimallohn für Arbeiter, die verhältnismäßig (Stadtv. Hoffmann: wenig essen! Heiterkeit.)... jung sind. (Zuruf: Sehen Sie doch einmal vier Wochen als Wagenwäscher!) Lassen wir den Magistrat ruhig weiter arbeiten, das wird am ersten zum Ziel führen. Ich bin ebenso arbeiterfreundlich wie Sie! (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)

Stadtv. Rosenow: Wir alle sind mit dem Magistrat einig, daß eine allgemeine Aufbesserung der Löhne erfolgen muß; meine Freunde fordern, daß das noch vor dem nächsten Etat geschieht. Wir beantragen Ausschussberatung; wir wollen dadurch die Sache klarstellen, den übermäßigen Ansprüchen ein Ende machen, aber dem allerersten Bedingnisse nachkommen. Der Ausschuss soll die ganze Materie erörtern, er kann lebendig und rasch arbeiten, während die gemischte Deputation nur schwerfällig und langsam vorwärts kommt. Jedemfalls können wir an den Feuerungserscheinungen und der allgemeinen Lage des Arbeitsmarktes nicht gleichgültig vorbeigehen; wir müssen eine zufriedene Arbeiterschaft haben. Stimmen Sie daher für einen Ausschuss, wie wir ihn beantragt haben!

Stadtv. Cassel läßt sich ausführlich über die Kritik seiner Argumente als „fadensteine“ und über die sonstigen Journale aus, die ihm Kollege Singer seit nun neunzehn Jahren erteile; ihn ließen diese Journale kalt. Die Einsetzung eines Ausschusses oder einer gemischten Deputation würde die Regelung nur erschweren und die Verteilungsordnung verschieben. Ein Vorwurf gegen Hingeb deshalb, daß dieser von Forderungen der Arbeiter gesprochen und eventuell den Streik angelündigt habe, sei von ihm nicht erhoben worden. Im Magistrat seien die Dinge im Fluß; der Antrag Krohs hänge ihm ganz ohne Not einen Kessel an. (Widerpruch.)

Es geht ein Antrag auf Schluß der Debatte ein. Gemeldet ist noch Stadtv. Goldschmidt (R. L.). Der Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder auf namentliche Abstimmung über den Schlusssatz wird zurückgezogen, nachdem vom Bureau erklärt ist, daß die Antragsteller noch das Schlüsselwort haben. Der Schlusssatz wird darauf angenommen. Das Schlüsselwort erhält

Stadtv. Hingeb: Es ist mir unerfindlich, wie der Oberbürgermeister aus meinen Schlusssätzen eine Drohung herausgehört konnte. Es scheint ja, daß immerhin in der Magistratskommission eine Möglichkeit besteht, die Lohnansprüche der Arbeiter prüfen zu lassen. Erneut muß ich feststellen, daß im Etat für 1906 bei den städtischen Werken absolut keine Erhöhung der Anfangslöhne steht, daß nur ganze 10 Pf. Erhöhung bei den Wasserwerken und eine Verklärung der Stufen bei einigen anderen Zweigen eingetretten ist. Die 600 000 M. mehr im Etat für 1906 resultieren hauptsächlich aus der Vermehrung der Arbeitskräfte, da die Betriebe in fortwährendem Wachstum begriffen sind. Woher weiß Herr Kommsen, daß die Feuerungszulagen wenig Nutzen gebracht haben? Daß sie nicht weit reichen, daß sie für Schulden hingegeben wurden, die die Arbeiter wegen ihrer schlechten Bezahlung machen mußten (Große Unruhe), ist mir zu begreiflich. Herr Kommsen wies auch auf die übrige Arbeiterschaft hin. Ja, das Bild hat sich jetzt geändert; die Industriearbeiter haben jetzt Löhne, gegen die die 3,50 M. der städtischen Arbeiter sehr abstoßen. Verweisen Sie doch den zweiten Teil unseres Antrages auf einen Anschlag, wenn Sie etwas tun wollen für die Zwischenzeit, sonst erhalten die Arbeiter bis zum 1. April 1907 keinen Pfennig und das trotz der von allen Seiten zugehenden Notwendigkeit einer Aufbesserung! Wir können nur bedauern, daß auf diese Weise durch den Antrag Cassel die berechtigten Forderungen der Arbeiter um die Ecke gebracht werden sollen!

In namentlicher Abstimmung wird hierauf die motivierte Tagesordnung Cassel-Kommsen mit 75 gegen 43 Stimmen angenommen. Damit ist der Antrag Krohs befristigt.

Um den Magistratsantrag auf Lösung einer Sicherungshypothek auf dem Grundstück in der Wiesenstraße des Hühnerweins für Obdachlose entspinnt sich nach 9¼ Uhr eine längere Debatte, an der sich die Stadtv. Sonnenfeld, Singer und Cassel, sowie Stadtrat Kamslau wiederholt beteiligen. Schließlich wird die Vorlage angenommen.

Die Bearbeitung der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 hat bisher 415 000 M. Kosten verursacht. Bewilligt waren im ganzen nur 245 000 M. Von dem Fehlbeitrag sollen 150 000 Mark auf das Konto für unvorhergesehene Ausgaben pro 1906 übernommen werden. Die Versammlung gibt dazu ihre Zustimmung. Schluß der öffentlichen Sitzung gegen ¾ 10 Uhr.

Gewerkchaftliches.

Die Verkürzung der Arbeitszeit vermindert den Profit nicht!

Die große Weberei in Kotttern bei Kempten im Allgäu hat vor einem Jahre „freiwillig“ die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden herabgesetzt und kann nun trotzdem wie im Vorjahre 6 Proz. Dividende verteilen. Der Bruttogewinn aber war bei verkürzter Arbeitszeit größer als im Vorjahre!

Die Buchdruckereibesitzer werden aus diesem Beispiel ersehen, daß eine Industrie deswegen noch lange nicht dem Untergange geweiht zu sein braucht, weil das soziale Empfinden der Unternehmer so entwickelt ist, daß sie ihren

Arbeitern eine verkürzte Arbeitszeit gewähren. Und das obige Beispiel dafür ist nur ein neues von unzähligen schon veröffentlichten anderen.

Berlin und Umgegend.

In der Reinstundenbewegung der Metallarbeiter sind weitere Erfolge zu verzeichnen. Die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden nebst der entsprechenden zehnprozentigen Lohn-erhöhung für Lohnarbeiter haben kürzlich noch bewilligt die Firmen Sandmann in der Kottbuserstraße, Malik u. Wallow und Peling u. Lappe in der Admiralsstraße und Orenstein u. Koppel in Spandau. Im letztgenannten Betriebe ist der Erfolg um so höher anzuschlagen, als dort bislang immer starr an der zehnständigen Arbeitszeit festgehalten wurde. Nach den jetzigen Vereinbarungen erhalten dort auch die Affordarbeiter an den regelmäßigen Lohnlagen eine den erhöhten Stundenlöhnen entsprechende höhere Abschlagszahlung.

Die Einseher besaßen sich gestern in einer allgemeinen Branchenversammlung erneut mit ihrer Tarifangelegenheit. Es haben mit den Meistern abermals Verhandlungen stattgefunden, über welche die Kommission Bericht erstattete. Auch diesmal konnte die Versammlung die gemachten Zugeständnisse der Meister nicht als genügend anerkennen. Es wurde daher folgende Resolution angenommen:

„In Anbetracht dessen, daß der vorgelegte Tarif auch annehmbare Bestimmungen enthält, beschließt die Versammlung, nicht den ganzen Tarif abzulehnen zu wollen, sondern auf alle Fälle nochmals mit den Meistern Rücksprache zu nehmen, und zwar besonders über den § 8, da in demselben Bedingungen enthalten sind, die, wenn sie von den Arbeitgebern nicht geändert werden sollten, die Einseher dann zur Ablehnung des ganzen Tarifes zwingen würden.“

Achtung, Töpfer und Bauarbeiter!

Mit dem 15. Oktober rückt wieder der Termin heran, wo wir als Töpfer laut Tarif gezwungen sind, in den Kampf um die Vergütung der Fenster auf den Bauten einzutreten.

Es ist nun bereits schon das achtzehnte Mal, daß wir diesen Kampf führen müssen, einen Kampf, bei dem es sich um Forderungen handelt, die der Arbeiter im Interesse seiner Gesundheit zu stellen verpflichtet ist. Jahrelang schon haben die Bauarbeiter auch an die Regierung die Forderung zum Eingreifen gestellt, aber nichts ist in dieser Beziehung geschehen. Man hat die Arbeiter oft mit Polizeiverordnungen abgepreßt, die aber nicht zur Geltung kommen, weil die Behörden sie nicht zur Durchführung bringen können, da es an sachmännlichen Kontrolleuren aus den Reihen der Arbeiter fehlt.

Auch sind die Termine dieser Verordnungen, welche erst am 1. November beginnen und mit dem 1. März schon wieder enden, nicht dazu geeignet, den Arbeiter wirklich vor Krankheit zu schützen. Denn wir haben sehr oft vor dem 1. November und nach dem 1. März bis zum Mai derartig rauhe und kalte Tage, daß von Staatswegen vorgeschrieben werden müßte, daß alle Bauten, wo Innenarbeiten ausgeführt werden, mindestens vom 1. Oktober bis zum 1. Mai verglast sein müssen.

Wie die Polizeiverordnungen nun durchgeführt werden, dabon können wir und unsere anderen Arbeitsgenossen, wie Stukkateure, Maler, Putzer usw. ein Lied singen.

Auch mit der leidigen Koffelbrennerei liegt es sehr im Argen, obgleich die Polizeiverordnung vorschreibt, daß in Räumen, wo gearbeitet wird, keine offenen Koffelbrenner brennen dürfen. In dieser Beziehung wird selbst bei den Arbeitern viel gefändigt; man muß sich wundern, wie es Arbeiter fertig bekommen, auf Rüstungen zu arbeiten, unter denen zwei bis drei offene Koffelbrenner brennen.

Kollegen! Es hat den Anschein, daß wir in diesem Jahre einen sehr schweren Kampf haben werden. Darum ist es notwendig, daß Ihr schon jetzt den Bauherren darauf hinweist, daß bald Anstalten zu Eurem Schutz getroffen werden, damit am 15. Oktober nicht erst die Arbeit niedergelegt werden braucht. Es ist notwendig, daß jeder Kollege in dieser Beziehung seine Pflicht tut.

Auch bitten wir unsere anderen Baugesossen, und in diesem schweren Kampfe zu unterstützen, denn auch sie haben unter den schlechten Witterungsverhältnissen zu leiden. Ganz besonders können dies die Fassadenputzer dadurch tun, daß sie so anrufen, daß die Fenster eingehängt werden können. Einer für alle, und alle für einen.“

Die Verhandlung der Töpfer.

Zum Streit der Werkzeugmacher. Wie nicht anders zu erwarten, haben die Werkzeugmacher der Spezialbetriebe ihren Streikbeschluss am gestrigen Donnerstag so gut wie einmütig zur Ausführung gebracht. Nur wenige unorganisierte Arbeiter sind stehen geblieben, alle übrigen haben die Arbeit niedergelegt. Mit Ausnahme der zwei Betriebe, wofolbst die Forderungen bewilligt sind, stehen die Werkstätten der anderen 14 Firmen leer. In der gestrigen Streikversammlung herrschte ein durchaus zufriedener Geist, weil die Betriebe mit den paar Arbeitwilligen und dem bisherigen Lehrlingsarbeit nicht aufrechterhalten werden können. Die Streikenden werden sich die Sache in gelassener Ruhe so lange mit ansehen, bis die Arbeitgeber den Weg zur Verständigung gefunden haben.

Deutsches Reich.

Zur Buchdruckerbewegung.

Eine in Dielefeld abgehaltene außerordentliche Mitgliederversammlung, die von über 200 Personen besucht war, hatte sich ebenfalls mit dem neuen Tarifvertrag zu beschäftigen. Die Stimmung der Versammlung war eine derartige, daß sämtliche Redner, die zum Punkt „Stellungnahme zum neuen Tarif“ das Wort ergriffen, den neuen Vertrag für unannehmbar erklärten und das Verhalten der Gehilfenvertreter und der anderen unerseits beteiligten Faktoren aufs schärfste mißbilligten. Die Versammlung stand nach wie vor auf dem Boden der Beschlüsse der Gewerkschaftskonferenz, der die Hauptforderungen: 15 prozentige Lohn-erhöhung auf sämtliche Löhne sowie 8½ stündige Arbeitszeit zugrunde liegen. Die Stimmung fand ihren Ausdruck in der einstimmigen Annahme folgender Resolution:

„Die heute im Saale des Herrn Indlestein tagende außerordentlich stark besuchte Mitgliederversammlung des Ortsvereins Dielefeld lehnt die bei der Tarifrevision getroffenen Vereinbarungen auf das entschiedenste ab.“

Die Erhöhung der Grundposition um rund 10 Proz. steht nicht im geringsten im Verhältnis zu der im Laufe der letzten fünf Jahre eingetretenen und noch anhaltenden enormen Steigerung aller Lebensmittelpreise und der Wohnungsmieten.

Die Versammlung hält vielmehr an einer allgemeinen 15prozentigen Lohn-erhöhung und einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um eine halbe Stunde fest als der äußersten Grenze, innerhalb der sie einem neuen Tarifabschluß ihre Zustimmung geben kann.

Dieses Verlangen erachtet die Versammlung als um so berechtigter, als das gehilfenseitig Erreichte in gar keinem Verhältnis steht zu den Zugeständnissen, welche den Prinzipale gemacht wurden.

Die Versammlung protestiert aus allen diesen Gründen insbesondere ganz entschieden gegen die Handlungsweise der Gehilfenvertreter und des Zentralvorstandes, diese Abmachungen, ohne die Mitglieder um ihre Meinung zu fragen, definitiv festzulegen. Versammlung fordert vielmehr die sofortige Vernahme einer Urabstimmung und eventuelle Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung, um den Willen der Mitglieder unzweifelhaft zum Ausdruck zu bringen und über neue Maßnahmen zu beraten.“

Der Streit der Kupferschmiedegesellen in Nordhausen ist beendet. Es war ein hartnäckiger Kampf, den die Arbeiter zu führen hatten, nicht weniger als 13 Wochen mußten sie im Auslande beharren, ehe die Unternehmer nachgaben. In gemeinsamen Verhandlungen einigte man sich jetzt dahingehend, daß die Arbeitsbedingungen unter

Aufbesserung der Löhne für Werkstatt- und Montagearbeit tariflich auf zwei Jahre festgelegt wurden. Die Arbeit ist am Donnerstag wieder aufgenommen worden.

Ein Streik von Schleppern und Pferdebreitern ist am Sonntagabend auf Zechen „Franziska Tiefbau“ bei Witten, der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft gehörig, ausgebrochen. Am ersten Tage streikten sechs Mann, am Montag schon etwa 40. Dann hieß es, die Leute seien am Dienstag auf Jureden der älteren Kameraden wieder angefahren. Sie hatten die Arbeit aber nur wieder aufgenommen unter Bedingung einer Lohn-erhöhung. Da diese abgelehnt wurde, haben am Mittwoch wieder 88 Mann die Anfahrt verweigert.

Der Ausstand in der Offenbacher Metallwarenindustrie hat am Mittwoch begonnen. Etwa 350 Schleifer haben ihre Plätze verlassen. Am Freitag wird die Aussperrung der übrigen Arbeiter erfolgen, wenn nicht noch eine Einigung erfolgt, wozu aber wenig Aussicht ist. Die Unternehmer wollten wohl eine Erhöhung der Ueberstundenbezahlung von 25 Proz. und eine generelle Lohn-erhöhung von 5 Proz. zubilligen, dagegen zogen sie die bereits gegebene Zulage von Erhöhungen der Affordpreise wieder zurück. Da aber fast durchgängig nur im Afford gearbeitet wird, so wäre eben für die Arbeiter sehr wenig herausgekommen, wenn nicht eine Erhöhung der Affordpreise eingetreten wäre.

Der Mannheimer Hafnarbeiterstreik ist jetzt allgemein. Nachdem zunächst nur bei zwei größeren Gesellschaften die Städtgutarbeiter in Streik getreten waren, weil ihre Verhandlungen über einen besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen sichernden Tarif ergebnislos blieben, schlossen sich ihnen in den letzten Tagen die Kollegen bei einigen weiteren Firmen an, was der Arbeitgeberverband mit der Proklamation einer weitgehenden Aussperrung beantwortete. Auf der anderen Seite aber gehen die Krane- und Elevatorfahrer mit den Streikenden und Ausgesperrten zusammen, so daß, von einigen unorganisierten Streikbrechern und einigen Leuten, die stets im Trüben zu fischen trachten, abgesehen, fast allgemein jetzt das Verladegeschäft im Mannheimer Hafen, bekanntlich dem bedeutendsten europäischen Binnenhafen, ruht. Auf der Ludwigsbahn Seite, die hier in Betracht kommt, bemüht sich die Polizei den Firmen durch Herbeischaffung von Streikbrechern zu Hilfe zu kommen, und ist dabei so voll Eifers, daß sie den Hinweis auf eine gefährliche mechanische Einrichtung einer Firma so lästig empfindet, daß sie dem beschwerdeführenden Vertreter des Hafnarbeiterverbandes den Mund verbietet und ihn mit Verhaftung droht. — Auch die Pfalzbahnen, die in Ludwigshafen, also im Streikgebiet eine ihrer wichtigsten Stationen haben, möchten Streikarbeit munter fortsetzen lassen. Ihr Leiter, der Geheimrat v. Lavale erklärte der nachströmenden Streikkommission, für die Eisenbahner gibt es keine Streikarbeit. — Die „Christlichen“ möchten bei der Gelegenheit freilich gern wieder ihren Schnitt nach be-rühmten Mustern machen. Ihr Führer in Mannheim, der Arbeiterssekretär Tzammel, der dieser Tage erst vom Schöffengericht für 25 Mark, die der Genosse Maier als verantwortlicher Redakteur der Mannheimer „Vollstimme“ zahlen soll, seine Ehre reparieren ließ, hat dem Arbeitgeberverbande erklärt, daß er für die „Christlichen“ allein einen Tarif abschließen und die Arbeit aufnehmen lassen beziehungsweise die Plätze durch die christlichen Gewerkschafter besetzen wolle — was den Unternehmern sehr angenehm wäre, da ihnen natürlich bei dem am Freitag erfolgten Besuch des Großherzogs die Stille im Hafen peinlich ist. Diese Streikbrechergarde wird aber daran wenig ändern können, da auf Seiten der kämpfenden Mannheimer solidarisch erklärt und sich insbesondere verpflichtet. Güter von den be-streikten Firmen nicht eher zu fahren, bis die Firmen den Städtgutarbeitern ihre Forderungen bewilligt haben. — Der Kampf dreht sich um einen Tarif, der dem Arbeitgeberverband auf dessen Verlangen vom Hafnarbeiterverband für die Städtgutarbeiter eingereicht wurde. Als im Sommer die „Mannheimer Dampf- und Schleppschiffahrtsgesellschaft“ den bei ihr streikenden Arbeitern nachgeben wollte, hinderte sie der Arbeitgeberverband, der die Vorlegung eines allgemeinen Tarifes verlangte. Nun, da dieser nach statistischen Aufnahmen über die Lage der Arbeiter vorgelegt wird, paßt er den Scharfmachern nicht.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hatte am 1. Juli d. J. nach der letzten abgeschlossenen Abrechnung für das zweite Quartal 1906 144 933 Mitglieder. Das ergibt eine Zunahme von 4522 gegen das vorausgehende Vierteljahr. Der Hauptvorwand ist von dieser Zunahme jedoch nicht bestritten, da im Vorjahre die Zunahme im gleichen Zeitraum sich auf 8319 belief. Die Zahl der weiblichen Mitglieder erfuhr eine erfreuliche Steigerung von 2315 auf 2808; auch ist die Auflage der „Holzarbeiter-Zeitung“ mit der in dieser Woche erscheinenden Nummer 41 auf mehr als 140 000 gestiegen.

Ausland.

Einigung der französischen Bergarbeiter.

Paris, 28. Oktober. (Fig. Ver.) Die französischen Bergarbeiter haben heute einen Kongreß abgehalten, der zur Verschmelzung der zwei bestehenden Verbände: der nationalen Föderation und der föderativen Union führte. Die neue Organisation heißt: „Nationaler Verband der Bergarbeiter (französische Sektion der Bergarbeiter-Internationale)“. — Der Kongreß beschloß Sympathiebekundungen an die russischen Revolutionäre und an den Gewerkschaftskongreß in Amiens zu richten, ferner den „Reveil du Nord“, der gegen die Einigung intrigiert hat, zu desabonieren.

Die Einigung der französischen Bergleute, die ein deutsches Zeichen der wachsenden Erkenntnis von der Notwendigkeit des organisatorischen Zusammenschlusses ist, wird auch in der internationalen Bergarbeitererschaft und bei allen Sozialisten herliche Genehmigung hervorrufen.

Eingegangene Druckschriften.

S. Mübert. Endlos empor. Ausstrahlungen eines Nordgefällens. 153 Seiten. Verlagsbuchhandlung Hermann Walther, Berlin W. 30.
Armand Cheysson. Champion der Welt im Ringen. Keine Selbsthülle. Einige Kunststücke des Judo-Dschiu für Damen. Leitwörterband in Chasformat. 38 Illustrationen nach der Natur. 2 Fr. Verlag Gebraüder Klinger, Neuenburg. 1.60 M. D. O. Barmann, Leipzig.
C. Häubners Geographisch-statistische Tabellen für 1906. Herausgegeben von Universitätsprofessor Dr. Fr. von Juroschel, Sektionschef und Präsident der k. k. österreichischen statistischen Zentralkommission in Wien.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der alte Scharfmacherstreik.

Wien, 11. Oktober. (W. T. B.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Wachen: Die Zeitung der „Kölnischen Zeitung“ weist die sich zur Arbeit meldenden Anständigen nicht mehr zurück. Heute sind 14 Mann, zumeist Rajasisten, angenommen worden.

Bäderstreik.

Budapest, 11. Oktober. (W. T. B.) Die Bädereigentümer erklärten nachmittags den Ausstand. 2500 Beschäftigten stellten sofort die Arbeit ein. Die kleinen Bädermeister beschloßen bei den Großbädereien zu arbeiten; ferner wird die Hälfte der Militärbädereien in Anspruch genommen, so daß die Bevölkerung vor Brotmangel geschützt ist.

Die russische Revolution.

Die Anleihegerüchte.

„Towariſch“ vom 3. Oktober meldet: „In den höheren Finanz-Phären zirkuliert das hartnäckige Gerücht, daß eine Koalition westeuropäischer Kapitalisten der russischen Regierung zwei Milliarden leihen wird unter der Bedingung, daß die Reichsduma zwei Jahre lang nicht einberufen werden soll.“

Diese Meldung ist bereits von einem deutschen Telegraphenbureau in seine Mitteilungen übernommen worden. Sie wird also nicht für völlig unglaubwürdig gehalten! Ob „Väterchen“ durch die Legende von den zwei Milliarden einzuweichen nur bestimmt werden soll, keine neue Duma einzuberufen? — Oder ob sich wirklich unter Westeuropas reaktionärsten Geldleuten so viele Schurken befinden, die zwei Milliarden daran wenden, das russische Volk in einen überhasteten Verzweiflungskampf zu hetzen? Zwei Milliarden, die ihre Entleiher nie wiedersehen!

Sollte sich jener edle Plan — was höchst unwahrscheinlich ist — verwirklichen, so werden voraussichtlich die sogenannten „kleinen Sparer“ wenigstens nicht so dumm sein, sich die wertlosen Anleihepapiere anschnüren zu lassen; sie müßten darauf gefaßt sein, den letzten Pfennig zu verlieren.

Erkannt!

Unter den letzten Depeschen hatten wir gestern mitgeteilt, der Generalgouverneur von Moskau habe das Verbot des Stadthauptmanns gutgeheißen, der alle öffentlichen Ehrungen für die erwarteten Deputationen aus Italien und England untersagte.

Nun stellt sich heraus, daß die von russischen Blättern verbreiteten Gerüchte, daß eine Abordnung des italienischen Parlaments sich nach Rußland begeben werde, jeglicher Begründung entbehren. Und aus London kommt folgende Nachricht:

Die englische Deputation, die sich nach Petersburg begeben wollte, um dem ehemaligen Präsidenten der Duma eine Adresse zu überreichen, hat nach reiflicher Überlegung beschlossen, erst noch die Ansicht des englisch-russischen Komitees in Petersburg zu hören! — Die endgültige Entscheidung soll morgen (Donnerstag) getroffen werden, doch herrscht die Ansicht vor, daß der Besuch unterbleiben wird. Der Besuch in Moskau ist bereits ausgegeben. Man weiß im Auslande zu genau, was den barbarischen Regierungshorden Rußlands und ihren besten Freunden, den „schwarzen Banden“ zuzutrauen ist.

Stolypin soll fallen?

Petersburg, 11. Oktober. (B. S.) Zwischen Stolypin und dem Finanzminister Kozoffzow sind wegen der Durchführung der Dumawahlen ernstliche Differenzen ausgebrochen. Während Stolypin den Standpunkt vertritt, daß die Regierung sich energisch an der Wahlbewegung beteiligen müsse, ist Kozoffzow der Ansicht, daß ein solches Vorgehen sehr gefährlich sei. Da man bei Hofe dem Finanzminister recht gibt, so ist der Rücktritt Stolypins wahrscheinlich. Zu seinem Nachfolger dürfte der Generalgouverneur von Finnland, Gerhardt, oder Fürst Wassiljtschikow ernannt werden.

So würde also der Teufel durch Beelzebub ersetzt werden.

Generalfreik.

Wir meldeten gestern, daß die Arbeiter von Lodz durch einen Ausstand wichtigen Protest gegen die Feldkriegsgerichte erheben. Wolffs Bureau bestätigt diese Nachricht durch folgende Mitteilung:

Lodz, 11. Oktober. Hier ist der Generalfreik ausgebrochen, die Fabriken, Läden und Schulen sind geschlossen, die Zeitungen erscheinen nicht.

Aus der großen Lügen-Fabrik.

Wir haben schon öfter gezeigt, wie dummdreist die russische Regierung liegt. Folgendes offiziöse Telegramm gibt eine neue Probe ihrer „Dementier“-Kunst:

Blut und Eisen.

Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit.

Unter diesem Titel beginnt soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts ein neues Lieferungswerk zu erscheinen, dessen Prospect und erstes Heft vorliegen. Es ist der dritte Band der „Kulturbilder“, eine Sammlung von populären Einzelabhandlungen aus der Kulturgeschichte, die den Zweck verfolgen, die Erkenntnis des menschlichen Werden und der Arbeiter näherzubringen. Jeder Band dieser Sammlung ist für sich abgeschlossen, so daß der Abonnent des einen Bandes nicht gezwungen ist, auch den anderen zu abonnieren.

Das neue Werk behandelt die Geschichte des Militarismus und des Krieges. Der Militarismus ist der furchtbare Feind der Arbeiterklasse. Er zwingt die Söhne des Volkes unter sein eiserne Joch und preßt sie zu Schergen und Soldaten wider die eigenen Brüder. Der Militarismus ist die Ursache der stets drohenden Kriegsgefahr, dieser grausamen Geißel jeder menschlichen Kultur und jeden Fortschrittes. Dieser Zustand aber ist eine Folge unserer kapitalistischen Entwicklung, und er wird endgültig erst überwunden werden mit der Verrichtung dieser auf der Bedeutung des Menschen durch den Menschen beruhenden Geschichtsordnung.

Der Verfasser des Werkes, Hugo Schulz, Redakteur der „Wiener Arbeiterzeitung“, gilt als einer der besten Kenner der Geschichte des Militarismus, und die Art seiner Behandlung des Stoffes, soweit man nach dem vorliegenden Material urteilen kann, läßt hoffen, daß er ein Volksbuch im wahrsten Sinne des Wortes schaffen wird.

Eine Probe aus dem ersten Heft wird unsere Auffassung bestätigen. In seinem Vorwort zeigt Schulz zunächst in großen Umrissen die Art der Kriegsführung im Altertum; er gibt dann eine Schilderung der Art der Kriegerkämpfe des Mittelalters und der Umwälzung, die durch Anwendung des Schießpulvers herbeigeführt wurde, um schließlich ein gewaltiges Schlachtenbild, wie es die raffinierte Kriegskunst des kapitalistischen Zeitalters in Wirklichkeit vor unseren Augen entrollen wird, wenn die Völker wieder einmal für die Interessen anderer Blut versprechen müssen, zu entwerfen.

Es heißt da:

Wenn der Soldat einwohneniert wird, weiß er schon, daß er in totenigen Togen mitten in den Ereignissen stehen wird. So furchtbar rasch vollzieht sich alles, mit wilder Hast drängen sich die Heere zur Entscheidung, keine Sekunde Ruhe gibt es zu innerer Sammlung, es ist, wie wenn man mitten in einem Cyclon geraten wäre und nun vom Orkan dahingeschleift würde. Und je kürzer die Vorbereitungen für das große Schlachten sind, um so länger währt dann dieses selbst, um so dauerhafter sind die schwersten seelischen Anstrengungen, die heute dem Kämpfer im Gefechte zugemutet werden. Die Märsche vollziehen sich unter schweren Mühen, die sich steigern, je näher man an den Feind kommt. Ueber Stolz und Stein geht es dann schließlich durch Gestrüpp und Waldesblick, über schlaunige Moorgründe und aufgewühlte Acker; feine Anhöhen werden erklimmt und hochangesehene Wälder müssen durchnäht werden.

Niemand weiß, welchen Zweck alle diese Bewegungen haben, selbst die Offiziere haben keine Ahnung, was die nächsten Stunden bringen werden. Aber alles führt die Rache des Verhängnisses.

Petersburg, 10. Oktober. (Petersb. Tel.-Ag.) Die ausländischen Zeitungen veröffentlichen denruhigende Nachrichten aus Sewastopol über Fahrenflucht von Matrosen, die derartigen Umfang angenommen haben soll, daß die Schiffe nicht in See gehen können. Wie der Generalstab der Marine erklärt, entbehren diese Nachrichten jeder Begründung. Die Fälle, in denen Matrosen freiwillig von ihren Schiffen abwesend sind, können nicht als Desertion angesehen werden und sind wenig zahlreich. Ebenso sind die Gerüchte, daß Admiral Strojlow von Matrosen festgenommen worden sei, vollkommen falsch.

Der Rückzug der Kadetten.

Seljingfors, 10. Oktober. Der Kongreß der Kadettenpartei nahm heute mit 84 gegen 44 Stimmen die vom Zentralausschuß eingebrachte Resolution an, die den passiven Widerstand als unmöglich erklärt. Die Resolution der Minderheit, die die Organisation des passiven Widerstandes empfiehlt, wurde mit 88 gegen 53 Stimmen verworfen.

Zur Lage in den Ostseeprovinzen.

Die politische Umwälzung geht in Rußland unter entsetzlichen Qualen vor sich. Durch die terroristischen „Verhütungsmittel“ werden immer neue Bevölkerungsschichten in die revolutionäre Bewegung hineingepreßt. In einzelnen Gebieten des Nischenreiches wird ein Kampf um Leben und Tod geführt. Allmählich wird es da unmöglich, alle Opfer zu registrieren.

Nirgends hat der Zarismus eine solche Stütze vorgefunden, wie beim baltischen Adel in den Ostseeprovinzen. Daher wird auch der Kampf nirgends mit so blutigen Mitteln geführt wie dort.

Das lettische Proletariat kämpfte mit Todesberachtung. Das kleine Häuflein wäre übrigens schon längst vernichtet, wenn es nicht außerordentlich gut organisiert wäre. Man kann allerdings nicht leugnen, daß die sozialdemokratischen Organisationen durch das Wüten der Reaktion stark gelitten haben. Die reaktionäre deutsche Presse hat ja unermüdlich dafür gesorgt, alle Nord- und Mand-überfälle auf die Rechnung der Sozialdemokratie zu setzen. Die konservativen Blätter — und nicht allein diese — fahren in ihrer niederrädrigen Gehartheit fort. So finden wir in der „Kreuz-Zeitung“ folgende Auslassung: „Der Hauptrevolutionärschwerd sind die baltischen Provinzen und Polen. . . Von dort gehen die Emisſäre aus, welche Armeen, Arbeiter, Bauern fortpumpieren, dort wird die Verbindung mit dem Auslande aufrechterhalten, das Waffen liefert und die Absicht hat, ganz Rußland zu betraffen.“

Diese Ehre kann das lettische Proletariat nicht für sich beanspruchen; die lettische Sozialdemokratie hat auch nie die Absicht gehabt, durch ein vom Auslande her bewaffnetes Volk ihre Ziele zu erreichen.

Die Schlußsätze verraten dann den Zweck des Gehartheits: „Bevor die baltische Revolution nicht völlig niedergeworfen ist, wird und kann es nicht besser werden. . .“ Auf diese Art und Weise wird die Blutiger der adeligen „Selbstschützer“ vom Auslande her gesteigert.

Wer ist aber an den jetzigen „unhaltbaren Verhältnissen“ hauptsächlich schuld? Niemand anders als derselbe Adel, der im Dezember den Drow ins Land rief, der die Strafexpeditionen noch jetzt leitet. Die neumonatonige Tätigkeit der Herren v. Sivers, Prödrich, Brümmer usw. hat die jetzige Lage erzeugt. Ohne diese hätte es keine „Waldbücker“ gegeben, die jetzt die „bejergesimten“ Bauern und Jungen terrorisieren sollen und die nach dem Rate der „Duma-Zeitung“ jetzt mit Häufe von Prämienausführungen und Jagdhunden vernichtet werden müßten. Der „rote Terror“ in den Städten ist nur das natürliche Ergebnis des weihen Terrors, den die Regierung und ihre Helfershelfer in der mannigfaltigsten Weise walten lassen. Wir wollen nur auf die Expression der Auslosung in den Polizei- und Gendarmenverwaltungen, auf die Tätigkeit des deutschen „Selbstschützes“ bei den Hausdurchsuchungen (zum Beispiel im „Hoffnungsbereim“), auf die Behandlung der Inhaftierten in den Gefängnissen hinweisen. Von 3000 lettischen Volksschullehrern sind schon jetzt über 300 getötet oder sonst bestraft worden. Auf jeden dritten Mann der Arbeiterbevölkerung kommen in Kur- und Livland ein Toter, Wüßhändler oder Gefangener. In Kur- und Livland bestraft man schon lange nicht mehr die Schuldigen, sondern es werden auch Angehörige oder sogenannte „Geiheln“ erschossen. Soeben lesen wir in der „Kawija“, daß am 2. Oktober im Kreise Osenpösch von

Da trägt der Schall von fernher dumpfe Brummtöne ans Ohr. Sie sind kaum hörbar, aber sie werden verstanden. Die Geschütze haben zu sprechen begonnen. Niemand weiß wo. Es wird noch recht weit sein. Es währt wohl noch einige Stunden, bis man in die Nähe kommt. Um so schlimmer. Wenn man einmal sicher weiß, daß man daran kommt, ist es schrecklich, stundenlang marschieren zu müssen, ehe die Schloßtür in Sicht ist. Die Brummtöne verstärken sich und leise Erdberschütterungen begleiten sie. Die Todesangst wächst, schwer atmend, mit hochschlagendem Herzen und fiebernden Pulsen schreiten die Kämpfer einher. Die Offiziere zwingen sich zu trampfhaft lächelnden Nicken, aber sie sind sehr blaß. Wein Gott, man ist ja ein Mensch, und selbst die vorbildlichen, ritterlichen Helden der Vergangenheit haben sich vor dem Tode gefürchtet. Heinrich IV., dem Sieger vom Torh, spalterien jedesmal, wenn ihm der Adjutant den Helm aufsetzte, die Zähne, und vor dem ritterlichen Kampfe mit blanken Waffen war solche Bekommenheit wirklich nicht nötig. Was ist das bishen Dreinschlagen gegen so ein Feuergefecht, wo einem die Geschosse und Sprengstücke wie aus Gesichtsmaschine geschüttet um die Ohren pfeifen, ohne daß man sich dagegen wehren kann.

Die Brummtöne verwandeln sich allmählich in Donnerschläge, man muß der Schloßtür schon recht nahe sein, aber man sieht nichts, denn ein dichter Fort verschleiert das schreckliche Bild. In aufgelösten Gruppen geht es mitten durch — langsam, denn dichtes Gestrüpp behindert das Fortkommen und oft bleiben die gepanzerten Reiter im Gestrüppe hängen. Niemand will recht vorwärts, denn im Walde glauben sie die Leute sicher. Aber die Offiziere drängen, denn sie wissen, wie trügerisch dieser Glaube ist. Der Wald ist der beste Verbündete der feindlichen Artillerie. Und da zeigt es sich schon. Plötzlich faust, tracht und splittert es in den Wipfeln, Äste und Zweige wirbeln durch die Luft und eiserne Sprengstücke bohren sich in das Dicht. Ein paar Kameraden hat das Verhängnis ereilt, und schrecklich ist es, die unglücklichen anzusehen; das sind keine ritterlichen Hieb- und Stichwunden, das ist ein furchtbares Zerstückwerk des Todes. Verschmeterte Schadel, blögelte Eingeweide und abgerissene Gliedmaßen gewacht der entsetzte Mord, und schauernd drängen die Lebenden nun vorwärts. Nur rasch hinaus aus dem Walde ins Freie.

Man gerät nun in den Trübel und weiß nicht wie. Noch marschieren die Kompagnien in geschlossenen Kolonnen; aber weit vorne sieht man dunkle, dünne Linien, die sich bald vorwärts bewegen, bald sich seitwärts schlängeln. Trüben auf einer Anhöhe gewahrt man kleine Bunkel, die zeitweilig rot aufblitzen, worauf sich dann ein weiches, kreisrundes Wölken emporingelt, fünf, sechs, sieben Sekunden währt es, ehe dem zukünftigen Wüde der Donnerschlag folgt, aber längst hat indes der Blitz schon irgendwo eingeschlagen und Verderbung gestiftet.

Eine Stunde später sind alle Schreden des Feuergefechtes entfesselt. Eine Erdwelle birgt die Leiber vor den feindlichen Geschossen, aber die Köpfe ragen über den Rand der Wölkung hinaus. Wie gern möchte man auch den Kopf hinter der sicheren Deckung bergen, aber denn kann man nicht schreien und man muß schreien, sonst ist man eben ein Feigling. Also Kopf hoch und schreien und minuten- und stundenlang warten, bis von den feindlichen Geschossen, die so unheimlich nahe vorüberpfeifen, eine doch den Weg findet und den Kopf, gerade den Kopf geschmettert. Das feindliche Feuer wird schwächer und die Offiziere nehmen den Augenblick

der Strafexpedition wieder drei Personen erschossen wurden. Außerdem sei angefragt worden, daß im Falle das Gemeindegeld noch einmal herabgehoben werde — sechs Menschen erschossen würden! — In Drostenhof hat man diese Drohung schon verwirklicht. Wofür die Kriegsgerichte Todesstrafen verhängen, dafür nur ein Beispiel: „In Mitau wurden am 2. Oktober drei Personen hingerichtet, die „wegen Schändung von Kaiserbildern“ (begangen im August 1905) vom Kriegsgerichte zum Tode verurteilt und bisher in Einzelhaft gewesen waren. Also ein Jahr Gefängnis und dann noch die Todesstrafe für Verletzung von Bildern, wie sie während des Landarbeiterstreiks zu tausenden vorliefen!

Daß die Arbeiterbewegung trotz alledem nicht unterdrückt ist, dafür liefern den besten Beweis die zahlreichen Kundstände in den Sommermonaten, dafür liefert Beweis auch der nun schon seit sechs Wochen geführte Kampf der Straßenbahner in Riga. Die Parteiorganisationen sind mit Arbeit überhäuft. Tag und Nacht muß man arbeiten, um den Forderungen zu entsprechen. Der im Juli abgeschlossene Jahresbericht der jetzt nicht mehr existierenden lettischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat ein Budget von 17315 Rubeln aufzuweisen. Auch die Arbeit auf den zwei soeben abgehaltenen Kongressen ist nicht zu unterschätzen. Mit 11000 organisierten Arbeitern ist die lettische sozialdemokratische Arbeiterpartei in die Gesamtpartei eingetreten. Zudem die lettische sozialdemokratische Arbeiterpartei einstimmig ihre Vereinigung mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands beschloß, hat sie klar bewiesen, daß ihr eng nationalstiftische Bestrebungen fremd sind. Die neugegründete Lokalorganisation führt von nun an den Namen „Sozialdemokratie Lettlands“ und ist jetzt die Vertreterin des gesamten Proletariats Lettlands ohne Unterschied der Sprache.

Der Prozeß des Arbeiterdeputiertenrates.

Am 2. Oktober wurden die Gerichtsverhandlungen gegen das „Exekutivkomitee“ des Arbeiterdeputiertenrates eröffnet und dann auf den 5. Oktober vertagt. Die Sitzung des 2. Oktober wird vom Führer der Arbeitergruppe Skilim im „Towariſch“ (3. Oktober) folgendermaßen geschildert:

Reihen von Schulzeuten in strammer Haltung, mit Mützen, Säbeln und Schußwaffen. Gendarme, Polizeioffiziere mit übertrieben gewählter Brust, Woffengelirr, schwere verdächtige Blide; vor allen Türen erglänzen Treifen, Epaulettes, helle Knöpfe, Medaillen, Ordensstreifen. . . Hier ist das Gerichtsgebäude. „Ihre Einlaßkarte!“ Zwei düstere Gestalten, von Woffen streudend, versperrten den Weg mit entschlossener Brust. Der Prästow, mit Kette und Abzeichen an der Brust, prüft die Karte und das Gesicht, eilt ans Fenster und prüft die Karte nochmal, eilt den dunklen Gang entlang in das Erdzimmer und kehrt dann mit der Karte beunruhigt zurück. Die Schulzeute machen Klapp.

Der Gerichtssaal ist leer. Mit wachsender Langsamkeit schreiten Gendarme, Polizeioffiziere auf und ab. Hinter dem Gitter ein kleines Häuflein, das Publikum. Man läßt nur mit großer Vorsicht ein, nachdem man die Einlaßkarten und die Gesichter scharf geprüft hat. Ein Polizeibeamter, dessen Brust mit Schuiren geschmückt ist, steht fest und entschlossen am Türposten. „Voriges Mal“ hört man eine holblaute Stimme aus dem Publikum, waren Soldaten da in voller Feldausrüstung! Auch jetzt werden viele verborgen gehalten. Man hat sie in die dunklen Gänge hineingepreßt. Auf dem Hofe aber sitzt ein alter, frieblicher Mann und liest die Zeitung, ein Kind wird in einem Kinderwagen hin- und hergeführt. Ein idyllisches Bild!

Einer nach dem anderen treten die Verteidiger herein. Sichert Aufstehen, laute, muntere Stimmen, festliegende Prokurazüge. Der enge Raum, der dem Publikum überlassen ist, füllt sich allmählich mit Damen intelligent-proletarischen Aussehens. Die Männer sind nur in kleiner Zahl. Das Geräusch wächst. Im Saal nimmt die Menge der Polizei-, Militär- und Beamtenuniformen merklich zu. Man wird ungeduldig.

Da, ein dumpfes, zunehmendes Geräusch, Trite, Woffengelirr. Die Tür geht auf. Ein roter Haufen von Gendarmen mit blankgelegenen Säbeln kommt schnell heraus und stellt sich in dichten Reihen auf, mit dem Rücken zum Publikum gewandt. Und hinter ihnen tanzen lustig und munter die Angeklagten auf, eilen auf ihre Plätze, der erste, der zweite, der dritte. . . Westenteils junge Leute in grauen Joden, in farbigen Hemden mit schrogem

wahr. Vorwärts! Hundert Schritte vorwärts, bis zur nächsten Erdwelle! Nun heraus mit dem ganzen Körper aus der schützenden Deckung und laufen, recht rasch laufen! Doch darauf hat der Gegner eben gemerkt. Dichte Erdbeschütterungen prasseln durch die Luft und ehe die nächste Erdwelle erreicht ist, hat der Tod unter den Kameraden schreckliche Ernte gehalten. Und wieder verfliegen Stunden. Unsere Schloßtür ist durch Reizen mehrfach verstärkt worden, aber auch das feindliche Feuer hat sich fürchterlich verdichtet. Wie Hagelschloffen ergießen sich die Geschosse über die Köpfe, bald da, bald dort, bohrt eines knapp vor dem entsetzten Mord eine tiefe Furche in den Wiefengrund und ringsherum glimmen verholzte Grabholme. Und wieder vergehen Stunden, ehe die Entscheidung fällt. Bis auf 500 Schritte sind die verbissenen Gegner aneinander gekommen, alle Reizen sind bereits in die Feuerlinien gerückt, in die lockeren Schützenreihen haben sich dichte Menschenmengen eingeschoben und bieten den Geschossen massive Ziele. Da gibt es keine bergende Erdwelle mehr, ungedeckt stehen die beiden Menschenmengen einander gegenüber und überschütten sich mit verheerendem Feuer. Zwei tobende Vulkane haben ihre Kräfte gegen einander gerichtet. Der Pulverdampf verschleiert die Blide und der Gestank beigt in die Nasen. Reiganisch heben und senken sich die Arme zum Anschlag, aber die Herzen pochen zum Zer-springen. 150 bis 200 Schläge in der Minute.

Und reihenweise sinken die Betroffenen dahin, ein gellender Aufschrei folgt dem anderen. Kommandobufe hört man nicht. Befehle werden dem nächsten besten Kämpfer ins Ohr gebrüllt und der muß wieder seinen Nachbar anbrüllen, bis auf diese Weise dem ganzen Bataillon das Signal vermittelt ist. Hier, höchstens fünf Minuten kann diese fürchterliche Menschenmorderei dauern, dann setzt sich bei einer Partei die wahnsinnig gesteigerte Aufregung plötzlich in panischen Schrecken um und sie flüchten in wilder Flucht das Feld. Aber von den Herzen der Sieger löst sich langsam der schreckliche Alpdruck und der tödlichen Angst folgt höllisches Jubelgeräusch. Trog der Hunderte von Toten und Verwundeten, die ringum das Feld bedecken. Und noch ist der Jubel verfrüht. Der Gegner sammelt sich in Aufnahmstellungen, es folgt ein hitziger Nachrück, viele, die eben noch gebubelt haben, müssen doch noch den Erdboden küssen, andere brechen unter den Strapazen der wilden Jagd zusammen.

Ost auch wendet sich noch das Blatt. Der weidende Gegner bekommt unvermuthet ausgiebige Unterstützung und der schreckliche Kampf beginnt von neuem, um bis in die finkende Nacht fortzu-töten. Selbst die Leidverwundeten, denen es gelungen ist, sich in eine schützende Erdwelle zu verziehen, und die dort auf Mitleid warten, sind noch großen Gefahren ausgesetzt. Welche ihnen, wenn sie im Bereich einer Artilleriestellung liegen, die im Verlauf des Kampfes plötzlich geändert werden muß. Ueber Tote und Verwundete weg faust das eigene Fuhrwerk, und gar mancher, mit dem es die feindliche Kugel nicht allzu schlimm gemeint hat, wird nachträglich von freudlichen Pferdchulen getreten und zermalmt.

So sieht der moderne Krieg aus, von dem seine Lobredner behaupten, daß er um so viel humaner sei als die blutigen Heben der Vergangenheit. Wir empfehlen das Werk der Beachtung unserer Partei-genossen. Es erscheint in 50 Lieferungen a 20 Pf., die reichhaltig illustriert sind. Die Bilder sind mit großer Sachkenntnis ausgewählt.

Brustschütz oder mit gestärktem Kragen. Das Publikum springt von den Plätzen auf. „Christaw! Trozk! Swerschow! Elbonow! Umfendarm!“ zählt das Publikum die Angeklagten. Ueber die Köpfe der Gendarmen hinweg, im Lauf oder von ihren Plätzen aus, lebhaft, nervös, lustig, telegraphieren die Angeklagten dem Publikum mit Gesten, Kopfbewegungen, werfen Handflüsse. Das Publikum antwortet auf dieselbe Weise. Von beiden Seiten sucht man gierig, eilig mit den Augen nach den bekannten lieben Gesichtern, und wenn man einander gefunden hat, nickt man sich mit dem Kopfe freudig zu. Die Verteidiger wechseln mit den Angeklagten feste, freundschaftliche Händedrücke. Jemandwoher sind Blumen erschienen. Viele Blumen, ganze Haufen. Und schon schimmern bei allen Angeklagten in den Händen, auf der Brust weiße und rote Blüten. Ein feiner, edler Duft dringt durch die moirée Kanzelatmosphäre. Von der Anklagebank her erschallt Lachen, Ausrufe, Anstöße lauter Heiterkeit. Auf den Gesichtern kann man die graue, matte Farblosigkeit des Gefängnisses bemerken; aber sie wird überzogen, verdeckt von den Strahlen nervöser Lebhaftigkeit. Duster und gespannt schielen die unbeweglichen Gendarmen mit blankgezogenen Säbeln auf die Angeklagten. „Venedenwert! Es ist bei ihnen lustiger!“ rufen weibliche Stimmen im Publikum aus. „Dieser da, der zweite von Ende, ist mein Mann!“ „Ich habe beschossen: Ich fahre zur Deportation mit.“ „Wenn es aber Zwangsarbeit ist?“ „... Und ich fahre auch zur Zwangsarbeit mit!“ „Man sagt, man darf die Kinder nicht auf einmal mitnehmen.“ „Es ist gleich, ich fahre doch.“ „Meiner verbietet's mir! Das wäre aber noch schöner! Ich sollte zurückbleiben?“ Das Publikum ist lebhaft und heiter geworden und will sich nicht niederlegen. Von den Anklagebänken her schallt unaufhörliches Gelächter. Sie gestikulieren lebhaft mit einander, rücken an ihren Blumen, lachen mit zurückgeworfenem Kopfe. Ein Hauch von Jugend, Energie, Sorglosigkeit, mutigem Glauben an das Leben geht von ihnen aus. Man könnte beinahe die drückende Wirklichkeit vergessen; man könnte beinahe vergessen, daß in diesem düsteren Saale Zwangsarbeit, Kerker und Galgen lauern, daß die Gestalten in Gendarmen- und Polizeiform nicht umsonst mit sicherem, wachsamem Gang umherschreiten, daß die sorglos lachenden Angeklagten nicht umsonst von finsternen und starren Gendarmen mit blankgezogenen Säbeln umgeben sind. Man wartet eine Stunde, eine zweite, eine dritte. Warum zögert die strenge, die in ihren Uniformen erstarrte Staatsmacht, warum kommt sie nicht, um die frische, unaufhaltsam vorwärtsstürmende, mutig sorglose, neue Kraft zu richten? Vielleicht wird dort in den Kabinetten die Anklageschrift „in der Angelegenheit der Mitglieder der Gemeinschaft, die sich den Namen „St. Petersburg Städtischer Arbeiterdeputiertenrat“ angeeignet hat“, nochmals durchgesehen und durchdacht; vielleicht ist ein der Papiere nicht unterzeichnet worden; vielleicht ist in der Justiz- und Bureaunkassette eine Schraube in Unordnung. Das Publikum wird nervös. Auf der Anklagebank unaufhörliche Gespräche, Leben, Lachen.“

Prozess in Odesa.

Odesa, 11. Oktober. (W. S.) Unter Ausschluß der Öffentlichkeit begann gestern der Prozess gegen 11 Mitglieder des Ausschusses des Odesaer Komitees der sozialistischen Partei. Sie sind angeklagt, das Militär zur Meuterei aufgehetzt zu haben. Unter den Angeklagten befinden sich der Arzt Lewinson sowie Fräulein Michailowa.

Nur ein Deutscher.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Deutschen im Ausland bei ihren Gefandten und Konsuln weniger leicht und minder energisch Schutz finden als die Angehörigen anderer Nationen, zumal Engländer und Amerikaner. Handelt es sich gar um Kränkung Deutscher in Rußland, so verfügen vollends all jene Hilfsmittel, die die internationale Diplomatie, wenn sie nur will, zu ihrer Verfügung hat.

Ein neues Beispiel für die Behandlung, die deutschen Untertanen ungeachtet in Rußland widerfahren kann, erhalten wir durch die Mitteilungen eines zuverlässigen deutschen Genossen, der sich einige Monate in Warschau aufhielt. Seinen Darstellungen über den ihn betreffenden Fall entnehmen wir das Folgende:

Am Abend des 11. August zwischen 8 und 9 $\frac{1}{2}$ Uhr fuhr ich in einer Droschke nach Hause. In der Nähe des Eisernen Tores wurde der Aufsitzer von einer Patrouille (bestehend aus zwei russischen Infanteristen und einem hiesigen Polizisten) aufgefordert, zu halten. Nachdem der eine der Soldaten einige Worte in russischer Sprache an mich gerichtet hatte, die ich natürlich nicht verstand, winkte er mir, aus der Droschke auszu steigen. Ich tat dies auch und sagte im selben Moment in die linke Brusttasche, um meinen Paß zu zeigen, als ich auch schon zwei Schläge mit dem Gewehrkolben an die linke Seite des Kopfes erhielt. Gleich darauf noch einige Stöße in die Seite und in den Rücken. Ich rief zunächst in deutscher Sprache: „Ich bin ein Deutscher!“ und gleich darauf auf polnisch: „Niemocki“ (d. h. „Deutscher“). Viel mehr verstand ich noch nicht, und außerdem fiel mir im Moment auch gar nichts anderes ein. Jetzt erst wurde mein Paß nachgesehen, worauf man mich weiterfahren ließ.

Ich kam nach einigen Minuten Blutüberströmt zu Hause an und wurde von meinen Wirtsknechten notdürftig gewaschen und zu Bett gebracht. Am andern Tage stellte sich Fieber ein, und es mußte der Arzt gerufen werden. Ich habe mehrere Wochen im Bett zugebracht und kann selbst heute noch nicht richtig arbeiten. Da ich mitunter ganz plötzlich von den heftigsten Kopfschmerzen geplagt werde, so daß ich um Stunden hinaus unfähig bin, irgendwelche Arbeit zu verrichten. Nach Aussage des Arztes haben sich im Verlaufe meiner Krankheit mitunter ganz bedeutende Symptome gezeigt, so daß es nicht ausgeschlossen ist, daß ich mit ein Kopfleiden zugezogen habe, welches ich vielleicht überhaupt nicht mehr los werde.

Dies ist der Hergang, wie ich ihn erst schriftlich und dann mündlich dem hiesigen Konsulate mitgeteilt habe. Dort wurde mir aber erwidert, daß wohl schwer etwas zu machen sein werde, wenn ich nicht angeben könne, von welchem Regiment die Soldaten waren und welche Nummer der Polizist hatte! Außerdem könne man doch darum Rußland nicht den Krieg erklären; man werde aber sehen, was man machen könne.

Es versteht sich nun von selbst, daß ich in dem Zustande, in dem ich mich befand, an alles andere, nur nicht daran gedacht habe, Regiment und Nummer der Patrouille festzustellen. Außerdem ging die Sache viel schneller vor sich, als man erwarten kann, und zudem entfernten sich die drei nach Vollbrachten „Seldentat“ so schnell wie möglich. Reigen des Vorfalls konnte ich ebenfalls nicht ausfindig machen; denn wenn hier das Militär anfängt zu schlagen oder gar zu schießen — was beiläufig gesagt jeden Tag passiert — so stücht alles so schnell es nur geht, weil die Bande blindlings drauf los schlägt und schießt, ob Männer, Frauen oder Kinder, das ist ihnen ganz gleich.

Ich vermag nun nicht einzusehen, daß ich mit jenen gemeinen Heberfall so ohne weiteres gefallen soll, zumal da doch die Konsulate anderer Länder in ähnlichen Fällen die russische Regierung so weit gebracht haben, daß sie dem Betroffenen wenigstens ein angemessenes Schmerzensgeld zahlte.

Der Schreiber dieser Zeilen vergißt offenbar, daß nach all den bekannten deutschen Liebesdiensten „Väterchen“ allen Grund hat zu glauben, daß die deutsche Regierung ja doch nie aus der Verteidigung, Verletzung oder Lösung eines lumpigen deutschen Staatsbürgers der russischen Regierung gegenüber eine Haupt- und Staatsaktion machen würde.

Vom „Schwarzen Hundert“.

Infolge des wohlwollenden Verhaltens des Ministers Stolypin sowie der zuständigen russischen Administrationsbehörden entwickeln die „wahrhaft russischen Leute“ in Wort und Schrift eine immer standstillere Tätigkeit. Ganz eigenartig ist aber die „blumenreiche“ Bildersprache ihrer Presse. Hier eine Blüte aus der letzten Nummer der „Rothschildschen Richter“: „Blut des Hetman der Räuber ins Ausland!!! Der ehemalige Präsident der aus-einandergejagten Reichsduma, der Hetman einer Bande von

Räubern — der ehemaligen Dumamitglieder — Rumow ist ins Ausland geflohen. Die kluge Annalie hat's schon gemacht! Die Sache ist nämlich die: in diesen Tagen wollen Juden aus England nach Petersburg kommen, um sich bei ihm für seine eifrige Quilgans- und Räuberstätigkeit zu bedanken. Natürlich würde es diesen eckhaften Gästen übel bei uns ergehen; denn das russische Volk ist erwacht, die Nacht ist vorbei, und es beginnt zu dünnern, die Reptilien müssen in ihre Schlupfwinkel kriechen, um am Leben zu bleiben. Das hat dieser Hetman vorausgesehen und ist deshalb ins Ausland geeilt, um dort seine Freunde, die Jüdäer, zu treffen und zu liebholen. Er wird sich nicht langweilen; denn es sind schon viele Mitglieder der Räuberbande misant ihren jüdischen Beschützern dorthin entflohen. Wird das aber einen freundschaftlichen und eine Lustbarkeit geben, nach dem tapferen Sturm gegen Wlittschische Rußland im Turrischen Palais. . . Sie werden ausländische edle Weine trinken und Knoblauch und farricierten Hecht dazu essen“.

Der italienische Parteitag.

Zweiter Tag.

Rom, 8. Oktober. (Fig. Ver.) Costa beginnt mit dem Verlesen einer Reihe von Glückwunschtelegrammen, unter ihnen auch eins der französischen Confédération du Travail (Vereinigung der antiparlamentarischen Gewerkschaften). Dann referiert Cagnoni als Vertreter der Kommissionsmehrheit über die Beschlüsse der Mandatsprüfungskommission. In der Frage der autonomen Zirkel hat man zunächst die autonome Sektion von Ferrara ganz von den anderen autonomen Sektionen getrennt. Diese Zirkel von Ferrara haben allein aus einer falschen Interpretation des Organisationsstatus heraus beschloß, als sie sich von der Provinzialföderation trennten; für sie beschloß die Kommission die Zulassung zum Parteitag. Alle anderen autonomen Zirkel beschloß die Kommission mit Mehrheit von vier Stimmen nicht zu den Arbeiten zuzulassen, seien es reformistische oder syndikalistische Organisationen. Des weiteren schlägt die Kommissionsmehrheit vor, die Mandate von acht Parteisektionen, deren Delegationen nach dem 30. September eingetroffen sind, mit Rücksicht auf den rein formellen und bürokratischen Grund der Veranstaltung für gültig zu erklären.

Der Abg. Montemartini, als Redner der Minderheit der Kommission bittet die von der Mehrheit zur Gültigkeitserklärung vorgeschlagenen Mandate anzuerkennen und die Frage der autonomen Zirkel nach der Diskussion über die politische Aktion der Partei zu behandeln.

Der Parteitag beschließt in diesem Sinne und setzt dann die Diskussion über die politische Aktion fort.

Labriola erklärt zu Beginn, daß er sehr skeptisch denke über den Erfolg seines Referats. Er sei überzeugt, daß er seine Stimme seiner Sache gewinnen oder verlieren werde. Die Spaltungen in der Partei seien eine notwendige Folge des Umstandes, daß in ihr verschiedene Klassen vertreten sind, die nicht zu einer Homogenität der Anschauungen kommen können. Keiner der beiden Referenten habe sich im Ernst mit der syndikalistischen Auffassung beschäftigt. Was die Vorredner bekämpft haben, war nicht der Syndikalismus der Syndikalisten. Aber da die Referenten nicht sein gedrucktes Wort aufgenommen haben, sei er gewiß, daß auch sein gesprochenes Wort ungehört verhallen würde. Vielleicht würde die bürgerliche Presse die Ansichten des Syndikalismus wiedergeben und sie unter den Massen verbreiten, die noch nicht von dem inneren Kampf der Partei vergiftet worden sind. Die Mehrheit der Parteigenossen stiehe noch immer im Zeichen des Personalismus. Wie konnte es, daß Ferri, der sich gestern hier als Ministerialist bekannt habe, bejubelt wurde von denen, die ihn bisher wegen seines revolutionären Sinnes bejubelt hätten? So lange die Dinge so ständen, so lange ein Führer Logik, Konsequenz, alles mit Füßen treten könne und bei der Waffe Verfall finde, so lange hätten die Syndikalisten hier nichts zu erwarten. (Beifall.)

Morgari hat sich bestrebt — fährt Labriola fort — die Schuld auf beide Tendenzen gleichmäßig zu verteilen. Aber er hat doch nichts anderes erreicht als zu zeigen, daß er ganz und gar Reformist ist. Morgari hat die Prinzipien der Reformismus erkennen lassen. Er hat die Handlung seines Geneser Freundes Murialdi gegenüber dem König in Schutz genommen, und zeigte so, daß er selbst den Rest von Schamgefühl verloren, der sich in einem früheren Sozialisten aufrechnen sollte gegen jedes opportunistische Valtieren mit der Monarchie. Aber der Fall sieht nicht vereinzelt da. Hat doch der Reformist Chiesa als Stadtverordneter in Sampierdarena 10.000 Lire für eine Kirche bewilligt!

Diese Konfusion folgt aus dem bunt zusammengewürfelten Interessengemisch, aus dem die Partei und die sozialistische Wähler-schaft zusammengesetzt ist. Und der Streik der Eisenbahner. Gaben ihn die Herren Abgeordneten der Partei nicht im Stiche gelassen, haben sie ihn nicht verleugnet, sind sie nicht zu Verrätern der proletarischen Sache geworden? (Donnerer Beifall. Ovation. Zwischenrufe.) Wie würdet Ihr von dem General denken — dieses Medebild muß dem Herzen der Reformisten sympathisch sein — der seine Truppen im Kampfe verliert? (Zwischenruf: Was denkt Ihr von den Organisatoren von Niederlagen?)

Wenn das arme italienische Proletariat, die Leidende, gemarterte Masse, verfolgen und beurteilen könnte, was Ihr seit dem Jahre 1900 getan habt, sie würde diese Zeit als die schmachvollste in ihrer Geschichte ansehen. (Unruhe.) Um das zu tun, was die Reformisten und Parlamentsfraktion tun, genügen vollkommen die Radikalen.

Wenn wir hier den Sozialismus von Reggio Emilia anführen, wie man es bis zum Ueberdruß getan hat, als den wahren, echten einzig reformistischen Sozialismus; dieser Sozialismus ist aber der Antisozialismus in seiner typischen Form, denn Sozialismus ist Erziehung zur Selbstständigkeit. Die Sozialisten von Reggio schwören dagegen auf das Wort ihrer Führer, sie ordnen den politischen Zwecken auch jede Form des wirtschaftlichen Kampfes unter.

Die Syndikalisten sind ein Vorwand für Morgari. Wenn es keine gegeben hätte, so hätte er sie erkunden. Man wird hier eine integralistische Tagesordnung annehmen, aber aus der integralistischen Gruppe wird der reformistische Schwärmerling aufsteigen. Genossen Integralisten! Ihr laßt in die Arme der Reformisten, aus Angst vor einem Syndikalismus, der nicht existiert!

Anarchisterei wirft man den Syndikalisten vor. Man sagt, wir wollten in sinnloser Weise den Generalstreik provozieren, den Generalstreik als normales Mittel gebrauchen. Ja, zum Generalstreik gehören doch wohl mehr als die Syndikalisten. Redner analysiert die beiden italienischen Generalstreiks. Die Reformisten sind auch dabei, wenn es gilt, den Befehl der Menge einzuschleusen, aber nachher lehnen sie die Verantwortung ab. Als Turati vor dem Beschluß der Versammlung in Mailand befragt wurde, ob er zum Generalstreik riete oder nicht, antwortete er: „Ich habe keinen Rat zu geben.“ Nachher schrieb er Worte gegen den Streik, die die Gegner als Wahlmanifest anschlagen liehen!

Morgari hat uns auch eine staatsfeindliche Politik vorgeworfen. In der Tat, wir lassen den Sozialismus auf als eine Gesellschaftsform ohne politische Gewalt, also ohne Staat. Die Reformisten fürchten eine Diktatur der Gewerkschaft. Wir sind von einer imaginären Autorität Gottes regiert worden; von der imaginären Autorität des Vaterlandes, dann von der des Staates; jetzt fürchtet man auf einmal die Autorität der Syndikate.

Uebrigens habe Redner nicht von dem Wesen der kommenden Gesellschaft gesprochen, als er von der Uebernahme der Produktion durch die Syndikate sprach, sondern nur von der Form, durch die sich diese Gesellschaft verwirklicht. — Hier zitiert Redner einen Teil seines im Druck vorliegenden Referats. — Wir können die Zukunft nicht voraussehen; wie die Gläubigen sich Gott nur vorstellen können, indem sie ihn als Menschen auffassen, so können wir die zukünftige Gesellschaft uns nur vorstellen, indem wir sie aus Fetten der gegenwärtigen zusammen denken. Uebrigens würde eine Gesellschaft, die jedem den freien Besitz der Frucht seiner Arbeit sicherte, auch im Regime des Privateigentums, wenn sie möglich wäre, einen idealen Zustand verwirklichen.

Um von dem Generalstreik zu sprechen, so waren die beiden, die man in Italien gemacht hat, nicht syndikalistische, sondern politische Streiks. Beide hatten politische Endziele, nicht revolutionär-syndikalische.

Man beschuldigt uns, fährt Redner fort, Gegner der Akademiker zu sein. Selbst Turati hat aber zugegeben, daß die Syndikalisten zahlreiche Intellektuelle in ihren Reihen haben, obwohl er ihnen in seiner polemischen Liebenswürdigkeit die Intelligenz abspricht. Es ist falsch, daß wir die Nichtarbeiter aus der Partei ausschließen wollen. Wir wollen aber die Bevormundung der Arbeiter durch die Intellektuellen ausschließen. Freilich können wir nicht die Tatiache aufheben, daß die Arbeiter durch ihre soziale Lage um die Hebung ihrer Intelligenz vielfach verläßt werden.

Wir Intellektuelle, die wir Parasiten sind, Auswüchse, die der Gesellschaft fehlen könnten, die wir verdammt sind, eine der Produktion unnötige Arbeit zu leisten, wir wollen wenigstens unser Hirn in den Dienst der Arbeiterfrage stellen. Dagegen wollen die Akademiker unter den Reformisten in die Parteiaktion Dinge einbegreifen, die mit dem Sozialismus nichts zu tun haben, wie die Verbesserung der Lage der Gymnasiallehrer, der Angestellten usw.

Ich lann die Gesellschaft nur dadurch um Verzeihung bitten für meinen sozialen Parasitismus, indem ich meine Kräfte in den Dienst der Arbeiterbewegung stelle.

Wir betrachten den Sozialismus als die Reogation der kapitalistischen Gesellschaft im Sinne des kommunistischen Manifestes. Wir sind Marxisten, gerade weil wir Syndikalisten sind.

Ihr dagegen — zu den Reformisten gewandt — Ihr wollt dem Kapitalismus die Klauen beschnitten, wollt die Qualen der Produktion mindern auch auf Kosten der industriellen Entwicklung. Wir wollen die reichen Erben einer im Reichtum lebenden Gesellschaft sein, wollen die volle Entwicklung des Kapitalismus, wollen ihren Ueberfluß erben. Darum wollen wir die Freiheit des Kapitalismus. Darum liegt uns wenig an Erer sozialen Gesetzgebung, wenig daran, ob die Arbeiter eine halbe Stunde länger arbeiten oder nicht. (Lärm, andauernd ironischer Beifall bei den Reformisten, Unruhe.) Automatisch kommt er zur Reduktion der Arbeitszeit durch die Entwicklung der Technik. (Beifall bei den Syndikalisten.) Der Jwed des Sozialismus ist nicht, die Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern, damit die Arbeiter sich's wohl sein lassen, er ist vielmehr, den Kapitalismus zu entwurzeln. Keine Philantropie die dem beleidigten ästhetischen Gefühl des Nichtproletariats entspringt.

Nur wir bereiten die einzige Gesellschaft der Arbeiter vor, in der die Menschen als Gleiche und Freie leben können. Die Synthese des Individuums, das heute in ein politisches und ein ökonomisches Wesen zerfällt, kann nur das Syndikat vollziehen.

Uner Syndikalismus ist nichts, als der reine revolutionäre Sozialismus, wie er war, ehe die Reformisten die Zämmlichkeiten der desadenten Bourgeoisie hineinbrachten. Wir mühten hier eine noch viel kleinere Minderheit sein, als wir es sind. Die italienische Partei hat sich als eine Partei der Unzufriedenen entwickelt — zum Glück hat der Generalstreik viele der Aus-Sozialisten abgeschüttelt, die der Partei angehört haben als Vorführer der kleinen Bourgeoisie. Ferner ist das Gros der Partei von den Landarbeitermassen gebildet. Was kommt Ihr aber für die Landarbeiter tun, in einem armen Lande, wie das unsere, bei dem Tiefstand und der Verelendung der Landwirtschaft? Daher die Notwendigkeit, andere Interessen, als die der Waffen der Genossen zu vertreten, daher allerhand Betätigungen, die mit dem Sozialismus gar nichts zu tun haben. Wir sind nicht die Ursache, wir sind der Ausdruck einer inneren Krise der Partei. Der Sozialismus in allen Teilen der Welt kann nur eine Bewegung der Lohnarbeiter sein. Noch kann aber die Lohnarbeiterschaft Italiens nicht die Kraft haben, eine Pession auf die Regierungsgewalten auszuüben. Daher erscheint als sozialistische Bewegung, was nicht sozialistisch ist.

Gerade deshalb werden die Syndikalisten auch als Minderheit in der Partei bleiben, weil sie das Bewußtsein haben, den eigentlich sozialistischen Kern der Partei zu bilden. (Langandauernd Beifall.)

Die Rede Labriolas, deren Wiedergabe die schnelle sich überstürzende Sprechweise des Siedländers sehr erschwert, weshalb unser Referat nur einen schwachen Begriff des reichen, aber irrlichterierenden Gedankenganges gibt, stellt ohne Zweifel eine oratorische Leistung ersten Ranges dar. Sie hat die ganze Vormittags Sitzung ausgefüllt.

Scherl brachte am Donnerstag folgendes Privat-Telegramm:

Rom, 10. Oktober, 8 Uhr 55 Min. abends. Auf dem Sozialistenkongress wurde heute über den Antimilitarismus verhandelt. Die syndikalistischen (gewerkschaftlichen) Redner traten ohne jede Reserve für die antimilitaristische Propaganda im Heere ein, die besonders durch die sozialistischen Jugendvereine betrieben werden soll. Die Integralisten und Reformisten auf dem Kongress, das heißt die überwiegende Mehrheit, sprachen sich dagegen unumwunden gegen die unpatriotische Tendenz dieser Vorschläge aus. Die integralistischen Redner wollten unter Antimilitarismus eine Propaganda verstanden wissen, die darauf hinführt, die Soldaten dahin zu bringen, daß sie bei Arbeiterkonflikten keinen Gebrauch von ihren Waffen machen und sich während eines Streikes nicht als Erspararbeiter verwenden lassen. Die militärischen Einrichtungen bezeichneten sie als notwendig für die Verteidigung des Vaterlandes. Die Reformisten bekämpften nicht nur den anarchisierenden Antimilitarismus der Syndikalisten, sondern erklärten auch, daß jede Propaganda im Heere unverantwortlich sei, weil man durch sie nur die jungen Leute ins Juchthaus und in die Strafkolonien bringen werde. Man solle dem Heere den Charakter eines Klasseninstrumentes rauben, aber man solle nicht die Liebe zum Vaterlande und die Notwendigkeit der Verteidigung des Vaterlandes verleugnen. Auf eine Abstimmung wurde verzichtet.

Gewerkschaft und Politik.

London, 10. Oktober. Die Jahreskonferenz der Eisenbahner in Cardiff gestaltete sich in den ersten zwei Tagen zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen den Anhängern der selbständigen Arbeiterpartei und der liberalen Arbeiterpolitik. Unter den 60 Konferenzdelegierten hatten die Anhänger der Arbeiterpartei die Mehrheit, aber es ist zweifelhaft, ob ihre Idee unter den 60.000 organisierten Eisenbahnern die Mehrheit hinter sich habe.

Der Mittelpunkt des Kampfes ist, wie bereits berichtet, der Generalsekretär und Parlamentsabgeordnete Richard Bell, der sich der Arbeiterfraktion nicht anschließen will und mit der liberalen Partei zusammengeht.

Der Verbandsvorstand stellte folgenden Antrag: „Alle Parlamentskandidaten des Verbandes sollen sich den Statuten und dem Whip (parlamentarischen Sekretär) der Arbeiterpartei unterwerfen.“ Der Antrag wurde mit 27 gegen 22 Stimmen angenommen.

Nun kam eine Resolution einiger Zweigvereine, die Bell verpflichten sollte, sich der Arbeiterfraktion anzuschließen, d. h. Bell sollte sich jeden Zusammengehens mit den Liberalen enthalten.

Eigentlich war diese Resolution nicht nötig, da sie dasselbe verlangte, was im angenommenen Vorstandsantrage gesagt wurde. Sie wurde aber auch nur zu dem Zweck eingebracht, um Bell zur Rechenschaft ziehen zu können. Die Resolution wurde infolge ihres persönlichen Charakters mit 47 gegen 9 Stimmen abgelehnt, aber ihr Jwed wurde erreicht; die Debatte fand statt und nahm einen recht lebhaften Verlauf. Bell rechtfertigte sich in einer längeren, vielfach durch heftige Unruhe unterbrochenen Rede, aus der folgende Stellen interessant sein dürften:

„Ich bin zur Ueberzeugung gekommen, daß diese ganze Aktion nicht mehr und nicht weniger als eine sozialistische Verfolgung eines Mannes ist, der die sozialistische Lehre nicht verschlingen will. . . Die Sozialisten glauben, sie würden instande sein, die intelligenten Arbeiter dieses Landes in ihr Netz zu fangen. . . Wenn ich wieder in meinem Wahlkreise (Derby) kandidiere, werde ich Lord Ribblesdale's Sohn oder Dr. Stanton Coit (beide Sozialisten und Mitglieder der

Unabhängigen Arbeiterpartei) als Gegenkandidaten haben. Diese Leute haben also das Recht, sich Arbeiterkandidaten zu nennen, während ich als Eisenbahner und Generalsekretär einer Gewerkschaft kein Recht haben soll, als Arbeiterkandidat aufzutreten. . . . Ihr Schimpf auf John Burns, weil er sich für 2000 Pfund Sterling der Bourgeoisie verkauft habe, aber Euer Arbeiterabgeordneter Philip Snowden (Sozialist und Mitglied der Unabhängigen Arbeiterpartei), der nicht oft im Unterhause zu sehen ist, erhält für journalistische Arbeiten etwa 1500 bis 2000 Pfd. Sterl. jährlich. Und J. H. Macdonald, der Sekretär der Arbeiterpartei und Parlamentsabgeordneter für Leicester, ging während der Ferien nach den Kolonien unter Kontrakt mit der „Daily Chronicle“ und dem „Manchester Guardian“, um ihnen Berichte zu liefern. (Widerspruch.) Wer dies nicht glauben will, kann es von den Redakteuren der beiden Blättern erfahren. Ich werde verfolgt, weil ich von den Liberalen gewählt wurde. Und wie wurden denn J. H. Macdonald und Richards gewählt? Mit Hilfe der liberalen Partei. In Leicester wurden Macdonald und Broadhurst auf demselben Platz den Wählern empfohlen (Macdonald war Kandidat der Arbeiterpartei, Broadhurst der Kandidat der liberalen Partei). . . . Ich verlange, daß über die Frage meines Anschlusses an die Arbeiterpartei nicht die Konferenz, sondern die Mitgliedschaft des Verbandes entscheidet.“

Der Vorsitzende hielt diesen Antrag für nicht in Ordnung, da die Konferenz durch ihre Annahme des Vorstandsantrages die parlamentarischen Vertreter zum Anschluß an die Arbeiterpartei verpflichtet hat.

Hierauf nahm die Konferenz einen Antrag an, Genossen J. Holmes bei einer vorkommenden und aussichtsreichen Nachwahl als Parlamentskandidaten aufzustellen. —

Die Jahreskonferenz der Vergleute in Swansea nahm einen ruhigeren Verlauf. Es sind 97 Delegierte anwesend, die 518 500 organisierte Vergleute vertreten. Der Präsident ist Enoch Edwards, der parlamentarische Vertreter der Vergleute. In seiner Eröffnungsrede gab er eine Uebersicht über die geistesgeberische Arbeit der letzten Parlamentssession, soweit sie die Gewerkschaftsinteressen betraf und gab am Schluß zu verstehen, daß alle Arbeitssührer eine einheitliche Arbeiterpartei wünscheten, aber es sei nicht leicht, dieses Ziel zu erreichen. Vorläufig sollten die verschiedenen Arbeitergruppen friedlich und freundschaftlich mit einander arbeiten.

Eine längere Debatte rief die Achtsundenbill hervor, in der mehrere Redner die Beforgnis ausdrückten, daß die Regierung nicht gewillt sei, weiter als die zweite Lesung zu geben und daß deshalb den Vergleuten noch schwere Kämpfe bevorstünden. Die Minenbesitzer verhältnißmäßig kein Mittel, um gegen die Bill zu intrigieren und sie fänden auch Hilfsgegnern innerhalb der Regierung. —

Der französische Gewerkschaftskongreß.

1. Verhandlungstag.

Amiens, 9. Oktober. (Fig. Ver.)

Der Vorsitzende David Grenoble eröffnet die Sitzung. Die Mandatsprüfungskommission erstattet ihren Bericht. Da die Delegierten einer doppelten Legitimation bedürfen — seitens der Föderationen und der Arbeiterbörsen — ist die Verifikation ziemlich kompliziert. Wegen 12 verpätet angemeldeter Mandate entspringt sich eine Debatte, die mit der — vom Berichterstatter bekämpften — Zulassung endet. — Die Kommission hat gestern den ganzen Tag gearbeitet und der Kongreß hat deshalb keine Sitzung abgehalten. Trotzdem bleiben strittige Punkte. Im ganzen sind für die Föderationen 984 Mandate zugelassen, die sich auf 55 Föderationen verteilen. 47 Mandate sind zurückgewiesen, darunter 25 von Lyon. Von den Arbeitsbörsen sind 60 zugelassen, 1 zurückgewiesen. — Unter den Delegierten sind einige Frauen.

Gury Lyon bringt den Lyoner Streitfall zur Sprache. In dieser Stadt bestehen zwei gewerkschaftliche Organisationen, die eine innerhalb, die andere außerhalb der kommunalen Arbeitsbörse. Gury erklärt, daß die Organisationen der Arbeitsbörse gute gewerkschaftliche Arbeit, nur eben keine antiparlamentarische Politik betrieben hätten.

Chapot von der unabhängigen Gewerkschaftsunion erwidert sehr heftig, daß es ehrenhaften Gewerkschaften unmöglich sei, das Reglement der kommunalen Arbeitsbörse anzunehmen. Die Ausfälle des Redners rufen stürmische Proteste in der Versammlung hervor, und der Gegenpart zwischen den eigentlichen Gewerkschaftlern und den Antiparlamentariern tritt deutlich zutage. Es ist übrigens zu bemerken, daß die Sozialisten in dem Konflikt nicht engagiert sind. Genosse Parard hat sogar eine Einigung herbeizuführen gesucht, kam aber nicht zum Ziel. — Die Debatte zieht sich lange hin. Pétot, der Sekretär der Sektion der Arbeitsbörsen, ist gegen die Zulassung der Arbeitsbörse von Lyon. Man dürfe sich nicht von Gefühlen, sondern nur von den Statuten der Konföderation leiten lassen. Sonst komme man aus derartigen Streitigkeiten nicht heraus. Griffuelhes ist derselben Meinung. Nach den Statuten kann es an einem Orte nur eine Arbeitsbörse geben. Die neue Gewerkschaftsunion in Lyon gehört der Konföderation an und zahlt ihre Beiträge. Es ist unmöglich, die andere Arbeitsbörse zuzulassen, die außerhalb der Konföderation steht. Ein Gegenredner sagt, wenn die Konföderation die Statuten genau anwenden wollte, würden nicht viele Arbeitsbörsen übrig bleiben. Der Bericht der Verifikationskommission wird mit allen gegen 14 Stimmen genehmigt. Der Antrag, den Lyoner Streit einer Kommission zur Schlichtung zu überlassen, wird mit einer großen Mehrheit angenommen.

Der Kongreß spricht den russischen Freiheitskämpfern seine Sympathien aus.

Vor Schluß der Vormittagsitzung kommt es noch zu einem heftigen Tumult. Ein Delegierter hat eine Entlastungsresolution gegen das Tageblatt „Reveil du Nord“ beantragt. Dieses in Lille erscheinende Blatt nennt sich sozialistisch, hat Beziehungen zum Deputierten Vasil, steht aber in seinem Verhältnis zur geeigneten Partei. Während des Vergewaltigungsstreits hat es die Konföderation, die bekanntlich gegen den alten Bergarbeiterverband agiterte, scharf befehdt und dabei — bei der Behandlung der Clemenceauschen Verschönerungskomödie — in das Horn der Regierungspresse gestochen. Die Befürworter des Entlastungsbeschlusses benutzen die Gelegenheit, um die „Politiker“ anzugreifen. Ein altes Mitglied der guesdistischen Partei bemüht sich vergeblich zu Worte zu kommen. Die Majorität schreit und pfeift. Unter großem Lärm wird die Sitzung geschlossen.

Die Gewerkschaftspresse zum Parteitag.

Der „Grundstein“:

„Wir glauben sagen zu dürfen, daß der Verlauf und das Resultat dieser Verhandlungen (über Massenstreik und Partei und Gewerkschaften. Red. d. „Vorw.“) in den Hauptfragen befriedigend sind. . . . Im allgemeinen trugen die Debatten den Charakter strenger Sachlichkeit; sie waren bestimmt und beherrscht von dem entschiedenen guten Willen der entscheidenden Mehrheit des Parteitages, die unangenehmen Differenzen, die sich in der Frage des politischen Massenstreiks und der Stellung der Partei zu den Gewerkschaften entwickelt hatten, beigegeben und zu klarer und bündiger Auffassung zu gelangen. Vereinzelt machte sich leidenschaftliche Erregung oder ein Anflug davon bemerkbar. Dem Genossen Bebel, der sich als erster Referent in etwa dreißigjähriger Rede über die streitigen Punkte vertheilte, gebührt Anerkennung dafür, daß er von vornherein die Aufmerksamkeit des Parteitages auf die entscheidenden rein sachlichen Erwägungen konzentrierte. Einer der wichtigsten Teile seiner Ausführungen begriff sich in der unbedingten energischen Abgabe an die Revolutionäromantik, die von seiten parteigenösslicher Kreise mit der Frage des politischen Massenstreiks verknüpft werden. Genau so, wie wir die betreffende Jenaer Resolution aufgestellt haben, legte auch Bebel ihren Sinn und ihre Bedeutung dar: der politische Massenstreik soll das äußerste Mittel zur Verteidigung

der Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse gegenüber Unterdrückungsversuchen der reaktionären Gewalten sein. Und die Anwendung dieses Mittels soll nur erfolgen auf Grund reichlicher Erwägung aller in Betracht kommenden Umstände und Verhältnisse. Aber viel klarer als vor einem Jahre in Jena vertrat Bebel jetzt den Standpunkt, daß es sich lediglich um eine prinzipielle Anerkennung des Massenstreiks, nicht aber um unbedingte Festlegung der Partei und der Gewerkschaften auf dieses Kampfmittel handeln könne. „Raumacher“, „Verdäuer“, „Verbücker an der Arbeiterklasse“ usw. usw. haben fanatische Elemente bekanntlich im Verlaufe des Jahres diejenigen genannt, die falscher, hyperradikaler Ausdeutung der Jenaer Resolution entgegenzutreten im Interesse der Partei und der Arbeiterklasse. Diesen so gebissig angegriffenen Parteigenossen hat der Mannheimer Parteitag volle Rechtfertigung und Genugthuung gebracht. . . .“

„Nach unserem Dafürhalten hätte der kautskyische Zusatz ganz weglassen können. Denn was er besagt, erledigt nicht etwa einen Streitpunkt, sondern ist etwas durchaus Selbstverständliches, das die klare Tendenz des Haupttheiles der Resolution wirklich nicht mehr zu verschärfen geeignet ist. Noch nie ist von seiten der hier in Betracht kommenden Gewerkschaften der Sozialdemokratie entgegengetreten worden; stets haben sie sich im Geiste der Sozialdemokratie betätigt, wenn auch nicht immer nach Wunsch einiger Theoretiker. Die in dem kautskyischen Zusatz enthaltene Mahnung ist also mindestens überflüssig. Aber eine andere Mahnung möchten wir aussprechen. Wer jetzt noch meint, das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften sei „immer noch nicht genügend geklärt“, ist ein Thor. Klarer und bündiger, als es in Mannheim geschehen, kann nicht ausgesprochen werden, daß Partei und Gewerkschaften eines Lebens sind; daß sie die proletarische Kampfpartei bilden; daß sie prinzipiell und tattisch aufeinander angewiesen sind. Mögen nun endlich die Kleinlichen und ungeraden Angriffe aufhören, die der Geist des Hyperradikalismus gegen die Gewerkschaften und ihre Führer so oft gerichtet hat, möge mit dem Geiste der Solidarität, der in Mannheim ohne Zweifel eine erhebliche Stärkung erfahren hat, sich der Geist der Harmonie verbinden, der vorwärtsdrängendes Vertrauen zu der geistigen Kraft der Arbeiterklasse in sich begreift!“

Wir werden nach wie vor unsere Pflicht für die sozialdemokratische Partei tun! Möge aber auch jeder Parteigenosse seiner Pflicht gegen die Gewerkschaften gedenken!“

Der „Zimmerer“:

„Es gehörte die ganze Selbsterleuchtung, das ganze Unterordnen der persönlichen Interessen unter die gemeinsame Sache dazu, daß in Mannheim die Verlehten geschwiegen haben, daß aus den Debatten das persönliche Moment fast völlig ausgeschlossen wurde. Den Anfang dazu machte der Verein Arbeiterpresse, der am Eröffnungstage des Parteitages in seiner Generalversammlung beschloß, seinerseits den „Vorwärts“-Konflikt nicht aufzurollen. Dieser Wille die zunächst beteiligten entlassenen Redakteure es auf sich nehmen, daß sie auch fernerhin in den Augen gar mancher Parteigenossen als Schuldige gelten, als daß sie vor dem Parteitage und damit vor der ganzen Öffentlichkeit ihre Angelegenheit nochmals zum Gegenstand von Erörterungen machten, die ohne Zweifel zu den leidenschaftlichsten Debatten hätte führen müssen; denn es hätte sich, waren die Schleusen einmal geöffnet, gar nicht vermeiden lassen, daß dann auch die Kampfbroschüre einzelner Parteiblätter gegen Parteigenossen und Gewerkschaftsführer mit berührt worden wäre. Nach dem demokratischen Grundsatz, die Sache über die Person zu stellen“, wurde das vermieden. Der einzige Fall, der aus grundsätzlichen Erwägungen zur Sprache gebracht werden mußte, nämlich das Verhalten des „Vorwärts“ gegen Genossen Stampfer, wird Gegenstand schiedsgerichtlicher Verhandlung und das Urteil feinerzeit den Parteigenossen unterbreitet werden.“

Im übrigen aber waren die gesamten Verhandlungen des Mannheimer Parteitages getragen von dem alten, guten Geiste. Bei den Debatten über das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei verjagten zwar einige Redner, die Methode des Verlebens fortzusetzen; es gelang ihnen jedoch nicht, ein Echo zu wecken. Hatte schon Bebel in seiner Resolution den Weg des Entgegenkommens gefunden und lehnte er ganz entschieden den Zusatzantrag von Kautsky und Rosa Luxemburg ab, so wurde der feste Entschluß des zukünftigen einmütigen Handbänderarbeitens zwischen Partei und Gewerkschaft in der Massenstreikfrage noch sinnvoller, als Bebel den ersten Absatz seiner Resolution zugunsten einer von Legien und den anderen Gewerkschaftsführern vorgeschlagenen Fassung zurückzog, mit Legien die neue Fassung unterzeichnete. Bebel war nicht schlecht beraten, als er das tat. Und Kautsky hat sehen müssen, daß sein verschärfendes Amendement, das die Konfliktstimmung verewigt haben würde, mit 322 gegen 62 Stimmen abgelehnt wurde.“

Diese Resolution klärt die Frage über den Massenstreik. In den Debatten wurde ausdrücklich und wiederholt betont, daß der Massenstreik nicht als Angriffswaffe, beispielsweise zur Erringung des gleichen und geheimen Landtagswahlrechts, benutzt werden solle, sondern zunächst nur als Abwehrmittel gedacht ist. Dringend mahnt die Resolution den Gewerkschaftler, auch der politischen Organisation beizutreten und das Parteiblatt seines Kreises zu halten und zu lesen. Auf diesem Gebiete ist noch unendlich viel zu tun. Und die Aufgabe wird um so leichter gelöst werden können, je vollständiger die Verbindungen zwischen Partei und Gewerkschaften ausgebaut und je mehr man sich davon entwirrt, alle Augenblicke die Gewerkschaften schulmeistern zu wollen. Die Gewerkschaften haben nun einmal in der Hauptsache Gegenwartsarbeit zu leisten. Viel häufiger als die Partei kommen sie in die Zwangslage, Zugeständnisse dem Gegner machen zu müssen. Diese Konzessionen sind jedoch nicht das Ergebnis verwehrteter Prinzipien oder des Aufgebens der sozialdemokratischen Bestimmung, sondern sie sind die notwendige Folge der noch zu gering entwickelten gewerkschaftlichen Macht, wie ja auch die Partei im Parlamentarismus wie in den Gemeindeverwaltungen bei ihren Arbeiten gar oft Zugeständnisse macht, gezwungen durch die Verhältnisse, aber ohne auch nur einen Augenblick daran zu denken, ihre weitergehenden Forderungen nun fallen zu lassen.“

Aus der Partei.

Die Zukunft der „Humanité“.

In der Dienstagsnummer der „Humanité“ teilt Jaurès folgendes mit:

„Die Hälfte einiger Freunde, die tätige Sympathie der Arbeiterklasse haben und in der harten Krise, die unsere Zeitung durchmacht, einige Tage Frist verschafft. Der Verkauf an Einzelnummern hat sich in Paris, seitdem wir unseren Karmus angeflohen haben, um 600 Exemplare gehoben. Die Abonnements sind, hauptsächlich dank der Bemühungen der großen Kooperativgesellschaften, um 700 gestiegen. Sie betragen also jetzt im ganzen 4300.“

Ich möchte den Sozialisten, den Pariser Arbeitern sagen, wie es mir möglich scheint, die Zeitung zu retten, wobei der sozialistischen

*) Derselbe Irrtum wie in dem gestern von uns im Auszug wiedergegebenen Artikel des Hallenser „Volkblattes“, mit dessen Gedankengang der Artikel des „Zimmerer“ im wesentlichen übereinstimmt. Kautsky hat den zweiten Teil seines Amendements bekanntlich zurückgezogen. Mit 322 gegen 62 Stimmen wurde das Amendement Bebel-Legien, die Feststellung, daß die Resolution von Köln der von Jena nicht widerspricht, angenommen. Ueber die Ansichten des zweiten, zurückgezogenen Teiles des Amendements auf dem Parteitage haben verschiedene Delegierte in verschiedenen Städten erklärt, daß es voraussichtlich die Mehrheit erlangt hätte, falls es zur Abstimmung gestellt worden wäre. (Red. d. „Vorw.“)

Partei und der Arbeiterklasse alle Garantien gegeben werden sollen, die mit den Schwierigkeiten der gegenwärtigen Situation vereinbar sind. Ich bitte die Kämpfer, die Delegierten der politischen und wirtschaftlichen Gruppen, Sonnabend, den 13. d. Mts., zur öffentlichen Versammlung im Saale Saint-Paul zu kommen, wo ich die Frage der sozialistischen Presse und der Zeitung „Humanité“ behandeln und gleichzeitig versuchen werde, die politische und parlamentarische Situation darzulegen.“

Die Seine-Föderation der Partei hat einstimmig eine Resolution angenommen, worin sie die hohe Wichtigkeit des Blattes für die Bewegung im Seine-Departement feststellt und die Sektionen und die einzelnen Mitglieder auffordert, sofort alle praktischen Mittel, die zur schnellen Ueberwindung der materiellen Schwierigkeiten der „Humanité“ führen können, zu prüfen. Die Frage wird außerdem auf die Tagesordnung des Föderationskongresses gesetzt, der am 15. Oktober stattfindet.

Der Redaktion gehen zahlreiche Zuschriften aus Parteikreisen zu, die alle die Hoffnung aussprechen, daß Mittel und Wege gefunden werden, das Blatt zu erhalten. Einige Föderationen im Seine-Departement und in der Provinz haben beschloßen, ihre Mitglieder dringend aufzufordern, die „Humanité“ zu abonnieren; die sozialistische Gruppe von Rouen beschloß außerdem, eine Sammlung zugunsten des Blattes vorzunehmen. In der Montagnummer der „Humanité“ schrieb Xavier Guillemin, einer der hervorragendsten Vertreter der Kooperativgenossenschaften, einen Artikel, in dem er aufs tiefste bedauert, daß die einzige sozialistische Tageszeitung gerade jetzt, wo die Redaktion auch den Genossenschaften und Gewerkschaften die Gelegenheit gegeben habe, sich mit ihren Ideen täglich an die Massen zu wenden, ihre Meinungen in freier Weise zum Ausdruck zu bringen, wieder eingehen sollte. Er macht den Vorschlag, Jaurès müsse Massenmeetings der Pariser Arbeiter einberufen, ferner solle man die Vertreter der Gewerkschaften und Genossenschaften zusammenberufen. Diese würden die Möglichkeit schaffen, die einzige wirklich sozialistische Tageszeitung Frankreichs zu erhalten.

Die Parteiorganisationen zum Parteitag.

Im zweiten Hamburger Wahlkreise erparteten am Dienstag die Genossen Stengeler und Hoffmann Bericht. Ersterer behandelte hauptsächlich den Teil der Verhandlungen, die sich mit dem Massenstreik und dem Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften befaßt. Von einer Seite, mit der er sonst nicht sympathisierte, sei ganz zutreffend gesagt worden, daß, was die Ausführungen Bebel über den Massenstreik anlangt, aus der Parafare von Jena eine Chamade von Mannheim geworden sei. Das komme daher, daß Bebel in die Rolle des Diplomaten und Kompromißlers gedrängt worden sei, die ihm durchaus nicht stehe. Obwohl an den einzelnen Sätzen nicht nachweisbar, sei der Eindruck dieser Rede ein grundverschiedener; ganz unwillkürlich sagten sich viele, der Grundgedanke gehe dahin, daß der Massenstreik nicht mehr als Angriffswaffe, sondern nur noch als Defensivwaffe in Frage komme. Durch eine sogenannte „Feststellung“, daß die Resolution von Köln nicht im Widerspruch zu der von Jena stehe, könnten Widersprüche nicht beseitigt werden. Redner anerkennt die lokale Erklärung Bismarcks, ist aber nicht zufrieden mit dem Amendement Bebel-Legien, gegen das er und die Delegierten aus der nordwestlichen Ecke Deutschlands gestimmt hätten. Auch hätte man unter keinen Umständen der im zweiten, leider zurückgezogenen Teil der Resolution Kautsky enthaltenen klipp und klaren Prinzipienklärung aus dem Wege gehen dürfen. In Hamburg seien Partei und Gewerkschaften eins, hier werde im Sinne der ganzen Resolution des Genossen Kautsky gehandelt. Hoffmann bemerkt u. a., es wäre besser gewesen, wenn auch ein Vertreter der Generalkommission eine Erklärung im Sinne des Genossen Bismarck abgegeben hätte, daß zwischen Köln und Jena kein Widerspruch bestehe. Deshalb hätten die Hamburger und andere Delegierten zunächst aus prinzipiellen Gründen gegen das Amendement Bebel-Legien, dann aber in der Gesamtstimmung für die Resolution gestimmt. Beide Delegierte empfahlen die Annahme folgender Resolution:

„Der sozialdemokratische Verein für Hamburg II anerkennt die Beschlüsse des Parteitages und wird für ihre Durchführung eifrig tätig sein. Der Verein erklärt sich ferner mit der Haltung der Delegierten einverstanden und billigt insbesondere ihre Abstimmung über das Amendement Bebel-Legien bezüglich des Massenstreiks.“

In der Resolution Kautsky erblickt der Verein den korrekten Ausdruck des Verhältnisses der Sozialdemokratie zur Gewerkschaftsbewegung, bedauert aber, daß der letzte Teil der Resolution aus tattischen Gründen zurückgezogen werden mußte, hofft aber, daß democh die im Antrag Kautsky niedergelegten Grundsätze allseitig von den Parteigenossen als maßgebend betrachtet werden.“

V. Elm erklärt, das Resultat des Parteitages sei ein solches, daß man ohne Hinterhalt sich damit einverstanden erklären könne; deshalb erjuge er, nur dem Teil der Resolution zuzustimmen, der das Einverständnis mit den Beschlüssen des Parteitages ausdrückt. In Jena hätte Bebel anders reden müssen, als in Mannheim; dort empfahl er den Massenstreik als Waffe im proletarischen Kampfe, hier galt es, irtümliche Auffassungen zu widerlegen. Daher die scheinbare Divergenz. Sein Parteitag vor dem Mannheimer habe ihn so befriedigt, als dieser, der den Konfliktstoff beseitigt habe, so daß die Arbeiterschaft geeint gegen den gemeinsamen Feind marschieren könne.

Nachdem noch mehrere Redner gesprochen, wurde die Resolution in allen Teilen angenommen. Im sozialdemokratischen Verein Rürnberg schloß sich an die Berichte der Delegierten eine rege Debatte, in der u. a. auch die Frage der finanziellen Leistungen an die Gesamtpartei besprochen und betont wurde, daß der Zustand, wie er durch die bekannten Beschlüsse des hiesigen Parteitages in Schweinfurt herbeigeführt wurde, ganz unhaltbar sei und daß sobald als möglich eine Uenderung eintreten müsse. Die Leistungen müßten dem entsprechen, was die Jenaer Beschlüsse bezwecken wollten. Es wurde beschloßen, demnächst in einer Mitgliederversammlung zur Frage einer Beitragserhöhung Stellung zu nehmen, damit die entsprechenden Beiträge nach Berlin abgeführt werden können.

Außerdem kam es in der Diskussion zu mehrtägigen Auseinandersetzungen mit den Anarchosozialisten. Die Wortführer der Lokalorganisierten suchten nachzuweisen, daß, während der vorjährige Parteitag einen Ruf nach links machte, der heutige ein paar große Schritte nach rechts gemacht habe. Zwischen der Resolution des Jenaer Parteitages und der des Kölner Gewerkschaftskongresses bestehe die Differenz noch immer; die Kluft zwischen Partei und Gewerkschaft sei trotz der goldenen Brücke, die man den Gewerkschaften gebaut habe, noch genau so breit wie zuvor. Die Lokalisten könnten nicht zugeben, daß ihre Richtung sich außerhalb der Partei stelle, und sie mühten sich gegen die Bezeichnung „Anarchosozialisten“ wehren. Die sie betreffenden Beschlüsse des Mannheimer Parteitages wurden „Anarchosozialistengesetz“ genannt! Sie fanden jedoch wenig Anklang. Alle übrigen Redner hielten ihnen vor, daß sie, die immer die Worte „Radikalismus“ und „Demokratie“ im Munde führen, selbst des demokratischen Gefühls ermangeln, weil sie sich außerhalb der zentralisierten Gewerkschaften stellen, nachdem sie dort mit ihren Ansichten in der Kinderheit geblieben. Wenn sie nunmehr einsehen, daß sie mit ihrem Vorgehen nur die Geschäfte des Kapitalismus besorgen, und wenn sie wieder mit uns zusammenarbeiten wollen, so seien sie willkommen. Wenn sie aber im Laufe dieses Jahres nicht zur Besinnung kommen, so müsse der nächste Parteitag glatte Arbeit mit ihnen machen! Eine Resolution, in der sich die Versammlung mit den Mannheimer Beschlüssen einverstanden erklärt und die Stellungnahme ihrer Delegierten billigt, wurde gegen wenige Stimmen angenommen.

Im sozialdemokratischen Verein Wahrenth wurde ebenfalls der Parteitagbericht entgegengenommen. In der Diskussion kam allgemein die Freude über die Mannheimer Beschlüsse zum Ausdruck.

Freie Wanderbibliothek. Genosse Sädelum teilt mit, daß Vorstellungen auf Bücher aus der Bibliothek bis auf weiteres nicht mehr angenommen werden können, da der Bücherbestand erschöpft ist.

Vom Fortschritt der Presse. Die Nordhäuser „Volkzeitung“, eines unserer jüngsten Parteiorgane, hat alle Erwartungen ihrer Gründer übertroffen. Die Erträge „Erlöse“ war in etwa 800 Exemplaren in Nordhausen und Umgebung verbreitet und die Genossen erwarteten, daß das neue Parteiblatt anfänglich höchstens 2000 Abonnenten erhalten werde. Tatsächlich wurde schon in der zweiten Erscheinungswoche ein Abonnentenstand von 2800 erreicht. Die „Volkzeitung“ soll nunmehr mindestens sechsseitig täglich erscheinen. Zu diesem Zweck gelangt in allernächster Zeit noch eine Segensmaschine zur Aufstellung. Das günstige Resultat wurde allerdings nur durch die angepöbelte Tätigkeit der Parteigenossen und durch eine vorzüglich eingerichtete Abonnentenorganisation erzielt.

Personalien. Für den Genossen Müller-Görlich, der zum Mitglied des Parteivorstandes gewählt ist und daher aus der Redaktion der „Volkzeitung“ austritt, hat die Pressekommision des Blattes den Genossen Laubadel-Görlich zum Redakteur gewählt. Genosse Laubadel war bereits für die Chemniger „Volkstimme“ engagiert, hat aber nach der Wahl in Görlich den Chemniger Genossen wieder abgeschrieben.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine aufmerksame Justiz. Vom Schöffengericht zu Düssel-dorf mußte am Mittwoch der Genosse Scholte („Volkzeitung“) freigesprochen werden, weil er die Nummer, in die er nach Ansicht des Staatsanwalts eine abgelehnte Verurteilung hätte aufnehmen müssen, gar nicht verantwortlich gezeichnet hatte. Staatsanwaltschaft und Richter hatten das Verfahren aufgenommen, ohne sich vorher zu informieren, wer der Verantwortliche war.

Ein tapferer Kriegerverein ist der zu Gäßebiese in der Neumark, wo unsere Genossen bekanntlich um die Verwendung ihres selbst-erbauten Vereinshauses einen lebhaften Kleinkrieg mit der Behörde führen. Der Kriegerverein hat ebenfalls den Kampf gegen den Umsturz aufgenommen und bereits große Siege errungen. Er hat nämlich alle seine Mitglieder, die dem kürzlich gegründeten und von Sozialdemokraten geleiteten Konsumverein beigetreten sind, aus geschlossen und hat diese für die Kasse selbst auf die Lieferanten des Vereins ausgedehnt. Das nennt man Konsequenz. Unsere Genossen zu Gäßebiese sind sehr vergnügt und sehen der weiteren Entwicklung des Konsumvereins mit gestärktem Vertrauen entgegen.

Soziales.

Schmutzkonzurrenz durch Gefängnisarbeit.

Ihre Mittelstands- und Arbeiterfeindschaft beweisen die bürgerlichen Parteien unter anderem auch dadurch, daß sie die seit Jahrzehnten seitens der Sozialdemokratie auf Vorseitigung der Schmutzkonzurrenz durch Gefängnisarbeit gerichteten Anträge ablehnen. Es sei an die im Januar 1903 erfolgte Ablehnung des von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage gestellten Antrages erinnert: „Den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, einen Gesetzentwurf baldigst vorzulegen, durch den unterlagt wird, in Straf-, Versorgungs- und Beschäftigungsanstalten, welche aus öffentlichen Mitteln unterhalten oder unterstützt werden, andere gewerbliche Arbeiten als solche für den eigenen Bedarf, für den Bedarf des Reiches, eines deutschen Staats- oder Gemeindeverbandes auszuführen und den Verkauf gewerblicher Erzeugnisse für eigene Rechnung, für Rechnung des Reiches, eines deutschen Staats oder eines Gemeindeverbandes zu niedrigeren als den marktüblichen Preisen stattfinden zu lassen.“

Im Reiche bringen die Konservern, Antifemiten, National-Liberalen und das Zentrum die Einnahme, diese Verhältnisse seien Sache der Einzelstaaten. In den Landtagen der Einzelstaaten wird erklärt: was hilft es, wenn wir einschreiten, da der größte Staat Preußen nicht mitmacht. Im preussischen, auf dem Dreiklassenwahlrecht beruhenden, sogenannten Landtag wird dann wohl hier und da mal gegen einzelne gar zu offensichtlich den Mittelstand schädigenden Gefängnisarbeiten geredet, in der Tat aber gegen diese lediglich im Interesse der Großindustrie liegende schädlere Schädigung nichts unternommen. Im Gegenteil! Die Agrarier verlangen gar, man solle die Arbeitskraft Gefangener auch zur Schmutzkonzurrenz gegen ländliche Arbeiter mitdrängen und haben mit diesem geschwätzigen Ansuchen leider Erfolg. Wiederholt haben wir über die Ausnutzung der Arbeitskraft von Gefangenen für ländliche Arbeiten zu Schädigerpreisen berichtet. Diese Schmutzkonzurrenz ist jetzt schon bis an die Tore Berlins gedrungen. In der „Weizener Zeitung“ wird bekannt gemacht, daß bei dem dortigen Gerichtsgefängnis folgende Arbeiten zur Einführung gelangt sind und zwar bei einem Tagelohn pro Kopf: a) Gartenarbeit 130 Pf.; b) Erdarbeiten 100 Pf., bei diesen Arbeiten dürfen unter fünf Gefangene nicht gestellt werden; c) Erdarbeiten und sonstige Außenarbeiten 150 Pf.; d) Kohlenausladen 150 Pf.; e) Holzzerleinern 130 Pf.; f) Transport von Möbeln 130 Pf.; g) Eispacken 100 Pf.; h) Garten-, Erd-, Erdarbeiten, Kohlenausladen, Möbeltransport, Eispacken bei Beschäftigung von vier Gefangenen und weniger 100 Pf., die Mehrzahl der Arbeiten sind bei vorstehend h besonders vom Arbeitgeber zu erheben; i) Reklamationsarbeit 40 Pf. Zu e und f sind keine Zulagen bewilligt nur zu l. Die Mehrkosten für Aufsicht, Verpflegung, Transport, Vorkauf von Arbeitsgeräten usw. sind besonders zu berechnen. Die näheren Bedingungen können von Interessenten bei der Gefängnisinspektion eingeholt werden. Die Besitzer ländlicher Grundstücke sind bei Bedarf auf diese Arbeitskräfte aufmerksam gemacht.

Nach § 16 des Strafgesetzbuchs ist eine Beschäftigung von Gefangenen außerhalb der Anstalt nur mit ihrer Zustimmung zulässig. Daß die freie Zustimmung eines Gefangenen zu solcher Schmutzkonzurrenz oft erteilt wird, dürfte billig zu bezweifeln sein. Ist die Zustimmung oder ist sie nicht frei erteilt, so liegt in der Verwendung eines zu Gefängnis Verurteilten zu Außenarbeiten die Verletzung einer anderen nämlich der Zuschlagsstrafe. Solche Verwendung bedroht § 345 des Strafgesetzbuchs mit Zuschlagsstrafe, bei fabriklässigem Handeln mit Gefängnis, Festschließung oder Geldstrafe. Mit allem Nachdruck muß gegen jede Vergebung der Arbeitskraft Gefangener zu unter dem ortsüblichen Tagelohn stehenden Preisen protestiert werden. Die Gefängnisse sind nicht dazu da, dem freien Arbeiter bei dem harten Kampf ums Brot behördliche Hindernisse zu bereiten.

Ein offizieller Gutsheer.

Bei der gegenwärtig herrschenden guten Konjunktur in der Landwirtschaft eignet sich der Kauf eines Gutes sehr gut zu einer Kapitalanlage, besonders an der russischen Grenze. Aus diesem

Grunde kaufte vor einigen Monaten ein Herr Stern aus Königsberg im Dorfe Sandlesowen, Kreis Goldap, dicht an der russischen Grenze, ein etwas verwahtenes Gut, welches er durch gute Bewirtschaftung hoch zu bringen gedachte. Nun machte ihm aber die verdamnte Leutenos einige Sorgen. Denn für schlechte Behandlung und niedrigen Lohn finden sich auch an der russischen Grenze nicht genügend Ausbeutungsbjekte für die Landwirtschaft. Herr Stern aus Königsberg wußte sich aber zu helfen. Er suchte Wirtschaftsinpektoren durch Zeitungsinserate. Die Landarbeiter sind wohl knapp, aber Wirtschaftsinpektoren sind so viel, daß man Schweine damit mästen kann; so ungefähr äußerte sich der Besitzer zu einigen Dorfbewohnern. Es meldete sich auf die Inserate unter anderen auch ein stellenloser Inspektor aus Königsberg. Auf seine Meldung erhielt dieser einen Brief von Herrn Stern, indem er mitteilte, daß er zwar schon einen Inspektor habe, dieser aber noch zu jung und unerfahren sei. Er brauche aber, da er meistens bei seiner Familie und in seinem Geschäft in Königsberg sich aufhalte, eine tüchtige Kraft, die das zurückgebliebene Gut wieder aufhebe, überall nach dem Rechten sehe und überhaupt zuverlässig in der Wirtschaft sei. Fühle er (der Inspektor) sich diesen Anforderungen gewachsen, dann möge er in den nächsten Tagen zu ihm nach dem Gute kommen, um das Nähere zu besprechen und feste Vereinbarungen zu treffen. Trotz seiner schlechten Vermögenslage — der Inspektor war verheiratet und schon längere Zeit ohne Stelle — machte sich der Inspektor auf die Reise und stellte sich dem Herrn Stern vor. Es wurde verabredet, daß der neue Inspektor mit seiner Familie und seiner Wirtschaft an Sonnabend, den 29. September, nach Sandlesowen überfiedeln sollte und zwar bis zur letzten Wohnung auf Kosten des Inspektors. Als dann am Montag früh der Inspektor seine Arbeit vom Besitzer zugeteilt erhalten wollte, schied dieser, der offenbar eine neue Methode zur Abhilfe des Arbeitermangels entdeckt hatte, seinen neuen Inspektor als Gejantnecht zum Pflegen nach dem Felde. In der Annahme, es handele sich um eine augenblickliche Aushilfe, verrichtete der Inspektor diese Arbeit. Als aber auch am nächsten Tage dieselbe und ähnliche gewöhnliche Feldarbeiten von ihm verlangt wurden und der Besitzer gar nicht daran dachte, ihm die ihm zum kommenden Wirtschaftsworben zu übertragen, weigerte sich natürlich der Inspektor, weiterhin Aushilfsarbeiten zu verrichten. Dadurch erregte er den Zorn des genialen Besitzers. Dieser jagte ihn vom Hofe und befahl, die Wohnung sofort zu räumen. Das letztere konnte der Inspektor nicht tun, weil er kein anderes Obdach hatte und auch vollständig mittellos war, da er seine letzten Darmittel zu der hilflosen Leberfiedelung verbraucht hatte.

Um nun den Inspektor, der ihm die fehlenden Landarbeiter nicht ersetzen wollte, los zu werden, wandte der Besitzer nun eine Reihe eigenartiger Gewalttätigkeiten an. Erst holte er den Gendarm und nutzte diesem zu, die Familie auf die Straße zu setzen. Als der sich dazu nicht veranlaßt fühlte, denunzierte er den Inspektor wegen Diebstahls. Dieser konnte aber sofort seine Unschuld daran nachweisen. Dann zeigte der Besitzer ihm an wegen Verdröhung mit Totschlag. Auch diese falsche Anzeige brachte den Inspektor nicht aus der Wohnung. Hierauf ging der Besitzer zu Gewalttätigkeiten über. Er befahl einigen Männern, die Fenster und Türen aus der Wohnung des Inspektors zu entfernen. Dagegen schritt der herbeigeholte Gemeindevorsteher ein, der den Besitzer einen „Wilden“ nannte, der zum Hängen reif sei. Dieser ließ aber von seinem Vorhaben nicht ab. Am Freitag, den 6. Oktober, erschien er abends um 7 Uhr vor der Wohnung des Inspektors mit einem Mann, dem er befahl, sämtliche Fensterheiden einzuschlagen. Der Befehl wurde prompt ausgeführt. In wenigen Minuten waren die vier Fenster der zwei Stuben vollständig demoliert.

Mit dieser Heldentat begnügte sich dieser Musteragrarier aber noch nicht. Am Sonnabend morgen schickte er einen Arbeiter in die ärmlische Inspektorwohnung und ließ dort sämtliche Türen ausheben und forttragen. Der Gemeindevorsteher vermochte diese Robott nicht zu verhindern. Der im Nachbarort wohnende Amtsvorsteher war vor 10 Uhr nicht zu sprechen. Auch der Pfarrer des Dorfes, den man im Schutze anrief, war vor 10 Uhr nicht zu sprechen.

So fand der sich auf einer Agitationsreise befindende sozialdemokratische Parteisekretär die Familie rat- und hilflos in der baulichen Wohnung, deren Deden durch fünf Pfähle gestützt sind und nun noch vollständig demoliert war, vor. Die ganze Wohnung gleich einer alten Ruine. Die Dorfbewohner sind über diese Gewalttat empört. Die Staatsanwaltschaft ist telegraphisch von den Straftaten in Kenntnis gesetzt. Daß dieser Musteragrarier nicht gewaltlos vom Inspektor und den Dorfbewohnern in die Schranken gewiesen wurde, zeigt, wie rückständig die Landleute jener Gegend leider noch sind.

Aus Industrie und Handel.

Die sie steigen!

Nicht die Löhne, aber die Dividenden gehen kräftig in die Höhe, wie eine Reihe in den letzten Tagen bekannt gewordener Geschäftsabschlüsse pro 1903/06 aufs neue belegt. Die „Rhein-Westf. Ztg.“ gab nach Information bei verschiedenen maßgebenden Bergwerksdirektoren ihr Urteil über die soziale Lage der Bergarbeiter dahin ab, daß die von diesen erlangte Lohnaufbesserung mit der Verteuerung der Lebenshaltung nicht im Einklang stehe, in manchen Fällen das Lohnmehr unter der Lebensmittelverteuerung bleibe. Das sagt ein Unternehmerorgan und das Urteil betrifft eine Arbeiterschaft, die absolut besser bezahlt wird, wie viele andere Berufsgruppen. Damit, daß die Herrschaften nun kräftig auf die Agrarier schimpfen, sind sie ihrer Verpflichtung, die Arbeiter an der guten Konjunktur wirklich Anteil nehmen zu lassen, nicht entbunden. Die Arbeiter haben an dem neuen Zolltarif nicht mitgearbeitet, gegen deren Willen haben die Industriellen, speziell die Magnaten in der Montanindustrie, bei der Durchdrückung des Tarifes Handelsangelegenheiten geleistet; da ist es eitel Schaumflügelerei, sich mit Hintertzen auf die agrarische Verteuerungspolitik der Verpflichtung entsprechender Lohnzuschläge entziehen zu wollen. Daß es möglich ist, die Löhne nach aufwärts gehen zu lassen, bezeugt folgende Tabelle. Es verteilen Dividende:

Gesellschaften	10/000	100/00	1000/00	10000/00	100000/00
Sächsische Webstuhlfabrik Chemnitz	0	6	11	12	14
Deutsche Spinnfabrik Leipzig-Endenau	16	16	16	18	18
Leipziger Spinnfabrik Leipzig-Blagwitz	—	4	8	12	12
Porzellanfabrik in Hohenberg a. d. Eger	—	—	—	—	9
Ber. Metallwarenfabrik in Rehlis	5	6	8	10	12
Amundorfer Papierfabrik zu Stabedell	10	10	10	12	15
Concordia, Chemische Fabrik Leopoldsdorf	11 1/2	9	15	15	16
Banzer A.-G., Berlin-Volgast	3	0	0	0	5
Süßinger Hüttenwerke	18	18	17	19	14
Sächsische Gußstahlfabrik Döhlen	5	1 1/2	9	12	15

Zweifelloß gestatten solche Gewinne Lohnaufbesserungen. Die Arbeiter bedanken sich dafür, mit einigen kräftigen Forderungen gegen die begehrlichen Junker abzupeifen zu lassen.

Die Bank von England erhöhte heute (Donnerstag) ihren Diskont von 4 auf 5 Prozent.

Bodenwucher. Der Komplex der Weizensee Rennbahn ist im Jahre 1903 für 800 000 M. erworben worden. Nunmehr ist das Terrain zum Preise von 1 800 000 M. in den Besitz einer Gesellschaft übergegangen. Der Vorbesitzer hat mithin in der kurzen Zeit ohne irgend welche gesellschaftliche Leistung annähernd eine Million Mark verdient. Das Terrain soll parzelliert und als Baustellen veräußert werden, natürlich wiederum mit ordentlichem Aufschlag. So wird mit Grund und Boden gewuchert, die Mieter müssen nachher dafür bluten. Das ist für die Flusmacher die erhaltenswerte Gesellschaftsordnung.

Charlottenburger Wasserwerke. Laut Beschluß der Aufsichtsrats-sitzung soll der Generalversammlung vorgeschlagen werden, aus dem Erlös für die Abstoßung der Anteile der Charlottenburger Wasserwerke G. m. b. H. circa 30 Proz. in bar auszuschütten und den Aktionären 5 000 000 M. vollgezählte Aktien, welche bis zum 30. September 1908 an der Dividende nur bis zu 4 Proz. teilnehmen, im Verhältnis von 3:1 gratis auszulösen.

Die noch nicht abgetroffenen 2,7 Millionen Mark der 4prozentigen Obligationsanleihe werden pro 1. Juli 1907 gekündigt. Aus dem Ergebnis des letzten Betriebsjahres haben die Aktionäre eine auf 16 1/2 Proz. geschätzte Dividende zu erwarten.

Das Kohlenyndikat als Marktregulator.

In Kreisen der reinen Werke herrscht Unstimmigkeit darüber, daß sie vom Kohlenyndikat nicht die vertraglich abgeschlossenen Mengen erhalten können. Kohlenmangel scheint dabei oder eine weniger große Rolle zu spielen, als eine eigenartige Geschäftspraxis. Die vom Syndikat vernachlässigten Werke erhalten schließlich Kohlen, sogar von bestimmten Zechen, aber nicht von diesen selbst, sondern durch Händler. Das wäre, abgesehen von der größeren Unbilligkeit und Unregelmäßigkeit in der Anlieferung, ja nicht so gefährlich, aber die Werke müssen bei den Händlern erhöhte Preise zahlen. Die regelnde Tätigkeit des Syndikats scheint sich darauf zu beschränken, den Konsumenten das Produkt möglichst zu verteuern. Als wirksames Mittel dazu dient das Gespenst des Kohlenmangels, das man nicht verschwinden läßt. Die Kohlenhandelsziffern widerlegen, wie wir schon mehrfach nachwiesen, das Gespenst über Einschränkung der Ausfuhr zugunsten der Inlandskonsumenten. Und das Syndikat scheint darauf bedacht zu sein, durch Steigerung der Anfuhre die Möglichkeit weiterer Preiserhöhungen zu schaffen. Wie dem „R. Z.“ gemeldet wurde, unterbot das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat Newcastle für den Jahreskontrakt für die dänischen Staatsbahnen für 112 000 Tonnen und für den Kontrakt auf 250 000 Tonnen Kokssteine für die Altonaer Horns-Werke in Bilbao.

Es handelt sich hier um relativ kurze Lieferfristen, nicht etwa um Gewinnung eines dauernden Absatzmarktes. Andererseits wird aber auch gemeldet, daß die meisten konsumierenden deutschen Werke bis in die Mitte des nächsten Jahres hinein mit ihrer ganzen Produktionsmöglichkeit versorgt sind. Die Ansprüche an den Kohlenmarkt können deshalb nicht nachlassen, das Syndikat erklärt, den jetzigen Anforderungen nicht genügen zu können — und verpflichtet sich zu erhöhten Auslandslieferungen. Und einer solchen Politik gegenüber sind die Konsumenten machtlos.

Die Großen gegen die Kleinen. Ein ganz eigenartiges Vor-kommnis wird aus dem Stahlwerksverband berichtet. Der Beirat hatte beschlossen, für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1906 den Stahlwerksbesitzern für jede für Verhandlung über die absolute Quote gelieferte Tonne Halbzeug 5 M. über den Tabellenpreis zu gewähren. Diese Regalmasse sollte der Materialnot der reinen Werke entgegenwirken. Aus den Kreisen der gemischten Werke ist wiederholt behauptet worden, es bestebe gar nicht die Absicht, die reinen Werke an die Wand zu drücken. Nun kommt aber der obige Beschluß nicht zur Ausführung, weil verschiedene Werke Protest eingelegt haben. Welchen Zweck kann das haben, wenn nicht den, den reinen Werken das Leben sauer zu machen.

Gute Ernte. Die Weizenernte West-Kanadas wird in einem Telegramm vom landlichen Minister des Innern auf 85 Millionen Bushels beziffert. 4 500 000 Acker sind angebaut, und es wird erwartet, daß 80 Proz. der Ernte von hoher Qualität sein werden. Die Ausbeute an Mineralien in ganz Kanada im Jahre 1905 wird mit 68 574 707 Dollar angegeben, 8 500 000 Dollar mehr als im Vorjahre. Die Gesamtzeugung an Röhreisen in ganz Kanada während der ersten sechs Monate des laufenden Jahres betrug 282 010 Tonnen, gegen 257 494 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Seifentanz. Die Gründung des britischen Seifentrusts mit 12 Millionen Pfund Sterling Kapital, über die seit einiger Zeit verhandelt wird, gilt als gesichert. 6 Millionen Pfund Sterling werden allein für die „Sunlight“-Gesellschaft geredet. Gewollte Erparnisse im technischen und kaufmännischen Betrieb der Erzeugnisse sollen durch die Gründung ermöglicht werden. Die Erparnisse allein an Reklameausgaben werden auf 1 Million Pfund Sterling jährlich berechnet, was gar nicht so hoch erscheint, wenn man sich erinnert, daß die Reklame der Seifenfabriken erschreckend ist. Die gleiche Summe gedenkt man im Reise- und Filialbetrieb zu ersparen.

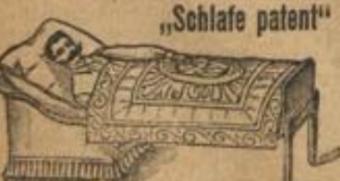
Eine amerikanische Pleite. Die seit 50 Jahren bestehende Bankfirma Ceballos u. Co. in New York hat Insolvenz angemeldet. Wie die „Frankf. Ztg.“ berichtet, ist der Zusammenbruch die Folge einer Defraudation des Partners Manuel Silveira in Havana, der vier Millionen Mark unterschlug und auf seinem eigenen Dampfer angeblich nach New York fuhr. Der Defraudant nahm Frau und Kinder mit. Die Verbindlichkeiten der Firma Ceballos u. Co. belaufen sich auf fünf Millionen Dollar.

Konzentration in der Kohlenindustrie. Wie das Neuterische Bureau meldet, sind Verhandlungen im Gange zum Verkauf von fünf im Spanische-Tale gelegenen Kohlengruben, darunter zwei im Besitz der Pontardate Collieries Company befindlichen Gruben, an ein französisches Syndikat. Man nimmt an, daß die Angelegenheit in den nächsten Tagen endgültig geregelt wird. Das Kapital soll nominal 250 000 Pfund betragen. Man glaubt, daß es sich um ein ausgedehntes Projekt handelt, das später andere Unternehmen im gleichen Bezirk umfassen wird.

Verein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin und Umgegend. Sitzung Charlottenburg, Sonnabend, den 13. Oktober, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Rosenstr. 3: Abteilungs-versammlung.

Eingegangene Druckschriften.

Johannes Schaf, Christus und Sophie. 302 Seiten. Akademischer Verlag in Wien und Leipzig, 1906.
Friedrich Henrich, Weltprobleme. Die Kreisquadratur und die Wiedergeburt der Wissenschaft. Preis 1,50 M. Erster Teil. Verlag Friedrich Henrich, Koblenz.



„Schlaf patent“ Wenn die Kinder größer werden oder Logierbesuch in Aussicht steht, wachsen die Schwierigkeiten der Hausfrau, dann wird die Frage „Wo sollen wir alle schlafen?“ eine der brennendsten in der Betriebe des Haushalts. Alle, die in eine derartige Lage kommen, sollten sich der mit der fortschreitenden Industrie zu einer ungeachteten Vollkommenheit herausgebildeten veränderbaren Patent-Schlaf-Möbel bedienen und sich von der vielseitigen Verwendung derselben, auch in den niedrigsten Preislagen bis zu Ausstattungen für den Salon, Kenntnis verschaffen. Die größten Erfolge auf diesem Gebiete durch vorzügliche Konstruktionen und fortgesetzte Neuerungen hat unstreitig **R. Jaekel's Patent-Möbel-Fabrik**, München, Sonnen-Strasse 23, aufzuweisen, deren illustrierter Katalog I „Schlaf patent“ für jedes Familienhaupt ein wichtiger Ratgeber bildet. Man fordere denselben gratis und franko. Seamtien werden fulante Bedingungen bewilligt.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am Sonnabend, den 13. Oktober, feiert die „Nieder-Schönhauser Turnerstadt“ ihr 20. Stiftungsfest in dem gepflanzten Lokal „Schloß Schönhausen“ (früher Donat). Wir erlauben die Parteigenossen, alle etwa angebotenen Billets entschieden zurückzuweisen.

Johannisthal. Am Sonnabend, den 13. Oktober feiert der Wahlverein sein 13. Stiftungsfest im Lokal von Krüger, Friedrichstraße 10. Die Genossen werden ersucht, für regen Besuch Sorge zu tragen, da das Komitee alles aufgegeben hat, den Abend zu einem genutzreichen zu gestalten. Der Vorstand.

Pankow. Denjenigen Genossen, welche die vom Verbande der sozialdemokratischen Wohlbereine arrangierten Lichtbildervorträge des Genossen Borge im Böhmischen Brauhause, Londsberger Allee 11-13 besuchen wollen, zur Nachricht, daß die Teilnehmerkarten zum Preise von 60 Pf. beim Genossen Abendroth, Nühlenstr. 25, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben sind. Der Vorstand.

Schiffbau-Mankendelde. Die fällige Wahlvereinsversammlung findet diesen Sonntag, den 14. Oktober, in Mönchsmühle, nachmittags pünktlich 3 Uhr statt. Genosse R. Kiesel-Berlin hält einen Vortrag über den Mannheimer Parteitag und seine Bedeutung. Die Nieder-Schönhauser Genossen treffen sich 1 Uhr mittags bei Däcker, Eisenstr. 70. Regge Beteiligung ist erwünscht.

Berliner Nachrichten.

Des Freisinn „Wohlvollen“ für die Gemeindearbeiter.

Dem Magistrat und der freisinnigen Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung hat die sozialdemokratische Fraktion bitteres Unrecht getan, als sie annahm, es bedürfe erst noch einer Mahnung, um die notwendige Aufbesserung der Löhne der Gemeindearbeiter in Fluß zu bringen. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde die Besetzung der Arbeitsstellen durch die Arbeiter der Stadtgemeinde noch zu warten, nur ein ganz kleines Weilchen müssen sie sich noch gedulden — dann wird der Magistrat für sie bei der Stadtverordnetenversammlung beantragen, was er für „nötig“ hält, und die freisinnige Mehrheit wird es ihnen gewähren.

Den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der als Mahnung dienen sollte, hatte unser Genosse Sinker mit einem Beweismaterial begründet, gegen das keine Einwendung möglich schien. Konnte jemand beistimmen, daß gegenwärtig eine Teuerung aller Lebensmittel herrscht? Oder wollte man behaupten, daß bei solcher Höhe der Lebensmittelpreise der Minimallohn von 3,50 M., an dem die Berliner Gemeindeverwaltung bisher immer noch festgehalten hat, ausreichend sei? Sinker erinnerte auch daran, daß vor gar nicht langer Zeit von Herrn Oberbürgermeister Rirschner selber die Notwendigkeit einer allgemeinen Aufbesserung der Arbeiterlöhne zugegeben worden ist. Und unter lärmenden Zurufen der freisinnigen Mehrheit schloß der sozialdemokratische Redner mit der Warnung, daß die Gemeindearbeiter, wenn Bitten nicht mehr hilft, zum Aufstand als ihrem letzten Mittel zu schreiten bereit sind.

Doch so leicht läßt ein Oberbürgermeister Rirschner sich nicht aus der Fassung bringen. In indigniertem Tone erzählte er der Versammlung, es seien ja erst im letzten Jahre mancherlei Lohnaufbesserungen gewährt worden, wenn auch keine Erhöhung des Minimallohnes. Neue Aufbesserungen seien geplant, man solle den Magistrat nur machen lassen und ihn nicht in seinen Beratungen stören, wie es von dem in dem Antrag gemachten Vorschlag der Einsetzung einer gemischten Deputation zu befürchten sei. Der Magistrat sei erfüllt von Wohlwollen für die Arbeiter und wolle gern ihren Bitten Gehör schenken, obwohl man bei ihnen schon nicht mehr von „Bitten“, sondern — die Versammlung vernahm es mit Entrüstung — nur noch von „Forderungen“ reden könne. Aber durch „Drohungen“ mit einem Aufstand lasse sich im Rathaus niemand schrecken.

Nach dieser Erklärung kam, was von vornherein zu erwarten gewesen war: ein Antrag der Mehrheitsfraktion auf Uebergang zur Tagesordnung. Die Begründung wurde von Herrn Cassel, dem Redner der „Alten Linken“, gegeben. Wer wäre auch geeigneter als er, unter einem Vorwurfswall drohender Phrasen die faden-scheinigen Gründe vorzutragen, mit denen die freisinnige Mehrheit solche Abwürgungsmanöver zu verteidigen pflegt. Die Selbstlosigkeit der Ausführungen des Mehrheitsredners wurde vom Genossen Singer nachgewiesen. Singer geißelte die Manier des Magistrats und der freisinnigen Stadtverordnetenmehrheit, die berechtigten Forderungen der Arbeiter mit der Versicherung des „Wohlvollens“ abzuhaken und die Bewilligung auf die lange Bank zu schieben; gerade das sei ein Hauptgrund für die Unzufriedenheit der Arbeiter, daß man für sie immer nur platonische „Wohlvollens“-Erklärungen übrig habe.

Auf den richtigen Ton wurde die bis in die zehnte Stunde hineindauernde Debatte erst gestimmt, als auch Herr Rommeln noch das Wort ergriff, um zu versichern, er und seinesgleichen seien mindestens ebenso arbeiterfreundlich wie die Sozialdemokratie, aber es sei zu bedenken, daß die für den kleinen Kreis der Gemeindearbeiter geforderten Lohnaufbesserungen aus dem allgemeinen Stadtbudget genommen werden müßten, den die gesamte Bürgerschaft fülle. Daß das Herr Rommeln und seinesgleichen nicht schon damals eingesehen hätten, als sie den Beamten der Stadt die Gehälter aufbesserten — und selbst damals nicht, als sie Herrn Rirschner 6000 M. Zulagen und anderen Magistratsmitgliedern ähnliche Zulagen bewilligten!

Das Schicksal des sozialdemokratischen Antrages war besiegelt: mit 75 Stimmen gegen 43 wurde der Uebergang zur Tagesordnung beschlossen. Auch der zweite Teil des Antrages, der einstweilen eine nochmalige Teuerungszulage forderte, wurde auf diese Weise miterledigt. Nicht einmal für den Vorschlag des Herrn Rosenow, es mit einer Beratung im Ausschuss zu versuchen, war die Mehrheit zu gewinnen, obwohl dabei nichts weiter zu riskieren war und wahrscheinlich nur ein etwas anständigeres Begräbnis herausgekommen wäre. So äußert sich des Freisinn „Wohlvollen“ für die Gemeindearbeiter!

Eine Zentralisation der elektrischen Batterien des Fernsprechnetzes wird für Berlin zur Einführung gelangen und ist bei den neu gebauten Netzen VI und VII bereits der beabsichtigten

Veränderung Rechnung getragen. Die Unterhaltung einer selbständigen Batterie für jede Fernsprechstelle hat sich nicht nur als verhältnismäßig teuer, sondern auch als sehr un bequem erwiesen. Diese Einzelbatterien erfordern viel Reparaturen, auch wird die Anbringung der zur Aufnahme der Vorrichtung erforderlichen Kästen bei dem Publikum mancherorts föhrend empfunden. Auf den neugebauten Netzen sind große Sammelakkumulatoren angelegt, aus denen schon jetzt der erforderliche Strom für die Netze selbst entnommen wird und welche später den Strom für sämtliche Fernsprechteilnehmerstellen liefern sollen. Die Zentralisation der Batterien macht jedoch die Beschaffung einer großen Menge neuer Apparate erforderlich, deren Anlieferung erst nach und nach erfolgen kann. Die Umwandlung des Systems muß jedoch einheitlich, bei sämtlichen Teilnehmern eines Netzes gleichzeitig geschehen, und so dürfte es wohl noch ein Jahr dauern, bevor die geplante Neuerung zur Durchführung gelangen kann. Die Spannung der Sammelakkumulatoren erfolgt durch Dynamos, welche an die Berliner Elektrizitätswerke angeschlossen sind.

Beratungen über die Wertzuwachs- und Umsatzsteuer.

Der Stadtverordneten-Ausschuss zur Vorbereitung der großen Realsteuerreform hielt am Mittwoch seine erste Sitzung ab.

Die Vorlage besteht aus zwei Abschnitten: der neuen Grundsteuerordnung und der Ordnung für die Erhebung einer Gemeindesteuer bei dem Erwerb von Grundstücken, welche letztere wieder in zwei Teile zerfällt: die Umsatz- und die Wertzuwachssteuerordnung.

Die neue Grundsteuerordnung, durch welche die bis jetzt bei uns erhobene Steuer vom Rugertrag der Grundstücke in eine Steuer nach dem gemeinen Wert umgewandelt werden soll, bringt die Durchführung von Anträgen, welche die sozialdemokratische Fraktion seit nunmehr zehn Jahren zu oft wiederholten Malen gestellt hat. Der schroffe Widerstand, der Stadtverordneten-Versammlung und Magistrat diesen Anträgen zuerst entgegensetzte, verringerte sich von Jahr zu Jahr in dem Maße, in welchem aus anderen Kommunen über die Erfahrungen mit dieser neuen Steuerform die günstigsten Berichte eingingen, bis es im vorigen Jahre gelang, die Anträge zur Annahme zu bringen. Hinderlich auch jene bestimmte Bestimmung des Kommunalabgabengesetzes, durch die das Gesamtaufkommen aus den Realsteuern kontingentiert wird, die Klasse der Grundbesitzer schärfer als bisher zu den Lasten der Gemeinde heranzuziehen, so gibt die neue Steuerform doch die Möglichkeit, die ungebauten Grundstücke, die bisher fast ganz steuerfrei blieben, steuerlich zu fassen und die Häuser mit kleinen Wohnungen zu entlasten, da diese einen im Verhältnis zu ihrem Verkaufswert sehr hohen Nutzungswert zu haben pflegen.

Die Umsatzsteuerordnung bringt in ihrer neuen Fassung in der Hauptsache gegen den bestehenden Zustand nur redaktionelle Änderungen, die sich durch die inzwischen ergangene Judikatur als wünschenswert erwiesen haben. Ganz neu ist die Wertzuwachssteuer, um die wie im Plenum so auch im Ausschuss der Hauptkampf entbrennen wird.

Die Magistratsvorlagen gingen der Versammlung am 11. Januar dieses Jahres zu, am 17. Mai d. J. war die erste Sitzung im Plenum, am 10. Oktober fand die erste Sitzung des mit der Durchberatung betrauten Ausschusses statt. Schon diese Art der geschäftlichen Behandlung läßt erkennen, welche Wertschätzung die Hausbesitzermajorität der so wichtigen Vorlagen zumißt, ist es doch bereits fast ausgeschlossen, daß die neuen Steuerarten im kommenden Staatsjahr noch zur Einführung gelangen.

Die erste Beratung des Ausschusses am Mittwoch beschäftigte sich ausschließlich mit der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert, zu der von Herrn Wallach eine Reihe von Anträgen gestellt sind, die bezwecken, die Abschätzung so günstig wie möglich für die Hausbesitzer zu gestalten.

Der Hauptstreitpunkt in der Debatte bildete die Frage, ob es sich empfiehlt, möglichst feste Normen für die Abschätzung nach dem gemeinen Wert in der Steuerordnung aufzunehmen oder, wie der Magistrat wünscht, sich genau an die ministerielle Mustersteuerordnung zu halten. Diese sieht von der Aufzählung solcher Normen gänzlich ab, um keine schematische Abschätzungspraxis in den Abschätzungskommissionen aufkommen zu lassen und um die Möglichkeit zu geben, jede Abschätzung möglichst individuell zu gestalten. Man beschloß schließlich, die Steuerordnungen mehrerer Kommunen einzufordern, in denen die Abschätzung der Grundstücke nach dem gemeinen Wert schon seit einigen Jahren erfolgreich durchgeführt ist, und die weitere Beratung und Beschlußfassung bis dahin zu vertagen.

Ueber die Person des neuen Stadtschulrats

wird von einem hiesigen Lokalblatt eine Notiz verbreitet, die ein eigentümliches Licht wirft auf die Art, wie von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung oder des Magistrats Discretion in Fragen persönlicher Natur geübt wird. In dieser Notiz wird gesagt, daß als Berliner Stadtschulrat der bisherige Stadtschulinspektor Dr. H. Fischer in erster Linie in Frage komme. Zugleich wird versucht, für Herrn Dr. Fischer Mellome zu machen, indem auf seine Verdienste hingewiesen wird, die er sich erworben habe durch die von ihm arrangierten Gesangsaufführungen von 2000 Gemeindegliedern im Zielus Busch. Unserer Meinung nach scheinen die Freunde des Herrn Dr. Fischer seiner Kandidatur keinen guten Dienst zu erweisen, wenn gerade auf diese Verdienste hingewiesen wird. Herr Dr. Fischer mag sich wohl durch diese Veranstaltungen „oben“ recht beliebt gemacht haben, allein eine „soziale Tat“ waren sie nicht, wie der Herr dieselben im Ueberflusse bezeichnete.

Ein anderes Blatt, das „Deutsche Blatt“, geht in seiner Empfehlung für Herrn Dr. Fischer so weit, zu sagen, daß der Herr vor nicht langer Zeit sich dahin ausgesprochen habe, daß die mit dem Amte verknüpfte Arbeitslast für einen Mann zu groß sei, und nimmt deshalb an, daß die von ihm mehrfach betonte Notwendigkeit der Errichtung einer besonderen Stadtschulratsstelle für das Fach- und Fortbildungsschulwesen inzwischen von unseren städtischen Behörden anerkannt worden sei.

Das Blatt berichtet über kommunale Vorgänge, wie der Blinde über die Farbe urteilt. In Wirklichkeit hat sich die Stadtverordnetenversammlung seit Jahren mit der Frage der Trennung des Fach- und Fortbildungsschulwesens von dem Gemeindegewesen beschäftigt, und es handelte sich nur um die Form, in der das am besten möglich sei. Da bedachte es nicht der Versammlung des Herrn Fischer, wenn er überhaupt so unbedeutend war, sich so zu äußern, und noch weniger des „Deutschen Blattes“; da hätte es schon einige Jahre früher aufstehen müssen.

Die Tunnelstraße unter der Potsdamer Bahn. Die Kommission zur Prüfung der Angelegenheit betreffend die Anlage eines Jahr-tunnels unter den Gleisen der Potsdamer Bahn lagte am Mittwoch im Rathaus unter dem Vorsitz des Stadtbaurates Krause. Von den beiden zu diesem Zwecke angefertigten Plänen konnte nur derjenige zur Beratung kommen, der durch einen solchen Tunnel eine Verbindung der Schönberger- und Kurfürstentrasse vorsieht. Die Tunnelstraße soll für Fußgänger- und Wagenverkehr eingerichtet werden und eine Breite von insgesamt 12 1/2 Meter erhalten. Da der Tunnel mit Rücksicht auf die Betriebssicherheit der Eisenbahn ziemlich tief angelegt werden muß, sind zu beiden Seiten des Tunnels, dessen Länge nach diesem Projekt auf 285 Meter berechnet ist, Rampen von etwa 105 Meter anzulegen. Aus diesem Grunde wird sich die Ausführung des Fahrtunnels sehr schwierig gestalten, da in dieser Tiefe mit dem Grundwasser gerechnet werden muß. Die Kommission erklärte sich mit diesem Projekt, dessen Kosten sich auf etwa 2 1/2 Millionen Mark belaufen würden, einverstanden und beschloß, mit der Eisenbahnverwaltung deswegen in Verbindung zu treten. Erst von dem Ausfall dieser Verhandlungen wird es ab-

hängen, ob das Projekt dieser Tunnelstraße, die im Interesse des Verkehrs zwischen Berlin W. und SW. außerordentlich erwünscht ist, ausgeführt werden kann.

Ein ausgefuchtes Kind. Am 1. Oktober wurde im Hausflur Alexanderstr. 24 ein drei Monate altes Mädchen in rotem Stechflur ausgelegt aufgefunden. Das Kind befindet sich im Waisenhaus Alte Jakobstr. 33. Angaben über die Persönlichkeit des Kindes und der Mutter nimmt jedes Polizeibüro und Zimmer 324 des Polizeipräsidiums zu Tagebuch Nr. 7418 IV/41 06 entgegen.

Auf der Stadtbahn beraubt wurde gestern der Treppenhauer Otto Raschkowski aus der Hermannstr. 175. R. hatte auf dem Schlesischen Bahnhof einen Ringbahnzug bestiegen, um nach Nizdorz zu fahren. Mit ihm zugleich betrat ein unbekannter Mann das Coupe und setzte sich an seine linke Seite. R. schlief bald ein und als er in Nizdorz wieder aufwachte, mußte er die unangenehme Entdeckung machen, daß er während der Fahrt vollständig ausgeraubt worden war. Sein Reisegepäck hatte ihm aus der Westentasche die Uhr gestohlen und das Beinkleid aufgeschnitten. Aus der Hosentasche war ihm das Portemonnaie mit 42 M., ein Trauring und ein silberner Rosenkranz geraubt.

Unter einer Last von 16 Zentnern begraben wurde am Mittwoch der Arbeiter Mehl. Vom Industriehaus „Hadescher Hof“ in der Rosenthalerstraße sollte ein 16 Zentner schwerer Geldschrank transportiert werden, und vier Arbeiter waren dabei tätig, den auf Holzrollen gelegten Kasten auf den Wagen hinaufzuschieben. Aus irgend welchem Versehen rutschte der Schrank, der sich schon fast auf dem Gefährt befand, plötzlich zurück. Die vier Männer versuchten sich dadurch in Sicherheit zu bringen, daß sie zur Seite sprangen, was auch dreien gelang. Mehl aber glitt aus, fiel zu Boden, und im nächsten Augenblick fiel die schwere Last auf sein linkes Bein. Der Verunglückte wurde sofort aus seiner entsetzlichen Lage befreit und in bewußtlosen Zustande nach dem Hedwigs-Krankenhaus übergeführt. Wie hier festgestellt wurde, war dem Kasten der Unterschenkelknochen total zerkleinert worden. Dem Arbeiter mußte das verletzte Glied abgenommen werden.

„Ein Kind gegen hohe Entschädigung zu vergeben“. Die Schmach nach einem Rinde hat sich ein Schwindler mit reichem klingenden Ersolge nutzbar gemacht, der jetzt auf Veranlassung der Berliner Kriminalpolizei in London festgenommen wurde. Es ist ein Mensch, der sich G. Brown, James Hill, Alfred Labori oder Kerst nennt, von dem man aber auch jetzt noch nicht weiß, wie er wirklich heißt. Der Schwindler zeigte eine Zeitsung in deutschen Zeitungen an, daß er gegen eine einmalige hohe Entschädigung ein Kind zu vergeben habe. Viele meldeten sich, die das Kind gern gehabt hätten, vielleicht noch mehr, denen besonders an der hohen Entschädigung gelegen war. Allen schrieb Brown, er zweifle nicht im geringsten daran, daß sich das Kind bei ihnen in guten Händen befinden würde. Aber sein Auftraggeber sei ein vorsichtiger Mann und verlange von ihm Auskunft über die Bewerber. Für diese verlangte er dann einen Voranschuß von 12 bis 20 Mark und erhielt ihn auch in den meisten Fällen, weil sich die Bewerber fogten, daß der hohen Entschädigung gegenüber eine solche Kleinigkeit nicht in Betracht komme. Sobald er das Geld hatte, ließ er nichts mehr von sich hören. In der letzten Zeit gab Brown seinem Schwindel einen etwas anderen Anstrich. Er zeigte jetzt an, daß ein englisches Kind in Deutschland erzogen werden solle. Natürlich sollte das auch wieder sehr gut bezahlt werden. Leute, die sich bewarben, sollten 70 Mark für Einlösung des Gepäcks zahlen. Auch auf diesen Schwindel fielen viele herein.

Ein tödlicher Bauunfall hat sich gestern auf dem Grundstück Müllerstraße 13 zugetragen. Dort befinden sich gegenwärtig die Seitenflügel und das Quergebäude im Aufriß, während das Vorderhaus bereits niedergelegt ist und an dieser Stelle mit der Errichtung des Neubaus begonnen wird. Als gestern Nachmittag der 35 Jahre alte Maurer Josef Lewandowski, Langestr. 46, beim Hochführen der Grundmauern beschäftigt war, stürzte plötzlich von dem alten Gebäude ein schwerer Balken mit solcher Wucht auf ihn herab, daß er leblos zusammenbrach. Der Schädel war dem Unglücklichen vollständig zerschmettert worden. Der sofort hinzugerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Das Automobil.

Einen verhängnisvollen Abschluß nahm die Probefahrt mit einem neuen Automobil, die gestern morgen von zwei Ingenieuren und einem Werkmeister der A. C. G. unternommen worden war. Es handelte sich dabei um die Prüfung von Geschwindigkeit, und in der Hufstienfrage nahm der Kraftwagen ein derartiges Tempo an, daß dem Werkmeister, der 40 Jahre alte Emil Borrel, Feldstr. 9 wohnt, plötzlich schwindlig wurde und er aus dem Automobil herausstürzte. Das Hinterrad ging ihm über den Körper hinweg und in bedenklichem Zustande wurde er nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht. Er hatte mehrere Rippenbrüche, eine Gehirnerschütterung und andere schwere Verletzungen davongetragen.

Das Opfer eines schweren Automobilunfalls wurde gestern abend der 60 Jahre alte Rentier August Fuchs, der in einem Pensionat in der Mohstr. 70 wohnt. Der alte Herr war auf dem Heimwege begriffen und wurde am Rollentockplatz von einem „Bedog“-Wagen zu Boden geworfen und überfahren. Er hatte schwere Rippenverletzungen erlitten und wurde, nachdem er auf der nahen Rettungswache die erste Hilfe erhalten, in einem Krankenzug nach seiner Wohnung übergeführt.

Von einem Automobil umgerannt wurde gestern auf der Oranienburger Chaussee der 53jährige Arbeiter Krause. Er erlitt jedoch glücklicherweise nur leichtere Verletzungen. Der Besitzer des Automobils entzog sich seiner Feststellung durch die Flucht.

Die Wettfahrt zwischen Luftschiff und Automobil, über die wir gestern berichteten, hat damit geendet, daß die meisten Autos die Verfolgung nach einiger Zeit aufgaben. Nur ein Automobil, das vom Oberleutnant de la Croix geführt, holte den Ballon „Verde“ (blau) vorwiegend nördlich von Wusterhausen ein. Die Windverhältnisse bei der Fahrt, welche die Ballons nach Norden respektive Nordwesten trieben, waren für die Ballons, wie für die Verfolger günstig; die herrschende Windgeschwindigkeit betrug 20 Meter pro Sekunde. Die Landung des ersten Ballons (weiß) erfolgte in der Rostower Heide, südwestlich von Wittstock. Der Ballon „Rachigall“ (rot), Führer Hauptmann Reumann landete ebenfalls sehr glatt um 2,29 Uhr im Zechliner Forst bei Wittstock. Auch der letzte Ballon „Röwe“ hatte um 2,48 Uhr bei Buschhof bei Wusterhausen eine sehr glatte Landung und wurde vom gelben Automobil nicht erreicht. Sieger sind sonach die Ballonführer Hauptmann v. Schulz (weiß), 1. Ballon, Hauptmann Reumann (Ballon „Rachigall“, rot), Oberleutnant George (Ballon „Röwe“, gelb), sowie die Führer des vierten Automobils Oberleutnant de la Croix, der den Ballon „Verde“ (Führer Oberleutnant Schoof, blau) einholte. Die Preise, welche den Siegern überreicht wurden, bestehen in einem reizenden auf schwarzemarmor ruhenden Ballontorbe und dem Zubehör zu einem fertigen Ballon. Außerdem erhielten alle Ballons- und Automobilführer eine silberne Erinnerungsmedaille.

Eine internationale Wettfahrt von Luftballons findet am Sonntag um 3 Uhr bei der Gasanstalt Ziegelstatt. Von der städtischen Gasanstalt sind große Vorbereitungen getroffen. Zur Füllung der 20 gemeldeten Ballons ist eines der großen Hauptrohre mit 12 seitlichen Füllrohren versehen worden, so daß es möglich wird, in einer halben Stunde 12 Ballons, die je 1200 Kubikmeter Gas enthalten, zu füllen. Die Instandsetzung der

großen 200 Kubikmeter-Ballon wird eine Stunde in Anspruch nehmen. Die Fegelei-Vollzugsbehörde hat umfangreiche Vorbereitungen für einen Massenansturm, der am Sonntag erwartet wird, getroffen. Die Privatfahrwerke müssen auf der westlichen Seite der Berlinerstraße, nach der Richtung der Vorkriegswerke, Aufstellung nehmen, während die Mietfahrwerke in der Bernauerstraße bis zum Berliner Wasserwerk hin Plätze angewiesen erhalten werden. Es ist außerdem eine Tribüne für Zuschauer hergestellt worden.

Großfeuer

Am gestern früh 3 1/2 Uhr in der Fruchtstr. 61 aus und beschäftigte die Wehr bis in die Nachmittagsstunden hinein. Auf dem umfangreichen Grundstück befinden sich große Holz- und Brennholzniederlagen, sowie verschiedene Fabrikbetriebe. In welcher von diesen Abteilungen der Brand entstanden ist, konnte nicht mit Sicherheit ermittelt werden, da er so rapide um sich griff, daß der zuerst eingetroffene Löschiug aus der Remelerstraße sich einem großen Flammelemente gegenüber sah. Brandmeister Kunge zog daher schleunigst durch die Meldung „Rittelfeuer“ noch Verstärkung heran, so daß in kurzer Zeit die Löschiüge 1, 2, 5, 6 und 7 zur Stelle waren und mit acht Dampfstrahlen voringen. Das Feuer war auch bereits nach dem angrenzenden Grundstück Rüdgersdorferstr. 21 übergesprungen und hatte hier einen mit 30 Pferden besetzten Stall des Fuhrers Oberländer ergriffen. Es gelang jedoch noch, alle Pferde unversehrt in Sicherheit zu bringen. Gauhöhe-Flammen loderten vom Holzstapel empor und warfen einen starken Funkenregen über die umliegenden Straßen und Häuser. Trotz der enormen Hitze drangen die Löschmannschaften immer wieder vor, um namentlich zu verhindern, daß das verheerende Element auch auf den Hof des Nachbargrundstücks 63 überspringe, da sich dort auch eine große Holzhandlung befindet. Nach stundenlangem Ringen war man gegen 7 Uhr früh Herr des Feuers. Dieses hat jedoch eine arge Verwüstung angerichtet. Der Holzstapel bildet einen einzigen Trümmerhaufen. Am schwersten betroffen ist die Holzhandlung von Zabel, die Kistenfabrik von Hellmer, die Brennholzschneiderei von Scharnke, die Drechslerei von Ludwig und das Fuhrgeschäft von Träger, dem 15 Drescheln völlig vernichtet wurden. Die Höhe des Schadens läßt sich noch nicht feststellen. Um acht Uhr wurden die erschöpften Mannschaften durch andere Löschiüge abgelöst. Die vollständige Ablösung und die Aufräumungsarbeiten dauerten bis Nachmittag.

Ein zweites Großfeuer, ein Dachstuhlbrand, wüthete gestern mittag in der Schönhauser Allee 109. Hierbei wurden die Dachgeschosse von einem Quergebäude und von zwei Seitenflügeln total eingestürzt. Gegen 11 1/2 Uhr sahen Hausbewohner Rauch durch das Dach des zweiten linken Seitenflügels dringen, und sie alarmierten die Feuerwehre. Nun war aber der zunächstliegende Löschiug 3 aus der Oberbergerstraße nicht in seinem Depot, sondern als Ablösung zur Aufräumung in der Fruchtstraße. Als später Brandmeister Steiner mit dem sechszehnten Zuge aus der Panitzstraße zuerst auf der Brandstelle eintraf, stand der Dachstuhl des zweiten Seitenflügels bereits in hellen Flammen. Schleunigst wurde „Rittelfeuer“ nachgemeldet, worauf acht Löschiüge herbeieilten. Branddirektor Reichel übernahm die Leitung. Bevor aber noch ein Gesamtangriff mit zwölf Rohren über vier mechanische Leitern und die Treppen hinweg ordentlich zur Ausführung gelangte, hatte das Feuer auch das Quergebäude und den ersten Seitenflügel erfaßt. Man war hierbei geneigt, anzunehmen, daß das Feuer an verschiedenen Stellen zugleich angelegt worden sei, doch läßt sich später die Ursache der rapiden Ausdehnung auf die einzelnen in die Brandmauern eingelassenen Feuerlöcher zurückführen, die sämtlich nur angelehnt gewesen und dann durch die Hitze vollständig aufgegangen waren. Die Feuerwehre hatte einen harten Stand, um wenigstens das Vorberstehen zu halten. Drei volle Stunden kämpfte die Wehre, bevor die Hauptgefahr beseitigt war. Die Brandopferer ließen Bier herbeischaffen, um die erschöpften Leute zu erfrischen. Der Feuermann Saut vom 16. Zuge erlitt, als er auf der mechanischen Leiter stand, durch Stichflammen starke Brandwunden. Ueber die Entstehungsurache ist nichts ermittelt.

Die Feuerwehre wurde Mittwoch abend nach dem Schiffbauerdamm 42 gerufen, wo ein Automobil vollständig in Flammen stand. Um die Flammen, die am Beginn reiche Nahrung gefunden hatten, zu löschen, mußte der 13. Löschiug eine Schlauchleitung vornehmen und kräftig Wasser geben. Eine große Menschenmenge hatte sich eingefunden, die mit großem Vergnügen dem ungewohnten Schauspiel zusah.

Eine traurige Aufklärung hat jetzt das Verschwinden zweier Personen gefunden. Vor mehreren Tagen hatte sich der Händler H. Neue Hochstr. 88, von seinen Angehörigen entfernt, und gestern ist der Vermißte am Bundesstrassenufer als Leiche aus der Spree gefischt worden. Die Hinterbliebenen des H. können sich nicht erklären, aus welcher Veranlassung der Lebensmüde in den Tod gegangen ist.

Mit Salzsäure vergiftet hat sich der 30jährige Diener Edmund L., der bei einem höheren Offizier in Stellung war. L. war seit einigen Tagen von seiner Herrschaft vermisst worden, und gestern haben die Nachforschungen nach ihm ergeben, daß er an den Folgen einer Salzsäurevergiftung in einem Krankenhaus gestorben war. Der Lebensmüde hatte in einem Anfall von Verfolgungswahnsinn das Gift genommen.

In der Ortskrankenkasse für Konditoren haben dieser Tage Neuwahlen von 69 Vertretern der Arbeitnehmer zur Generalversammlung stattgefunden. Es folgte die Liste des Zentralverbandes, für die 159 Stimmen abgegeben wurden. Die Gegenliste, die vom Hirsch-Dunderschen Gewerksverein in Gemeinschaft mit dem nationalen Konditorgehilfenverband aufgestellt war, erhielt 110 Stimmen. Es hat nichts genützt, daß die Hirsche in Flugblättern von dem parteipolitischen Tummelplatz der sozialdemokratischen Verbündel fahleten. Als sie sahen, daß ihre Liste unterlag, machten die Herren Standaal. Weil das Wahllokal etwas klein war, wollten die Unterlegenen die Welt anschauen.

Im Bernhard Roffe-Theater, früher Carl Weiß-Theater, geht heute, Freitagabend, „Die Bluthochzeit“, mit Direktor Roffe in der Rolle Karl IX., in Szene. Morgen, Sonnabendnachmittag 4 Uhr, wird „Dornröschen“ bei kleinen Preisen gegeben, während abends „Berliner Kinder“ erstmalig zur Aufführung gelangt. Sonntagnachmittag 8 Uhr: „Der Millionenbauer“, abends: „Berliner Kinder“. In Vorbereitung ist Karl Bötkers soziales Drama „Ausgewiesen“.

Im Sportpark Treptow findet am Sonntag das letzte Rennen dieser Saison statt.

Im Metropol-Theater beginnt mit der jetzigen neuen Spielzeit auch die neue Einrichtung eigener Sonntagnachmittags-Vorstellungen zu ermäßigten Preisen. Am kommenden Sonntag, den 14. Oktober, nachmittags 3 Uhr, gelangt zunächst die Neuzeit: „Auf ins Metropol“ zur Aufführung.

Im Kabarett.

In Berlin ist für Vergnügen und Amüsement nach jeder Richtung reichlich gesorgt. Man kommt hier nicht in Verlegenheit, die Zeit totzuschlagen und Geld loszulassen — wenn man aber beides verfügt. Diejenigen, die tagaus, tagein schwer fronden müssen, um nur das nackte Leben zu fristen, müssen es sich versagen, noch abends nach dem Theater oder einem Vergnügungsetablissemment zu gehen. Die Mittel langen nicht und die Zeit ist auch nicht vorhanden. Aber es gibt eine ganze Menge Leute, die über Zeit und Geld genug verfügen, um sich, jeder nach seiner Art, Vergnügen und Abwechslung zu verschaffen. Und da genügen diesen die Vergnügungshäuser noch nicht, die bereits um 11 Uhr ihre Pforten schließen. Was! Um 11 Uhr schon nach Hause? Das ist zu früh! Um diesem „dringenden“ Bedürfnis abzuhelfen, haben sich die Kabarettisten aufgetan, in denen das Leben und Treiben sich erst nach 11 Uhr abends entwickelt.

Sie haben in Berlin eine ganze Anzahl solcher Kabarett. Das Eintrittsgeld beträgt 2 bezw. 3 M. Vielfach finden wir in diesen Lustentempeln die Künstler der verschiedenen Etablissements wieder, oft kommen sie direkt von den Brettern, wo sie ihre Schläger einem anderen Publikum vorgetragen. Aber auch auf diesem Gebiete macht sich eine „Reform“ geltend. In den meisten Kabarett herrscht der Weingang. Um dem abzuhelfen, hat sich jetzt ein Vierkabarett aufgetan. Von der Behrenstr. 60 aus gelangt man zu demselben und in einen Raum, der an Pracht und Originalität kaum übertraffen werden dürfte. Es ist hier ein System der Beleuchtung in Anordnung gekommen, welches dem Saale je nach der Stimmung, welche herrschen soll, das betreffende Licht in der passenden Farbe spendet. Vom reinen Kristallweiß bis zum Purpurröth. Vom tiefsten Blau bis zu den gebrochenen Tinten der violetten Strahlen sind alle Spektralfarben vertreten. Einen besonderen Reiz bilden die aus taufenden glühenden Tropfen bestehenden großen Saalkronen. Auch die Deckenbeleuchtung der beiden Seitenseile mit ihren originellen Farbverzierungen erzeugen noch nie gesehene Lichtwunder. Ganz eigentümlich wirken die Wandmalereien, welche nach den bekannten Fechtstillsarten des „Simplicissimus“-Malers Reznicek aufgemalt sind. An Künstlern wirken unter anderen die Damen Josefine Dora, die Operettensängerin Ella Wilardi, die Kunstfeilerin Westfahl, die Sängerin Lulu Dorde, sowie die Herren Hofopernsänger Wiberti, Opernsänger S. Jenerio di Mario, der Improvisator Steinitz, die Humoristen Perfersen und Wöllinger mit. Am Mittwoch wurde dieses neue Institut, das unter Leitung des Direktors Rosenfeld steht, festlich eröffnet.

Feuerwehrbericht. Wegen eines Kellerbrandes wurde die Feuerwehre gestern nach der Hufelandstr. 6 gerufen, wo Kohlen u. a. brannten. Ein zweiter Kellerbrand wurde aus der Neuen Königstr. 40 gemeldet. In der Zionskirchstr. 20 mußte ein Brand gelöscht werden, der auf einem Hängeboden ausgekommen war. Eine Schiebbude stand auf dem Tummelplatz in der Orbitsstraße in Flammen. Auf der Nordbahn an der Bernauerstraße kam in einem Keller Feuer aus. Holz u. a. brannte dort. In der Bismarckstraße 5 hatte die Wehre mit der Löschiug eines Brandes zu tun, der beim Treptoch auf einem Dache ausgekommen war. Fleisch brannte in der Rödernstr. 110. Außerdem wurde die Wehre gestern noch nach der Bückerstr. 4, Dunckerstr. 69 und anderen Orten gerufen.

Vorort-Nachrichten.

Die Vorortpresse.

Das rasche Wachstum unserer Vororte, von denen sich einzelne im letzten Jahrzehnt zu Großstädten entwickelt haben, ist auf die größte Anzahl unserer Vorortblätter nur von ganz geringer Rückwirkung gewesen. Eine ganze Anzahl derselben führen nur noch ein Scheinleben, so daß sie höchstens als Publikationsorgan der Verbände oder aber als Vertreter der Interessen einzelner Gruppen in Frage kommen. Vergeblich bemühen sich eine ganze Reihe derselben unter der immer mehr anwachsenden Arbeiterschaft in den Vororten Abonnenten zu werben. Vor jedem neuen Quartal wird die Werbetrummel gerührt, um neue Leser zu gewinnen. Die einen erscheinen unter der Flagge der Unabhängigkeit, einzig und allein das Bestreben verfolgend, den „allgemeinen Interessen“ zu dienen. Der Begriff „allgemeine Interessen“ spielt mitunter eine ganz absonderliche Rolle. Andere wieder legen sich den Charakter vollständiger Unparteilichkeit an, wieder andere — und das sind noch die für die Arbeiterschaft ungefählichsten — gefallen sich in der Rolle des Sozialistenbelämpfers. Das Material für diesen Kampf wird ihnen zum Teil von dem nicht unbekanntem „Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ auf den Redaktionstisch gelegt. Hand in Hand mit der Werbung von Abonnenten geht das Werben von Inseraten. Der niedrige Abonnementspreis reicht bei weitem nicht aus, um den Lesern selbst nur Notdürftiges zu bieten. Den Inserenten wird das größtmögliche Entgegenkommen gezeigt. Von Zeit zu Zeit erscheint eine Abonnementsbeileitung, in der zugleich ein erneutes Anschwellen der Abonnenten beiläufig wird. Lesen wir doch vor kurzer Zeit in einem der Blätter, daß an einem Tage ein beispielloser Abonnentenzuwachs von 50 und Inseratenaufträge von 350 M. eingegangen seien. Recht schmeichelfast muß es für die Abonnenten eines solchen Blattes sein, wenn sich die Redaktion bei den neuen Abonnenten bedankt. Gleich dem Vorsitzenden eines Vergnügungsklub, der die neuen Mitgliedsbeiträge willkommen heißt, beginnt auch der Redakteur eines solchen Vorortblattes die neuen Abonnenten also zu begrüßen: „Wir danken allen bisherigen Abonnenten für ihre Treue und heißen die neu hinzutretenden an dieser Stelle herzlich willkommen in der Hoffnung, daß die Leserschaft unseres Blattes sie in jeder Hinsicht befriedigen und daß dasselbe auch in sonstiger Beziehung sich ihnen stets nutzbar erweisen wird. Wir bitten jeden unserer verehrten Leser, im Werben neuer Bezugsnehmer unseres Blattes weiter eifrig tätig zu sein, dann wird uns unsere Aufgabe ebenfalls erleichtert.“

Solche Worte sind weniger ein Ansporn für eine ernste und für die Allgemeinheit nützliche und heilige Sache, als vielmehr der letzte Hülfeschrei eines untergehenden Wurzelschößlings. Fast durchweg haben diese Blätter, da sie ja zum großen Teil zugleich Publikationsorgane der Amts- und Gemeindeverwaltungen sind, zum Prinzip, einen mitunter geradezu widerlichen Lokalpatriotismus zu fördern und in dieser Rolle gefallen sie namentlich dem eingefessenen Spießer und Kleinrentner. Die Arbeiterschaft, die in ständigem Kontakt mit der Großstadt steht und schon durch ihre Bestrebungen eine ganz andere Politik treibt, ist für den Lokalpatriotismus nicht zu haben. Unter ihr findet auch diese Vorortpresse weniger Absatz. Besonders sucht die Presse bei Wahlen oder sonstigen Anlässen in offener oder mehr versteckter Form die Geldsackinteressen zu vertreten. Kämpft ein solches Blatt nicht mit offenem Bistier — da es ja sonst sich des unparteilichen Charakters erheiden würde — so findet man in der Regel, daß in der Rubrik des „freien Wortes“ die Interessen des Grundbesitzes und der Bevorzugten vertreten werden. Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion, um nirgends anzudeuten, keine Verantwortung. Dieser Dualismus ist notwendig, um ein solches Blatt noch lebensfähig zu erhalten. Und alledem geht hervor, daß unsere Genossen in den Vororten alles anzuwenden haben, um nicht nur das Feld von der großen bürgerlichen und Kleinstadtpresse zu säubern, sondern auch ihr Augenmerk auf die schädlichen Einflüsse der kleinen Vorortpresse zu richten. An ihre Stelle muß immer mehr die sozialistische Tagespresse, der „Vorwärts“, treten.

Rixdorf.

Ein Opfer des Verkehrs wurde gestern ein etwa 65 Jahre alter unbekannter Mann. Er war im Begriff gewesen, in der Nähe des Ringbahnhofes den Fohrdamm der Vergstraße zu überschreiten, als plötzlich der Wagen Nr. 68 der „Zentrale für Milchverwertung“ in schnellem Trab aus der Emser- in die Vergstraße einbog. Der Alte vermochte sich nicht mehr auf den Bürgersteig zu retten, er wurde umgerissen und überfahren. Die Verletzungen, die er sich bei dem Unglücksfall zuzog, waren so schwere, daß er bereits auf dem Transport nach dem Krankenhaus starb. Die Personalien des Toten konnten bisher noch nicht festgestellt werden.

Charlottenburg.

Freie Volkshaus Charlottenburg. Morgen Sonnabend, abends 8 Uhr, findet im Schiller-Theater N. die Vorstellung von Heijermanns Schifferdrama „Die Hoffnung auf Segen“ statt. Alle Mitglieder müssen spätestens heute gelöst haben. — Zur Wiederholung dieses Stückes am 20. Oktober sind noch einige Gastkarten a 80 Pf. in den Zahlstellen zu haben.

Schöneberg.

Nicht die besten Erfahrungen mit einem Billettautomaten machte am Mittwoch ein Fahrgast auf dem Bahnhof Schöneberg, der dem Automaten ein Billett III. Klasse abgelauft hatte. Der Zug nach Tempelhof, mit dem der Fahrgast zu fahren beabsichtigte, war gerade

weg, weshalb der Betreffende die 20 Minuten, die er noch warten mußte, zur Besorgung dringender Angelegenheiten ausnützte. Das Billett mußte, nach Rücksprache mit dem Schaffner, abgegeben werden. Nach der Rückkehr wurde es wieder ausgehändigt. Als der Fahrgast in Tempelhof den Ausgang passierte, wurde ihm bedeutet, daß das Billett den Stempel vom 9. 10. trage, weshalb man ihn zur Aufklärung der Sache ins Bureau zum Stationsvorsteher führte. Derselbe setzte sich nun mit Schöneberg in Verbindung. Der Fahrgast behauptete nun, dem Schaffner in Schöneberg gegenübergestellt zu werden, welchem Verlangen man auch nachkam. Im Dienstcoupe fuhr ein Beamter mit ihm nach Schöneberg zurück, und hier erklärte der betreffende Schaffner, daß es daselbe Billett ist, welches er bereits in den Händen gehabt. Der Fahrgast ist nun gespannt, ob er außer der Zeit, die ihm das ominöse Billett gekostet hat, noch mit 8 M. Strafe bedacht werden wird. Die Absicht, die Bahn zu betragen, hat er scharf nicht gehabt.

Steglich.

Bei einem verhängnisvollen Unglücksfall hat der Arbeiter Kurt Schmidt, der bei einem Steinsechseiler in der Südbühne beschäftigt war, den Tod gefunden. Er hatte in der fünften Etage eines Neubaus Steinmetzarbeiten verrichtet und als er einen Sandstein von seinem Standort verschieben wollte, verlor er plötzlich das Gleichgewicht und stürzte kopfüber in die Tiefe. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus erlag der Bedauernswerte den schweren Verletzungen.

Wilmerdorf.

Aus dem jetzigen Gemeindebericht hat uns der Druckfehlerheftel einen Generalversammlungsbericht gemacht. Die Unrichtigkeit dürfte den Lesern wohl aufgefallen sein.

Weißensee.

Die bevorstehenden Krankenkassenwahlen und welchen Wert haben die Krankenkassen für die Arbeiter? ist das Thema einer zu heute abend 8 1/2 Uhr vom Gewerkschafts-Komitee in den „Prülaten“, Lehderstraße 122, einberufenen öffentlichen Versammlung. Die Wichtigkeit des Themas erfordert zahlreiche Befuch der Versammlung.

Zu warnen ist vor einem dreisten Gefallen, der am Mittwoch eine Arbeiterfamilie in Abwesenheit der Mutter um das Geld, welches sich dieselbe für die Winterheizung zurückgelegt hat, beschlohen hat. Der Gauner, ein Angestellter des Handtuchverleihgeschäftes (H.) hatte in der Familie Handtücher umzutauschen und traf die Kinder allein an. Diese Gelegenheit benutzte er, um zu fragen, ob die Mutter eine Uhr hat. Die Kinder zeigten ihm die Stelle, wo dieselbe aufbewahrt war, hierbei stahl er das Geld und verschwand eiligst damit.

Hangelberg.

Das Opfer eines Verbrechens ist anscheinend der Bahnarbeiter Domle aus Hangelberg geworden, welcher seit Freitag voriger Woche verschwunden ist. D. hatte sich am Freitag abend von seiner an der schließlichen Bahnstrecke belegenden Arbeitsstätte entfernt, um nach Hause zu gehen, traf jedoch in seiner Wohnung nicht ein, und die am folgenden Tage aufgenommenen Nachforschungen nach dem Verbleib des Arbeiters blieben zunächst erfolglos. Am Sonntag fanden Ausschläger am Ufer der Spree zwischen Erkner und Hangelberg eine Kassekante und eine Wägete, Gegenstände, die später als Eigentum des vermissten Domle erkannt wurden. Ueber den Verbleib des letzteren selbst war jedoch nichts zu ermitteln. Nach den polizeilichen Feststellungen hat D., der eine Frau und vier Kinder hinterläßt, seine Arbeitsstätte in nächsterem Zustande verlassen. Es erscheint ausgeschlossen, daß der Mann Selbstmord verübt hat, da hierzu keinerlei Motive vorhanden waren. Mit einem Unglücksfalle aber ist umsoweniger zu rechnen, als Domle bei seinem Wege die Stelle des Spreesufers, an welcher die Sachen gefunden worden sind, nicht zu berühren hatte. Es ist aus diesem Grunde nur anzunehmen, daß der Vermisste das Opfer eines Verbrechens geworden ist.

Spandau.

In nur schwach besuchter öffentlicher Versammlung referierte am Mittwochabend Genosse Dr. Vorwardt über das Thema „Warum sind wir arm?“ Eine Diskussion über den Vortrag fand nicht statt. Der Vorsitzende ermahnte hierauf die Versammelten, bei solchen wichtigen Vorträgen für besseren Besuch Sorge zu tragen, desgleichen wies er auf die schädlichen Einflüsse der bürgerlichen Presse hin, die die Arbeiterschaft immer mehr aus den Familien zu verdrängen bestrebt sein müsse. Nach kurzem Appell zum Eintritt in die Organisation und Abonnement auf die Arbeiterpresse erfolgte Schluß der Versammlung.

In seiner Wohnung erhängt aufgefunden wurde der Arbeiter Meyer. Selbiger war in letzter Zeit immer mehr dem Trunk verfallen. Ein Wunder, wenn das Familienleben bedenkliche Risse erhalten. Am Sonntag suchte er die von ihm getrennt lebende Frau auf und verletzete sie so, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Meyer wurde noch denselben Abend verhaftet, jedoch von der Polizei wieder auf freien Fuß gesetzt. Nach Rückkehr in seine in der Schönewalderstraße gelegene Wohnung erhängte er sich an einem Gardinenhaken.

Gerichts-Zeitung.

Eine Anklage wegen versuchter Erpressung und Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung beschäftigte gestern die vierte Strafkammer des Landgerichts I. Die Anklage richtete sich gegen den Vorsitzenden des Vorstandes der Berliner Filiale des Gewerkschafts-Bundes, Steinbruder Johannes D. H. Die Druckerfirma D. J. Schaefer Nachf. hatte am 23. Dezember einige ältere organisierte Arbeiter entlassen und angedeutet, daß sie nur unorganisierte Arbeiter einstellen würde. Einige Tage später wurde der Steinbruder Karl Krüpfgang eingestellt. Es soll versucht sein, Krüpfgang zum Beitritt zum Bunde zu nötigen. Die Verhandlung verlief der Verurteilung.

Ein mißlungener Denunziantenstreich!

Die Wabefrau und Kassiererin Frau G. in der Schornweberstraße wurde im Februar plötzlich auf ihrer Arbeitsstelle verhaftet, nach drei Tagen aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Eine Anklage wegen Beihilfe zur Abtreibung führte die Beschuldigte jetzt vor die zweite Strafkammer beim Landgericht II. Nach kurzer Verhandlung, in der sich die Hebamme G. besonders bemühte, als Schwester des Gemannten der Beschuldigten die Rolle einer ärztlichen Verwandten zu spielen, beantragte der öffentliche Ankläger selbst die kostenlose Freisprechung der Beschuldigten.

Das Gericht setzte die so schwer geprüfte und geschädigte Frau — gegen die auch der inzwischen von ihr geschiedene und in dem Urteil als allein schuldiger Teil erklärte Ehemann auszusagen wollte — als schuldlos außer Verfolgung.

In der Verhandlung wurde festgestellt, daß die Hebamme Frau Schwente, O. Kronprinzstraße, sich der Beschuldigten unter der Maske einer unter brutaaler Behandlung eines Trümmerhohles schwer leidenden Mutter von sechs Kindern, die wieder schwanger sei, näherte und sie unter Tränen und Geldversprechungen zur Begehung des Verbrechens der Abtreibung zu bestimmen suchte. Die verführerische Dame, die wieder schwanger war, noch verheiratet ist, veranlagte dann, obwohl die Angeschuldigte standhaft blieb, die Verhaftung der Angeklagten. In den polizeilichen oder Arbeitsverhältnissen nicht berührenden Strafsachen bewertet das Gericht einen agent provocateur auch weiblichen Geschlechts zutreffend.

Durch einen Baumstamm getötet.

In der Nacht vom 6. Mai d. J. nahm bei einer Schlägerei zwischen den Dienstmädchen Wlod und Schulte im Dörfchen

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater 8 Uhr:
Prof. Dr. Nass: Die Ballonfüllung.
Nachher:
Dr. Schwahn: Bilder vom Vesuv-
ausbruch 1906.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab nachmittags 4 Uhr:
Großes Militärdoppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., ab 5 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Zirkus Alb. Schumann.

Heute abend präglie 7 1/2 Uhr:
Benefiz für Eltoner **Luigi Rossi**
mit seinem musikalischen Hundepfand
König. Ganz erprobtes Programm
und die phänomenalen Straßenspieler
des **Mr. George Lettl**. U. a.:
Aufhalten eines in voller Fahrt befindlichen Automobils.
Herrn:
Die legendären Menschen Les Rixfords,
der U-
Löwen-Baron, farnische,
Brothers Philipp. — Mons. Alberto.

Auf der Puzta,
vorgel. v. Dir. **Alb. Schumann.**
Die einzig dastehende wilde Dressur
der größten Tiger-Gruppe
von **Dr. Hennicksen.**
Sonntag 2 Vorst., nachm. 3 1/2 Uhr
(ein Kind frei) und abends 7 1/2 Uhr.

Zirkus Busch.

Abends 7 1/2 Uhr:
Mons. Romeo!
Ueberfahren eines
lebenden Menschen
mit einem 70 PS Fiat-Automobil
(Gew. 30 Zentner u. 4 Insassen.)
Die größte Tiger- und Löwengruppe
Kampfs zwischen dem
Dompteur **Willy Peters**
und zwei wilden Tigern.
Aus der Puzta.
Original-Vantoume des
Zirkus Busch.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Zum letztmal:
Um Nancy
Herr: Was Gott zusammenfügt, soll
der Mensch nicht scheiden.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 bis 75 Pf.
Ehren- und Vorzugsplätze gültig.

Bernhard Rose-Theater

früher **Carl Wolf-Theater.**
Große Kassenstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Die Wuthohzeit.
Morgen nachmittags 4 Uhr: **Torn-
roschen.** Abends 8 Uhr 2. erstmal:
Berliner Kinder.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Die Tochter des Herrn Fabricius.
Schauspiel in 3 Akten von Wilhelm
Kocheröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Wochenvorstellung von 11-1 Uhr an
der Theaterkasse.

Die Tochter des Herrn Fabricius.

Abends 7 Uhr:
Fr. Schnabels Verlobung.

Kasino-Theater

Rothringstr. 37. Täglich 8 Uhr
Alexander der Große
von Emil Thomas und Adolf Selig.
Neu! Fohér-Duett in ihrem Repertoire.
Klara Antonio x Fred u. Carman.
Sonntag 4 Uhr: Madame Bonivard.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Der Hausfreund.
Anfang 8 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Stets erstklassige Miesspielfolge.
Nach der Vorstellung: **Gr. Tanz.**
Langzeitung: 8. Sachse.
Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.

Volks-Theater des Westens.

Spichernstr. 3, am Nuburgerplatz.
In Zivil. Schwan
in 1 Akt.
Hierauf:
Pension Schöller.
Schwan in drei Akten.
Anfang 6 Uhr.

Verantwortl. u. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

6. Wahlkreis.

Sonntag, den 14. Oktober 1906, abends 6 Uhr, in Raabe's Salon,
Kolbergerstr. 23:

Oeffentl. Versammlung

für Männer und Frauen.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen O. Mal über: **Björnsons Drama**
„Ueber unsere Kraft“. 2. Diskussion. — Es ladet freundlich ein
Der Einberufer.
Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein mit Tanz.** 264/6*

Metropol-Theater

Täglich:
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 9 Bildern
von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Dirigiert M. Roth.
In Szene gesetzt vom Direktor
Richard Schultz.
H. Bender, J. Giampietro,
J. Josephi, Fritz Massary,
Phila Wolff a. D. usw.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen in allen Räumen gest.
Voranzeige.
Sonntag-Nachmittags-Vorst.
Um zahlreichen Wünschen ge-
recht zu werden, beginnen wir
nächsten **Sonntag, 14. Okt.,**
m. d. Nachmittagsvorstellungen.
Sonntag, 14. Oktober, nachm. 3 Uhr
Auf ins Metropol
mit **Bender, Giampietro, Josephi,**
Massary usw. Preise der Plätze
auf den Anschlagstulen.

Apollo-Theater.

Zum **100. Male:**
Berlin im Omnibus.
Am **Der Omnibus-Crick.**
Am Spezialitätenfest:
Liane d'Ève
die Original-Matthäe-Tänzerin.
Sonntag, den 14. Oktober, nachm.
3 1/2 Uhr: Familienvorstellung.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr:
Triplepatte.
Schwan in 5 Akten v. Tristan Bernard
und André Godfermar.
Bicomte Robert de Dourban:
Richard Alexander.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Die Höhle des Löwen.

Colosseum

Dresdenerstr. 97.
Das brillante
Oktober-Programm.
Spezialitäten und
Volks-Kabarett
Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sängers
Anfang
Wochentags
8, Sonntag
7 Uhr.

Folies Caprice

Linienstr. 132, Ecke d. Friedrichstraße.
Direktion Felix Berg.
Sorenissimus August XXVI.
Das Modell und Das Provinzmädel.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf bei A. Wertheim und
an der Theaterkasse 10-2 Uhr.

Passage-Theater.

Das Gastspiel
Josefine Dora
in der Komödie
„Rieke“
mit dem Schlager
„Emil du bist eine Pflanze“
ist wegen d. außerord. Erfolges
und der tägl. ausverkauften Häuser
für Oktober prolongiert.
Außerdem 14 neue Nummern.

Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2. Min. v. Bahnhof Börsen.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Blanche Dorée,
Porzellan-Imitationen.
Chaterine Hegino,
als: I. Skandin. II. Salome.
Ilket and Miß Jenny,
Sensations-Akt
und 9 Attraktionen ersten Ranges.
Dazu: **Die Loreley,** Poffe.
Familienarten, zum halben Rollen-
preis gültig, in allen Sacher,
Theater- u. Jagdgeschäften gratis.

Arbeiter-Berufs-Kleidung

Spezial-Geschäft
nur
3 Mühlendamm 3.
Adolf Wecker.
Großes Lager, nur neueste Façons. Einzelverkauf zu Engrospreisen.
Kollers, Stolas in all. Polarten. Stoffe u. weiche Hüte in
Haar u. Wolle. Zylinder u. chapeau claque. Mützen für Radfahrer,
Yachtklub, Jockey, Sport etc. Vereins- u. Damen-, Mädchenmützen.
Albert Friedländer, NO., Landsberger-Str. 90.
nur eine Treppe rechts.

6. Wahlkreis, Schönhauser Vorstadt

Sonntag, den 14. Oktober, abends 6 Uhr,
in den Verolina-Sälen, Schönhauser Allee Nr. 28:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Vortrag des Genossen **Paul John** über:
„Hundert Jahre Junkerfreiheit und Junkerrecht.“
Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung! Einsetzer. Achtung!

Sonntag vormittags 9 Uhr finden in den unten benannten Lokalen
die Bezirksversammlungen statt und werden die Kollegen zu zahlreichem Besuch
aufgefordert. Auch sind in diesen Sitzungen die noch nicht abgelieferten
roten Tarife mitzubringen. 94/14

1. Bezirk: Blumenstr. 38.	6. Bezirk: Mix, Staligerstr. 59.
2. „Hubb, Koppenhagenstr. 74.	7. „Volkshaus“, Charlotten-
3. „Müller, Bredowstr. 11.	burg, Köpenicker 3.
4. „Prel, Rydorf, Köpenicker 24.	8. „Zietz, Biesenstr. 29.
5. „Wiemers, Bülowstr. 65.	

Die Adresse der Obente ist:
Wilhelm Ruchke, Paul Thomastke,
Potsdamerstr. 84. Cypelnerstr. 14.

Zur Beachtung!

Auf folgenden neu eingerichteten Zahlstellen werden Sonnabends von
8-10 Uhr Beiträge entgegengenommen:
Zahlstelle 61 Kienstr. 1, Ecke Franzstraße, bei Heinze.
62 Kleine Androssstr. 15, bei Wölffe.
63 Kaufherplatz 13, bei Graf.
64 Hagelbergstr. 2, bei Berner.
65 Gostowstr. 13, bei Döring.
66 Gleimstr. 63, bei Verche.
Die Abkommensbeiträge für die Fachzeitung werden auf allen
Zahlstellen und auf dem Bureau Engel-Ufer 15 entgegengenommen.

Branchenversammlung der Maschinenarbeiter

Tages-Ordnung: 1. Die Einrichtungen des Holzarbeiter-Verbandes
Referent: Kollege **Richard Leopold.** 2. Wahl der Obmänner und
des Branchenvorleiters. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschleidenes.
Um zahlreichen Besuch bittet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbureau:
Zimmer 34, Amt 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9679.

Branchen-Versammlung der Eisen-, Metall- und Revolverdreher.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten **H. Körsten** über: „Zeit- oder
Stücklohn?“ 2. Diskussion 3. Verschleidenes.
Mit diesem Vortrag wird eine Angelegenheit zur Erörterung gebracht,
die für unsere Kollegen von wichtiger Bedeutung ist. Auch der vor kurzer
Zeit stattgehabene „Deutsche Juristentag“ hat sich mit diesem Thema befaßt.
Da diese Angelegenheit jedenfalls für spätere Zeit auch durch die Gewerbe-
gerichte eine offizielle Richtung erhält, so ist jeder Kollege verpflichtet, dieser
Versammlung beizumohnen. 154/8
Ein Teil der Vertrauensleute hat die ausgegebenen
Fragebogen noch nicht abgeliefert. Wir eruchen die Kollegen, welche
noch Fragebogen haben, diese in der Versammlung abzugeben.

Allgemeine Versammlung

der in Emaillir-Werken beschäftigten Arbeiter und
Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Bezirks-Versammlung für Rummelsburg und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Wuschik.** 2. Diskussion. 3. Neuwahl des
Bezirksleiters. 4. Verbandsangelegenheiten.

Achtung! Bauanschläger!

Die Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß
laut Tarif vom 15. Oktober ab nur bei verglasten
Fenstern gearbeitet werden darf.
Zahlreichen Besuch in den Versammlungen erwartet
Die Ortsverwaltung.

Tischler-Verein (E. N. 89)

Sonnabend, 13. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung: Abrechnung vom 3. Vierteljahr; Bericht der
Bibliothekare; Unterstützungsgehalt; Verbandsangelegenheiten. 199/8

35. Stiftungsfest & Norddeutsche und Ball.

Sonnabend, 20. Oktober, im Lokale „Sanssouci“:
Sänger
Billets bei allen Vorstandsmitgliedern zu haben.
Arbeiter-Radfahrerverein „Frisch auf!“, Britz.
Mitglied des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität“.
Sonntag, den 14. Oktober 1906,
im Lokale von **Hübner, Rudowstr. 51**
verbunden mit Reigenfahren, Tanz, Verlosung, unter Mitwirkung des
Arbeiter-Sport- und Vergnügungsbereins „Eintracht“, Britz. Anf. 4 Uhr.
Entree 20 Pf. Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. 125/8

Wanduhren

räumungshalber sehr billig zu verkaufen.
Uhrenagentur An der Schöne 8 I
(Medelstr.) 3-8, Sonntag 12-2

Verband der Sattler

Ortsverwaltung Berlin.
Die nächsten Branchen-Versammlungen
finden am nachfolgenden Tagen statt:

- Geschirrbrauche:** Mittwoch, den 17. Oktober.
- Treibriemenbranche:** Sonnabend, den 13. Oktober.
- Taschen, Koffer- und Galanteriebranche:** Donnerstag, den 18. Oktober.
- Militärbranche:** Sonnabend, den 13. Oktober.
- Linoleumleger und Teppichnäher:** Donnerstag, 18. Oktober.
- Wagenbranche:** Mittwoch, den 17. Oktober.
- Eisenmöbel-Branche:** Mittwoch, den 17. Oktober.
- Sektion Charlottenburg:** Montag, den 15. Oktober.

18. Stiftungsfest

Unter Mitwirkung von
Korsts Quartettsängern u. Fossensemble.
Konzert. Turnerische Aufführungen.
Nach der Vorstellung: **Ball.** Herren, welche daran teilnehmen,
zahlen 50 Pf. nach. Entree 30 Pf.
Billets sind im Bureau und bei den Vertrauensleuten zu haben.
Um zahlreiche Beteiligung erucht
Das Komitee.

Zentralverband der Dachdecker.

Verwaltungsstelle Berlin.
Die Kollegen seien nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht,
daß die achtstündige Arbeitszeit am Montag, den 15. Oktober,
beginnt. Es ist durchaus unstatthaft, über den 15. Oktober hinaus
noch länger als acht Stunden zu arbeiten. Dieses gilt besonders
für die Werkstellen, in denen am Freitag Wochenschlaf ist.
Der Vorstand. J. N.: Karl Görnik.

Walhalla-Varieté-Theater

Weinbergweg 19/20.
Am Rosenthaler Tor.
Täglich abends 8 Uhr:
Die lustigen Spezialitäten.
Emmi Kröcherl, Willy Prager,
der weibl. Kom. in neue akt. Coupl.
Chevalier Thorn.
Neue verblüffende Illusionen.
— Rauchen überall gestattet. —

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sängers
Anfang
Wochentags
8, Sonntag
7 Uhr.

Sanssouci-Kottbusor

Str. 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag, Donnerstag.
Hoffmanns Nordd. Sängers
Neu! Im Manöver. Neu!
Sonntags Beginn 5 Uhr,
Wochentags 8 Uhr.
Dienstag: Theaterabend.
In Vorbereitung: **Adele.** (Nach
d. gleichn. Kom. v. Berl. Lokal-Anz.)

Arbeiter-Berufs-Kleidung

Spezial-Geschäft
nur
3 Mühlendamm 3.
Adolf Wecker.
Großes Lager, nur neueste Façons. Einzelverkauf zu Engrospreisen.
Kollers, Stolas in all. Polarten. Stoffe u. weiche Hüte in
Haar u. Wolle. Zylinder u. chapeau claque. Mützen für Radfahrer,
Yachtklub, Jockey, Sport etc. Vereins- u. Damen-, Mädchenmützen.
Albert Friedländer, NO., Landsberger-Str. 90.
nur eine Treppe rechts.

Charlottenburg.

Anfertigung feiner
Herren-Garderoben u. Maß.
Gr. Stofflager in engl. u. deutsch.
Stoffen nur erstklass. Fabrikate.
Garantie guter Sitz. Solide Preise.
Karl Ehring,
Schneidermeister, 2351L.
Leibnizstr. 75, parterre,
nahe der Kantstraße.

Die Nürnberger Krawalle vor Gericht.

Nürnberg, 11. Oktober. (Fig. Ver.)

Das Jahr 1906 war auch in Nürnberg ungemein reich an Streikbewegungen, die sich durch Schärfe und Hartnäckigkeit auszeichneten, wie noch keine ähnliche Bewegung zuvor. Ueberall stießen die Arbeiter bei ihrem Bestreben, ihre Einnahmen mit den durch die verrückte Wirtschaftspolitik der herrschenden Klassen gesteigert. Ausgaben für die notwendigen Lebensbedürfnisse in Einklang zu bringen, auf den heftigsten Widerstand des Unternehmertums, das nunmehr ebenfalls den Wert einer starken Organisation erkannt hat. Die Kämpfe wurden daher auf beiden Seiten mit der größten Erbitterung geführt. Die streikenden Arbeiter hatten schon von vornherein alles gegen sich; die Unternehmer, die bürgerliche Presse, die christlichen und anderen Arbeiterorganisationen entfalteten die wütesten Hege gegen die freitragenden Arbeiter, die im Kampfe um bessere Lebensverhältnisse standen. Man machte die Polizei gegen sie mobil. Daß durch die Situation immer gespannter wurde, ist nicht zu verwundern; je ruhiger und entschiedener die Streikenden ihre Sache führten, desto mehr steigerte sich das herausfordernde Auftreten der Verbündeten des Unternehmertums, das schließlich zu Zusammenstößen führte. Diese Streikbewegungen haben auch eine ungeheure Anzahl von Prozessen zur Folge gehabt, von denen bereits ein großer Teil durch die Schöffengerichte abgewandt wurde. Kein einziger dieser Prozesse hat auch nur den kleinsten Beleg dafür geliefert, daß von den Streikenden solch ein „unerträgliches Terrorvergehen“ ausgeübt worden sei, wie die bürgerliche Presse fortgesetzt geklunget hat. Es wurde nur erwiesen, daß allerdings von einem Terrorismus gesprochen werden kann, den aber nicht die Streikenden, sondern, wie schon oben bemerkt, die vereinigten Gegner der modernen Arbeiterbewegung ausgeübt haben. Die bisher verhandelten Angeklagten mußten zu einem kleinen Teile freigesprochen werden, weil sich die Anzeige gegen sie als durchaus frivol erwies, die meisten wurden zu kurzen Freiheits- oder geringen Geldstrafen verurteilt, weil sie sich durch die unausgesetzten Herausforderungen zu irgend einer Ausherrschung hinreichend ließen, die man unter den berühmten § 153 der Gewerbeordnung bringen konnte.

Außer diesen kleineren Prozessen hatten auch noch einige schwerere ihrer Erledigung, die die höheren Gerichte beschäftigten werden. Der erste beschäftigt heute und in den nächsten zwei Tagen das Schwurgericht Nürnberg. Es handelt sich um die Vorgänge, die sich am 17. August in der Nähe der Motorfahrzeugfabrik „Union“ abspielten und wobei der Streikführer Fleischmann von dem Streikbrecher Julius Thiel, einem Burschen von 22 Jahren, durch drei Revolverkugeln niedergestreckt wurde. Der Mörder wurde zwar verhaftet, aber alsbald wieder auf freien Fuß gesetzt; dagegen wurden nach dieser Mordtat fünf Streikende ins Gefängnis geschleppt; sie befinden sich seit dieser Zeit in Haft, während der Revolverheld ungehindert entweichen konnte und jetzt nicht mehr aufzufinden ist.

Die Namen der fünf Angeklagten sind:

- Konrad Braun, Eisendreher,
Georg Müller, Schlosser,
Friedrich Odörfer, Schlosser,
Adolf Wohlleben, Schlosser,
Friedrich Weitengruber, Schlosser.

Sie sind beschuldigt des Verbrechens des Landfriedensbruchs, außerdem werden Braun vier, Müller und Odörfer je

zwei, Wohlleben und Weitengruber je ein Vergehen der gefährlichen Körperverletzung zur Last gelegt.

Die Ursache des Streiks war folgende: Der Direktor der Unionwerke, ein ungemein nervöser Mensch, zu dessen Charakteristik die Tatsache beitragen mag, daß ihm als rücksichtslosen Autofahrer der Fahrchein entzogen ist, hatte schon ein ganzes Jahr lang die Arbeiterschaft seines Betriebes durch die ungerechtfertigten Entlassungen beunruhigt, durch Handgreiflichkeiten empört usw. Mehr als einmal standen die Arbeiter dicht vor der Arbeitniederlegung, aber immer wieder gelang es, die Erregung zu dämpfen. Gerade der erschöpfene Fleischmann spielte dabei eine hervorragende Vermittlerrolle zwischen seinen Kollegen und dem Direktor. Als aber in der Pfingstwoche wiederum zwei Arbeiter unter einer gänzlich unwahren Begründung auf das Pflaster geworfen wurden, da war das Maß voll. Die Arbeiter ließen sich nicht mehr halten und traten in den Streik ein. Das war am 2. Juni. Der Streik wurde in der größten Ruhe geführt, trotz aller Herausforderungen durch den Direktor — Kauter ist sein Name — und seiner Streikbrecher, mit denen er einen Teil seiner Werkstätten füllte und den Betrieb aufrecht erhalten konnte. Während der ganzen Dauer des Streiks kamen keinerlei Zusammenstöße vor, bis zum 17. August, nachdem am Tage vorher der Streik für beendet erklärt war. Am Abend dieses Tages erregte sich der Vorfall, bei dem Fleischmann sein Leben lassen mußte und aus dem dann die späteren Krawalle am 24. August hervorgingen.

In dem Eröffnungsbeschuß heißt es nun, die Angeklagten seien hinreichend verdächtig, an einer öffentlichen Zusammenrottung teilgenommen zu haben, die zu dem Zwecke unternommen wurde, mit vereinten Kräften gegen Personen Gewalttätigkeiten zu begehen, und selbst solche Gewalttätigkeiten gegen Personen begangen zu haben. Außerdem sollen sie in den bereits angeführten Fällen gemeinschaftlich mit anderen mittels gefährlicher Werkzeuge andere vorzüglich und rechtswidrig mißhandelt haben, indem sie in Ausführung eines gemeinsam gefaßten Vorhabens die Arbeiter der Unionwerke zur Niederlegung der Arbeit hätten zwingen wollen. Die Begründung der Anklage verweist zunächst darauf, daß am 16. August die Beendigung des Streiks beschlossen wurde — was aber nicht recht zu der Anschuldigung stimmt, daß die Arbeitenden zur Niederlegung der Arbeit hätten gezwungen werden sollen „mittels körperlichen Zwanges“. Dann wird eine Schilderung der Vorgänge gegeben, wie sie sich auf Grund der Streikbrecherberichte in dem Kopfe des Staatsanwalts malen. Am Morgen des 17. August sei unter den Streikenden das Gerücht gegangen, daß „heute etwas kommen werde. Man wolle die Ruhe stürzen und die Arbeiter mit Gewalt verjagen.“ Im „Braunen Hirschen“, einer Wirtschaft in der Nähe der Fabrik, wo die Streikenden verkehrten, sei es an diesem Tage sehr lebhaft zugegangen. Die Streikenden hätten sich in erheblicher Anzahl versammelt gehabt und zu den Tönen einer Harmonika Spottlieder auf die die Straße passierenden Arbeitswilligen gesungen. Sowohl am 16. wie am 17. August seien Streikbrecher auf der Straße überfallen und geschlagen worden. Am Abend des letzteren Tages hätten die Streikenden, unter ihnen Fleischmann und die fünf Angeklagten, in der Wirtschaft auf die Arbeitswilligen gewartet. Als es in der Fabrik zum Arbeitschluß pfeiff, habe Fleischmann in der Wirtschaft gerufen: „Jetzt müssen wir hinaufgehen, jetzt ist's Zeit!“ Sie hätten dann die Wirtschaft verlassen und sich auf der Straße in einer Ausdehnung von etwa 17 Schritten aufgestellt, vor ihnen, als Führer, Fleischmann, mit einem Schlauch oder etwas Ähnlichem bewaffnet. Als die Arbeiter der Unionwerke kamen, hätten die Streikenden zuerst geschimpft, dann losgeschlagen. Fleischmann habe als erster zugeschlagen und damit gleichsam das Signal zu Gewalttätigkeiten gegeben. In der

Straße hätten sich Anäuel von Personen gebildet, da einzelne Arbeitswillige von den sie mißhandelnden Streikenden umringt worden seien. Bei dieser Gelegenheit sollen die fünf Angeklagten verschiedene Arbeitswillige verlegt haben, Fleischmann soll auf den Schlosser Eisinger eine Bierflasche geworfen haben, die er in der Hand trug, das Biergeschloß habe aber nicht getroffen. Als nun der Schlosser Dewey und der Sattler Thiel vorbeikamen, sollen sich die Streikenden dem letzteren zugewendet, ihn umringt, blutig geschlagen und ihm den Hut zerrißen haben. Unter den Bedrängten des Thiel sollen sich Fleischmann, Müller, Odörfer und Weitengruber befunden haben. In dieser Lage habe Thiel auf seine Angriffe drei Revolverkugeln abgegeben, die Fleischmann trafen und am 10. August dessen Tod herbeiführten.

Soweit die Anklage, zu deren Bekräftigung der Staatsanwalt 70 Zeugen hat laden lassen. Ebenso viele Zeugen sind von den drei Verteidigern geladen.

Versammlungen.

Der Zentralverband der Zimmerer beschäftigte sich in einer außerordentlichen Jahreshauptversammlung (Delegiertenversammlung) mit der Schreibweise des „Zimmerer“. Die Meinung der Versammlung über die Schreibweise des Verbandsorgans war eine geteilte. Während der eine Teil der Versammelten den Standpunkt vertrat, daß der „Zimmerer“ in der Polemik gegen den „Vorwärts“ die Grenze des Zweckmäßigen überschritten habe, war der andere Teil der Meinung, daß die Art und Weise, wie der „Vorwärts“ gegen andere deutende Partei- und Gewerkschaftsorgane polemisiert, nicht zu billigen sei. Dieser geteilten Ansicht entsprachen auch die vorliegenden Anträge. Die Abstimmung hierüber zeitigte folgendes Resultat: Ein Antrag, welcher die Polemik eingestellt wissen will, erhielt 20 Stimmen. Der Antrag, welcher die Schreibweise des „Zimmerer“ mißbilligt, erhielt 61, während ein anderer Antrag, diese Angelegenheit auf Grund der Erklärung der Preßkommission des „Zimmerer“ als erledigt anzusehen, 48 Stimmen erhielt. — Alsdann wurde vom Vorsitzenden darauf hingewiesen, daß die Gültigkeit des bestehenden Tarifvertrages am 31. März 1907 abläuft, und daß Abänderungsanträge den Arbeitgebern vor dem 1. November d. J. mitgeteilt werden müssen. Sein der Versammlung gemachter Vorschlag, in allen Jahreshauptversammlungen zur Vertragsverlängerung Stellung zu nehmen, um so allen Mitgliedern des Verbandes Gelegenheit zu geben, ihre diesbezüglichen Wünsche zum Ausdruck zu bringen, wurde einstimmig akzeptiert. Hierauf wurden Friedrich Wellow und Richard Kauchle als Kandidaten zu den Wahlen der Revisoren zum Berliner Gewerbegericht aufgestellt. — Da einer der Revisoren seinen Posten niedergelegt hat, war eine Ersatzwahl notwendig. Gewählt wurde Gustav Wolke. Nachdem dann noch eine Reihe interner Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Eingegangene Druckschriften.

- Friedrich von Müller. Erinnerungen aus den Kriegsjahren 1809 bis 1814. Hamburgische Hansbibliothek. Preis 80 Pf. Verlag Alfred Junken, Hamburg 1, Koller Wilhelmstr. 76.
Dr. Karl Voltmann. Winterwachen. Nächtliche Aufschläge für die Jungen von einem Alten. Preis 1,20 M. Verlag B. Krüger, Berlin-Steglitz.
Gustav Zellwied. Der demokratische Imperialismus. Rousseau — Braubach — Karl Marx. Autorisierte deutsche Ausgabe von Theodor Schmidt. Groß Oktav-Format. 446 Seiten. Eleg. broschiert 7 M., Leinwandband 8,50 M. Verlag von G. Barodorf in Berlin W. 30.

Advertisement for Baer Sohn featuring an illustration of three children in winter clothing. Text includes: 'Paletots, Ulster und Anzüge für Knaben und Jünglinge', 'In einer Auswahl von Tausenden Exemplaren und geradezu staunenerregender Vielseitigkeit an Stoffen und Fassons.', 'Nur eigene Erzeugnisse, daher höchste Leistungsfähigkeit.', 'Baer Sohn', 'Spezialhaus größten Massstabes', 'Chausseestrasse 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11', 'Gr. Frankfurterstr. 20', 'Der Haupt-Katalog Nr. 30 (neueste Winter-Moden) wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.'

Advertisement for 'Bildschön' cosmetic cream. Text includes: 'Bildschön ist ein zartes, reines Gesicht mit rosigen, jugendfrischen Aussehen, weißer, sammetweicher Haut und blendend schönem Teint! Alles dies erzeugt die echte: Steckenpferd-Lilienmilch-Seife', 'von Bergmann & Co., Radebeul-Dresden', 'allein echt mit Schutzmarke: Steckenpferd.', 'à St. 50 Pf. in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien.'

Advertisement for 'Bettfedern' by Gustav Lustig. Text includes: 'Deutschlands größtes Spezialgeschäft für Bettfedern', 'Erste Bettfedernfab. m. elekt. Betrieb', 'Gustav Lustig', 'BERLIN S. Prinzenstr. 48', 'verleiht geg. Nachnahme garantiert neue und gut erhaltene, gut füllende Bettfedern p. Pfd. M. 0,55-1,00-1,25; prima Halbdaunen M. 1,75; Gänsefedern M. 2,00; prima weisse Gänsehalbdaunen M. 2,50-3,00-3,50; edel. russ. Nonopolddaunen M. 2,50; edel. russ. Wata; bez. Gänsefedern M. 2,50-3,00-3,50. Von den Taunen gehen 2-4 Pf. zum groß. Export. — Gänsefedern (2 Reihen) M. 0,50 per Pfund; Gänsefedernschichtfedern, wie sie von der Welt fallen, mit allen Taunen M. 1,50. Proben und Preisliste gratis. Umtausch oder Rücksendung gestattet. Verpackung kostenfrei. Selbständiger Umsatz über 2000 Tonne Bettfedern, von keinem zweiten Bettfedern u. Bettfederngeschäft erreicht.'

Advertisement for 'Monats-Garderoben-Haus' at Prinzenstraße 6. Text includes: '6 Prinzenstraße 6', 'Die schönsten Herren-Winter-Paletots und -Anzüge in getragener, speziell Monats-Garderobe.', 'Von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchaussätze, sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.', 'im Laden Paul Lowieki, Prinzenstr. 6.', '2508L* Hochbahnstation: Prinzenstraße.'

Advertisement for 'Blitz-Schnell' clothing service. Text includes: 'Blitz-Schnell', 'kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Empfehle:', '1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots, 1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen, auch für fortpalente Herren passend.', 'Dieselben sind von feinen Angliere und Bekleider, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen.', 'Fahrlohn wird vergütet. • Bitte auf Hausnummer zu achten. 5352*

Advertisement for 'Spezial-Möbel-Halle' by Harry Goldschmidt. Text includes: 'Spezial-Möbel-Halle Harry Goldschmidt', '59 Moritzplatz 59', 'Ecke Stallschreiberstraße.', 'Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-Geschäften, welche Garderobe usw. führen.', 'Extra-Abteilung verleiht gewesener Möbel.', 'Wöchentliche oder monatliche Teilzahlung gestattet!'

Advertisement for 'H. Zimmermann' jewelry and watch shop. Text includes: 'Säle für dreihundert Personen mit Bühne, Vereins-Zimmer, Kegelbahn, Billard.', 'Dresdener Garten, Dresden-Str. 45, Telefon-Amt 4 No. 0581.', 'H. Zimmermann', 'Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206', 'Gold- und Silberwaren-Fabrik, Uhren-Großhandlung.', 'Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur. Streng reell. — Billigste Preise. 2522L*

Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 9. d. Mts. verstarb unser
Mitglied, der Tischler
Konrad Walter,
Schönhäuser Allee 42.
Weichfeld am 9. d. Mts. ver-
starb unser Mitglied, der Tischler
Gustav Beyer,
Wollstr. 12b.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung des Genossen
Walter findet heute, Freitag,
nachmittags 4 Uhr, von der
Halle des Weichfeld-Kirchhofes
in Nordend aus statt.
Die Beerdigung des Genossen
Beyer findet Samstag nach-
mittags 3 Uhr vom Troneuhau-
se, Wollstr. 12b, aus nach dem neuen
Kazareth-Kirchhof in Reinickendorf-
West, Berlinstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
264/5 Der Vorstand.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege, Tischler
Gustav Beyer
am 9. Oktober verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 13. Oktober,
nachmittags 3 Uhr, vom Troneu-
hause, Wollstr. 12b, aus nach
dem neuen Kazareth-Kirchhof in
Reinickendorf, Berlinstraße, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
94/15 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Dachdecker
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege
Wilhelm Mehling
am 9. Oktober verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Son-
ntag, den 13. Oktober, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des
neuen Kirdorfer Kirchhofes,
Kariendorfer Weg, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
54/19 Die Ortsverwaltung.

Am 8. Oktober verstarb unser
Kollege
Ernst Böder.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 12. Oktober, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichenhalle
des Siedel-Kirchhofes in der
Friedenwalderstraße 111. 1975b

**Berliner Arbeiter-
Radfahrer-Verein**
Mitglied des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.

Touren
zum Sonntag, den 14. Oktober.
1. Abt. früh 7 Uhr nach Redlig,
nachmittags 1 1/2 Uhr nach Rommels.
Starts: Palomir. 59.
2. Abt. früh 7 1/2 Uhr nach Trebbin
(Scholz), nachmittags 1 1/2 Uhr nach
Kuhldorf (Herold). Starts: Urban-
straße 7.
3. Abt. früh 8 Uhr nach Gensig,
nachmittags 1 Uhr nach Eintracht
(Witte). Starts: Mariannenplatz.
4. Abt. früh 8 Uhr nach Bernau,
nach 1 1/2 Uhr nach Puch (Schloß-
Restaurant). Starts: Küstnerplatz.
5. Abt. nachmittags 2 Uhr nach
Johannisthal (Sträger). Start:
„Elytum“.
6. Abt. nachmittags 1 1/2 Uhr nach
Alt-Giesend. Start: Dberbergerstr. 30
(Genossenschaft). 28/1

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege, Tischler
Konrad Walter
am 6. Oktober verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 12. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Weichfeld-Kirchhofes
in Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
94/14 Die Ortsverwaltung.

**Arbeit-Radfahrer-
Verein Rixdorf.**
Mitglied des
Arbeit-Radf.-Bund. „Solidarität“.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Sportgenosse
Wilhelm Mehling
am 9. Oktober verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 13. Oktober, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Kirdorfer Kirchhofes,
Kariendorfer Weg, aus statt.
28/2 Der Vorstand.

**Vereinigung der
Musikinstrumenten-Arbeiter**
Berlins und Umgegend.
Todesanzeige.
Den Mitgliedern die traurige
Mitteilung, daß unser Kollege
Rudolf Koch
(bei der Firma Kuba beschäftigt
gewesen) auf tragische Weise —
erschossen durch einen Straßen-
wächter in Wilhelmshagen — in der
Nacht vom Freitag zum Son-
ntag, den 6. Oktober, das Leben
eingebüßt hat.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag,
den 12. Oktober, nachmittags
3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Gemeinde-Friedhofes in Nieder-
Schönhäuser, Buchholzerstraße,
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
142/11 Der Vorstand.

Stat. besonderer Meldung!
Denkmal am 10 1/2 Uhr starb
nach kurzem schweren Kranken-
lager im 48. Lebensjahre meine
inniggeliebte Frau
Anna Staehr.
Die Beerdigung findet Sonnt.
nachmittags 4 Uhr von meiner
Wohnung, Triftstr. 43, aus nach dem
Schalitz-Kirchhof, Reinickendorf,
Humboldtstr. 68, statt.
Heinr. Staehr,
Bäckermeister.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme beim Hinscheiden meines
lieben Mannes, meines guten Vaters
und Schwiegervaters, des Klempners
Wilh. Bergemann
sagen wir allen Verwandten, Freunden
und Bekannten sowie dem Ehe- und
den Kollegen der Firma Heinrich,
den Genossen des 698. Bezirks, den
Kollegen der Allg. Kranken- und
Sterbefürsorge, Hülfsk. 7, und dem Gesang-
verein „Waldinger Harmonie“ unseren
aufrichtigsten Dank.
Marie Bergemann u. Kinder.

Cigarren
In jeder Preislage
von 25.00—450.00 M. p. mille
zu Engros-Preisen.
Reinhard Hellmich,
letzter Friedrichstr. 108, 1.
Massierte Preisliste gratis und franko.
Kein Laden. 266

Soloff
mehrere tüchtige, selbständige
Abzieher und Polierer
für Zink- u. Kupferplatten
gegen hohe Honorare gesucht
Münsterstr. 48. pari.

Die außerordentliche General-
versammlung der
Möbel-Fabrik „Einigkeit“
findet statt am 28. Oktober, nach-
mittags 9 Uhr, in unserem Kontr.,
Köpenickerstr. 154a. 1963b
Tagesordnung: 1. Erziehung des
Vorstandes. 2. Geschäftliches.
Der Aufsichtsrat.
Ernst Herrmann.

Alle Bekannte, Freunde und Ge-
nossen lade ich hiermit zu meinem am
Sonntag, den 11. Oktober, statt-
findenden ersten diesjährigen
**Wurst-
Essen**
unter Mitwirkung
der Hauskapelle
ganz ergebenst
ein.
Alex Kieburg, Adalbertstraße 88.
Amt IV, 8801.

Stola,
Muffen, Kolliers
in allen Pola-
gattungen sowie
alle sonstigen
Pelzwaren.
Nur eig. Fabrikat
aus best. Material.
Kein Zwischen-
händler, daher Fa-
brikpreis.
Ferdin. Kalman
Dresdenerstr. 75
vorn II, 2. Haus
v. Thalia-Theater.
Verkauf auch
Sonntags, und Wochentags von
8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends. *

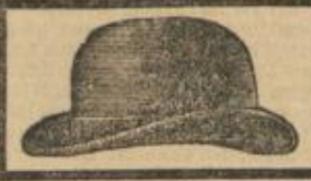
Oscar Arnold
Hüte, Mützen und
Pelzwaren
Engros! Export!
Dresdenerstr. 116
(sein Laden).
Einzelverkauf!
zu sehr niedrigen Prei-
sen, circa 100 ver-
schiedene Sorten Kolliers
und Stolas in allen
modernen Farben.
Großes Lager in
Muffen, Kinder-Garni-
turen, Herren und
Knaben-Kragen und
Pelzmützen.

Glänzende Existenz.
Wirklich solbsten und nützlichen
Schloßern und Monturen zu geben
wie schon bei geringer Anzahlung
Motorbohlen, erstklassige Marken.
Um besten übernehmen 2 Reflektoren
einen Wagen.
Berliner Automobilhaus- u. Industrie-
Gesellschaft m. b. H. W., Uhlandstr. 170.

PATENT
Anmeld. v. Patent. L. in
Ausl. Verwalt. Finanzstr.
1 Ref. Coull. Bedingung
10-12-1-1, Sonntag 11-10.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für 137/13
Haut- und Halsleiden.
10—2, 5—7. Sonntag 10—12, 9—4.

Hüte in allen
Preislagen.
R. Weidner, Hutmacher
Dresdenerstr. 100, Prinzenstr.



Spezial-Hut-Engros-Verlag. Neueste Moden der Saison
in Filzhüten, Jagdhüten, Zylinderhüten und Chapeau claque.
Einzelverkauf zu außergewöhnl. billigen u. streng festen Preisen
Neue Königstraße 48, I Tr., drittes Haus vom
Alexanderplatz.

Kleine Anzeigen

Verkäufe.

Garbinnenband Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 17
Wettenslager. Garbinnenverkauf,
Stoppdecken, sportlich Wandblechhaus
Weidenweg neuzug. 741
Wannenbretter, Garderobenlagen,
Kustfermische, sportlich Weidenweg
neuzug. 741
**Wannenbretter, Bettlatten, Gardinen-
verkauf, Tischdecken, Teppichlager,**
Kustfermische, Weidenweg
neuzug. 741
Wannenverkauf, Wandbretter,
Tischdecken, Uhrketten, Holz-
geschäfte, Wandblechhaus Weidenweg
neuzug. 741
Wanne verkauft Kuscheleiderband
28 Mark, moderne Stuhlmöbel, Aus-
gestell 15, Bettlatten mit Feder-
matratzen und Kissen 29, Ruhe-
bett 25, Badstühle, Nachttisch, Sofa-
tisch 15, Kommode, Waschbottel 12,
Bancetta 75, Taschenloja 50, Kuch-
lehnstuhl, Stuhl 50, Bilder,
Gardinen, Teppich 8, Stoppdecken 7,
Dresdenerstraße 38, vorn II links.
Stoppdecken sportlich, Fertig
Große Frankfurterstraße 60. 1842b
Teppiche (leiberbaste) in allen
Größen für die Halle des Hauses
im Teppichlager beim, Dacher
Markt 4, Bahnhofsstr. 268/14
Herrenjahrbad, Damenjahrbad,
mit neu 45,00, Holz, Blumen-
straße 36b. 1814b
Wasserdichtes Bad, außerst haltb.,
50,00, Holz, Blumenstraße 36b.
Teppiche mit Rosten, schwarz, Feder-
mattlage Große Frankfurterstraße 9,
parterre. 71
Goldbarne Herrenanzüge,
Herrenpaletots und feinen Was-
stoffen 18 bis 88,00, Herren 7—12,00
verkauft täglich, Sonntag, Deutsches
Berlinerbad, Sägerstraße 63, I.
Ein Jagdanzug billig zu ver-
kaufen Riemerstraße 14. 1945b
Monatsanzüge und Winter-
paletots von 5,00, Herren 4,50,
Hosen von 1,50, Westrocken von
12,00, Frack von 2,50, sowie für
Invalide Figuren. Neue Garderobe
zu feinen billigen Preisen, aus
Händlern verfallene Sachen, auch
man am billigsten der Weg, Woll-
straße 14. 1925b
Schlepphülle elegantes Plüschsafa,
Wasserdichtes, Sportpreis. Müller,
Gubenstraße 6, Hof III. 1993b
Restaurierung neben Neubau,
Kunstschreiber zu verkaufen. Zu
erlangen Bahnhofsstr. 51, vorn III links.
Gut erhaltener Sportwagen sofort
zu verkaufen Remerstraße 111,
Borberhaus, Remer. 149

Krautstraße 60, Brauleute kaufen
Rödel, Spiegel, Volkswaren sport-
lich, Essens- und Rödel, kein
Laden. 1940b
Gasöfen, Petroleumöfen,
Wochen 1 Mark, Fertigpreise. Große
Frankfurterstraße 92 und Kaden-
straße 6 (Bedding). 1832b
Quadratmeter zehn Mark! Hoch-
waldhütchen, Eggenbergs-Strau-
berg, mitten im Wald, 5 Minuten
vom Bahnhof, 10 Minuten von
Kermbach, gesunde, idyllische Lage!
Verkauft täglich Terrain. Otto Hoer-
mann, Eilbühlweg 10. 1070b
Wegen Platzmangel verkaufe billig
modernes Taschenloja, Kuchbaumtisch,
Truhen, 4 Stühle, neuen Kinder-
wagen. Gänzlich verbeut. Alles,
Tempelhof, Ringbahnstr. 54. 1975b
Kleiderband 20 Mark, Kommode
21, Bettsofa 29, turniertes Kleider-
penderhaken, modern 40, Säulen-
schreibtisch 54, Garderobenschrank 38,
Bettsofa 21, Ruhebett 27, Schlaf-
loja 38, Kuchbaumtisch, englische
Schloßzimmer, Küchenmöbel. Auch
Teppichlager. Transport frei. Woll-
straße 81. 1697b
Gasöfen, Petroleumöfen ohne
Anzahlung, Woche 1,00, Louis Böttcher
(Schiff) — Spezialbänder: Vordachener-
straße 2, Bahnverbindung Sachse-
nstraße 116, Kariendorferstraße 116,
Schönhäuser Allee 80, Potsdamer-
straße 81, Kirdorfer, Kaiser Friedrich-
straße 247 (Kermmannplatz). 1888b
Rödel, billig. In meiner seit 1880
bestehenden Rödelwerkstätte in
Straße 15, am Hasehagen Tor, stehen
viele Wohnungseinrichtungen, ver-
schieden gewesene und neue Vor-
richtungen zu sehr billigen Verkaufs-
preisen. Teilzahlung bei geringer Anzahlung
gestattet. Beamten ohne Anzahlung.
Ich liefere gediegene Einrichtungen für
100, 200, 300, 400 Mark, hochelegante
500 bis 10000 Mark. Besonders
empfehlenswert ist der große Sortiment
verschieden gewesener Rödel, die
noch fast neu und im Preise be-
deutend herabgesetzt sind. Kleider-
schränke 20, Sofa mit Auszug 30,
Bettsofa mit Sprungfedermatratze
23, Kuchbaumtisch, Bettsofa 34, Ruhe-
bett 18, Säulenkommode 30, Taschen-
loja 38, Schloßzimmer, Speisezimmer,
Schreibtisch 25, geschmücktes Büfett 115,
englische Schloßzimmer, Speisezimmer,
besonders preiswerte Sesseln. Ge-
kaufte Rödel werden teilweise auf-
bewahrt, durch eigene Gespanne ge-
liefter. Musterbuch gratis. Sonntag
von 8—10 und 12—2 Uhr geöffnet.
Damenhüten, Herrensäcken, aus
guten Händlern, in der Ludwigs-
straße 4, drei weiche Herrensäcken 3,50,
Bettsofa, Kleiderbretter, Kuch-
baumtisch sowie einzelne Kleiderhüte
sportlich, Kuchbaumtisch, Eilbühlweg,
Dresdenerstraße 21, Alexanderplatz.

Stoppdecken billig Fertig Große
Frankfurterstraße 9, parterre. 71
Reparaturgeschäft zu ver-
kaufen, Zentrum, Brauerei
Kaufmann H. Kühn, Reue Friedrich-
straße 96—98. 1976b
Nähmaschinen, ohne Anzahlung,
wöchentlich 1,00, Wienerstraße 1—6,
Sachsestraße 67, Aderstraße 111.
Deckbett, Unterbett, Kissen mit
glattem Juteit 10,50, Handliche
Andreasstraße achtunddreißig. 1993b
Küchenschränke, gestrichelt, Unter-
bett, zwei Kissen 18,00, Andreas-
straße achtunddreißig, Handliche.
Wannendeckbett, Unterbett, zwei
Kissen 27,00, Große Waten 1,00,
Leihhaus Andreasstraße achtund-
dreißig. Elektrische nach Bedarf.
Verschiedenes.
Patentanwalt Wesfel, Gütshiner-
straße 94a. 927b
Kunsthoferei von Frau Kofsky,
Charlottenburg, Weichfeldstraße 84, I.
Wandliche, Weintraube 62,
täglich 8—8, Sonntag bis 2 (1908b)
Altes Kleiderband, Wäschepind,
Kommode, Schreibtisch, Kaufverwalter,
Balladestraße 95. 16810
Vertice! Saal, Vereinszimmer
Sonntags frei. (Waldhüter) Klub-
haus, Mittenstraße 16. 246/18
Tanzunterricht! Gruppe, Mitten-
straße 16, zweimonatliche Anfänger-
Sonntagskurse, Herren 4,00, Damen
3,00 monatlich. Spezial Belzer-
unterricht. 246/17
Bücher kauft, beleiht Antiquariat
Kochstraße 58, I. 1872b
Wer Stoff hat, fertige Herrenanzüge,
ohne Konkurrenz, feinste Zutaten, zwei
Anproben. Für guten Stoff besam
goldene Medaille. Ludwig Engel,
Brenzlauestraße 23 II, Alexanderplatz.
Geogründet 1892. 75/10
Teilzahlung, Anfertigung klei-
ner Herrengarderobe. Marsch-
hofstraße 14. 169/10
Wer leitet jungen Mann das
Kleidband? Kaufverwalter Allee 112,
Kriegergebäude I links bei G. 749
Allen Freunden und Bekannten
zur Nachricht, daß ich Mariannen-
straße 41 ein Schloßzimmer über-
nommen habe. Um regen Zuspruch
bittet Justus Walbohm. 42
Mauerer, welche sich in ihrem
Fache zu vervollkommen wünschen
im Zeichnen, Kostenberechnen sowie
allen theoretischen Arbeiten, am als
Voll- oder Unternehmer die dazu
erforderlichen Kenntnisse zu erwerben,
erteilt Unterricht abends und Sonntags
C. Karas, Maurermeister,
Eilbühlwegstraße 24, Eingang
Unionsplatz (Bahnhof Gütshinerstr.).

Kirdorfer, Druck Bestände, Kuch-
baumtisch 113, Restaurant, Garten,
Vereinszimmer, Parkettaal (900 Per-
sonen). Sonntag Ball. 7119
Reel. Wer leitet Genossen 4000
Mark für eine gute Klempnererei,
mit 5 Proz. Rückgabe, eventuell als
stillen Teilhaber. Offerten T. 3
Expedition des „Vorwärts“.
Ehrenerklärung. Nehme die
Verteilungen, welche ich gegen
Frau Wid, Albrechtstraße 16, anderen
Personen gegenüber ausgesprochen
habe, zurück und erkläre dieselbe für
erheblich. Hermine Hagen, Albrecht-
straße 23. 1986b
Die Beleidigung gegen Frau Hippert
nehme ich hiermit zurück und erkläre
sie als laubere Frau. Frau Reich,
Goldenerstraße 75. 1986b
Vermietungen.
Zimmer.
Möbliertes Zimmer, 1 auch
2 Zimmern, Badbenutzung, sofort,
Urbanstraße 65, rechter Ausgang,
2 Treppen links. 1994b
Möbliertes Vorderzimmer, 1 oder
2 Zimmern, sofort oder später zu ver-
mieten. Lemke, Lygnerstraße 12,
vorn IV. 767

Berleger, selbständige, für Juge-
nloje Steinholzhütchen sofort gesucht.
Deutsche Steinholzwerte, Kari-
endorferstraße 38a. 1928b
Bauminniger verlangt Dreißig-
wälderstraße 214. 1928b
Wasserpumpen für Etagen-
wagen (auch Deutsches Brauhaus, In-
haber Fritz Guth, Demewitzstraße 19).
Goldarbeiter, selbständige, tüchtiger
Grundriß, nach außerhalb, wird auf-
genommen. Hönow, Stralau, Parakei-
weg 15. 2123
Wagenladierer, Wagenmüller,
Schlosser, Schmiede, mehrere tüchtige,
verlangt A. H. Utermöble, Wagen-
fabriken, Große Frankfurterstraße 157.
Marmorleifer verlangt Daniel,
Kariendorfer, Heilstraße 71. 1987b
Zigarettenarbeiter mit und ohne
Kandstüb bei hohem Lohn verlangt.
Barcoanides, Friedrichstraße 105a.
Maschinenmeister, tüchtigen, für
Steindruckpresse sofort. Wilhelm
Böhme, Weichfeldstraße 158.
Botenfrauen finden sehr lohnende
Beschäftigung Sauerstraße 20. *
Kartonarbeiterinnen sowie Ar-
beiterinnen am der Niet- und Offen-
schloßmaschine verlangt Leopold Stein,
Reue Königstraße 30. 1991b
Vermögens mit guter Schul-
bildung bei monatlicher Vergütung
zum baldigen Eintritt gesucht. W-
bungen nur in Begleitung der Eltern
oder des Vormundes mittags 1—2
oder abends 8—9 Uhr. A. Jandorf u. Co.,
Velle-Alleestraße 1/2 (1927b)*
Im Arbeitsmarkt durch
beforderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.
Packerinnen
zum Einpacken und Kontrollieren von
Baren an unseren Anfen sofort ge-
sucht. Wbungen mittags 1—2 oder
abends 8—9 Uhr. A. Jandorf u. Co.,
Velle-Alleestraße 1/2. 2092b

Arbeiter
in der Portemonnaie-Verkehrs-Fabrik-
kation, der gewillt ist, in einigen Mo-
naten nach Frankreich in Stellung zu
geben. 169/8
Offerten unter N. N. 1975 an
Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.
Achtung! Achtung!
Klavierarbeiter!
In der Pianofabrik von **Koll &
Co.**, Andreasstr. 32, haben sämt-
liche Kollegen wegen Lohnminderungen
die Arbeit niedergelegt. 141/16
Zugang ist ferngehalten.
Vereinigung der Musikinstrumenten-
arbeiter.
Achtung!
Rahmenmacher, Eischler,
Polierer, Vergolter,
Guthbinder u. Hilfsarbeiter.
Die Arbeiter der Photographie-
rahmenfabrik Priemer, Alexan-
derstraße, befinden sich im Streik.
Zugang ist ferngehalten. 92/17
Die Ortsverwaltung.
Achtung! Kürschner!
Der Verein selbständiger Kürschner
(Waldhüter) hat über die Firma
Joka u. Co.
die Sperre verhängt. Wir ersuchen
die selbständigen Kürschner, sich streng
an den Beschluß zu halten.
103/2 Der Vorstand.
Die Zahlstelle Berlin des Deutschen
Kürschnerverbandes ersucht die Mit-
glieder, diese Zahlstelle streng zu
meiden, da selbige ebenfalls die
Sperre verhängt hat über die Firma.
Die Ortsverwaltung.

Gewerkschaftssekretär-Gesuch.
Durch Eintritt des Genossen **Kloß** Ritter in den Vorstand des
Verbandes der Schneider ist die freigewordene Stellung eines **Sekretärs**
in unserem Bureau nun neu zu besetzen.
Als Antrittstermin ist der **1. Januar 1907** in Aussicht genommen.
Gewerber müssen Kenntnisse auf dem Gebiete der Sozialpolitik sowie Redu-
und organisatorische Fähigkeiten besitzen. Den Bewerbungen ist die Angabe
der bisherigen Tätigkeit und eine Arbeit über die Aufgaben eines
Gewerkschaftssekretärs beizulegen.
Die Besetzung ergibt sich nach den Beschlüssen des Stuttgarter
Gewerkschaftstages. 300/6
Bewerbungen sind unter der Aufschrift: „Betriff: Anstellung eines
Berliner Gewerkschaftssekretärs“, bis zum **31. Oktober d. J.** an den
Genossen **Wilhelm Börner**, S. Ritterstr. 15, zu richten.
Der Aufsatz der Berliner Gewerkschaftskommission.
Sperrenteil veranlo.: T. H. Gode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts